

... Combatter coi tribunali dell'impero ...

(Zum Konflikt um Jurisdiktion und Rechtssprechung zwischen römischer Kurie und Reich in der Frühen Neuzeit

Von BURKHARD ROBERG

Teil I: Der Dissens und die Lösungsversuche auf Kurfürsten- und Reichstagen¹

„Seit zwei Jahrhunderten“ – heißt es in einer Aufzeichnung Bartolomeo Paccas, des letzten päpstlichen Nuntius in Köln², – „haben die ordentlichen Nuntiatoren in Deutschland häufig mit den Gerichten des Reiches kämpfen müssen, die – wie die ehemaligen Parlamente in Frankreich – stets versucht haben und immer noch versuchen, die Autorität des Apostolischen Stuhls und des Klerus zu unterdrücken“³. Pacca schrieb diesen Satz kurz vor dem Ende seiner Amtstätigkeit im Herbst 1794 nieder. Die französischen Revolutionsheere standen damals unmittelbar vor der rheinischen Metropole, am 4. Oktober 1794 mußte er die Reichsstadt verlassen⁴ – ähnlich wie alle drei rheinischen Kurfürsten-Erzbischöfe, die zum Teil schon lange vor Pacca Hals über Kopf aus ihren Residenzen geflüchtet waren⁵.

¹ Frau Dr. Christine Maria Grafinger, Biblioteca Apostolica Vaticana, ist für die Kollation der im Anhang abgedruckten Quellen freundlich zu danken.

² Über ihn vgl. LThK³ 7, Sp. 1251 f. Eine Biographie fehlt. Paccas bisher unbekannt und ungedruckte Finalrelation, aus der das Zitat stammt, findet sich in ASV, Segr. Stato, Monaco 216 (der Faszikel ist nur teilweise handschriftlich foliiert, eine moderne Stempelfolierung fehlt). – Nach Pacca wurde zwar noch einmal ein Nuntius ernannt – es war Annibale della Genga, der spätere Papst Leo XII. –, doch hat dieser niemals in Köln residiert, sondern hielt sich meistens in München und Augsburg auf. LThK³ 6, Sp. 827 f.

³ ... *da due secoli in qua le nunziature ordinarie di Germania han dovuto combatter spesso coi tribunali dell'impero, i quali, come i già parlamenti in Francia, han sempre cercato e cercano di deprimer l'autorità della Sede Apostolica e del clero.* Zum Begriffsinhalt des Wortes „deprimere“ vgl. unten S. 182.

⁴ Vgl. die Historischen Denkwürdigkeiten Sr. Eminenz des Cardinals BARTHOLOMÄUS PACCA über seinen Aufenthalt in Deutschland in den Jahren 1786 bis 1794, in der Eigenschaft eines apostolischen Nuntius in den Rheinlanden, residierend zu Köln, von ihm selbst geschrieben. Mit einem Anhang über die Nuntien und geschichtlichen Dokumenten. Aus dem Italienischen, nach dem so eben in Rom erschienenen Originale übersetzt (Augsburg 1832) 116–119, 129–132.

⁵ Friedrich Karl Joseph von Erthal, seit 1774 Kurfürst von Mainz, hatte sich bereits am 3. Oktober 1792 nach Erfurt geflüchtet. Handbuch der Mainzer Kirchengeschichte Bd. 3,1, hg. v. F. JÜRGENSMEIER (= Beiträge zur Mainzer Kirchengeschichte Bd. 6) (Würzburg 2002) 464. – Kurfürst Clemens Wenzeslaus von Trier verließ Koblenz, wandte sich zunächst nach Münster und dann in sein Bistum Augsburg, „woselbst er sich ungefähr ein Jahr aufhielt“, kehrte aber im Herbst 1793 „nach der Verjagung der Franzosen vom Rhein ... nach seiner Residenz Koblenz“ vorübergehend zurück, um sich schließlich definitiv nach Augsburg zurückzuziehen, wo ihn Pacca am 23. November 1794 auf der Reise nach Italien aufsuchte. – Mit Max Franz von Köln traf Pacca – nach des während seiner gesamten Amtszeit nicht

Mit dem zitierten Satz umschreibt Pacca einen Sachzusammenhang, der Gegenstand der folgenden Untersuchung sein soll. Dabei spannt der Nuntius den Bogen zeitlich über 200 Jahre geschichtlicher Entwicklung; man wird nicht fehlgehen in der Vermutung, seine Formulierung *da due secoli in qua* sei eher die globale Umschreibung einer unbestimmt langen Zeitspanne als die exakte Angabe eines Zeitabschnitts, der etwa 1594 begonnen hätte. Es ist vielmehr ein Thema, das in seinen Wurzeln weit ins Mittelalter zurückreicht und die Beziehungen zwischen Reich und römischer Kurie bestimmt hat, seit *imperium* und *sacerdotium* sich als unterschiedliche Größen erkannt hatten und um ihr rechtes Verhältnis zueinander rangen.

Ferner benennt Pacca klar das Feld, auf dem er den Konflikt spielen sieht: Es ist nicht der grundsätzliche Gegensatz oder die Spannung zwischen weltlichem Führungsanspruch und geistlich-kirchlicher Autorität des Papsttums und seiner Vertreter, von dem er spricht. Vielmehr beschränkt er sich auf einen ganz bestimmten Ausschnitt aus der umfassenden Thematik der Beziehungen zwischen Staat und Kirche. Der Konflikt, den er meint, wird auf einem präzise umschriebenen Feld ausgetragen: Recht und Rechtsprechung sind es, die der Nuntius im Auge hat; Pacca spricht das Nebeneinander und Gegeneinander geistlicher und weltlicher Judikatur an, ein Thema, das er genauestens aus seiner täglichen Arbeit kennt: Die weltlichen Gerichte sind es, die die *autorità della Sede Apostolica* und ihrer Vertreter nicht so respektieren, wie es nach seiner Meinung rechtens ist, sondern auf vielfache Weise schwächen, gefährden oder gar unterdrücken – diese Bedeutungen etwa sind im Begriff *deprimere* aufgehoben.

Für den von seinem Amtssitz Köln und aus dem Blickwinkel eines *nuntius ad tractum Rheni* beobachtenden und urteilenden päpstlichen Vertreters stellte sich der angedeutete Antagonismus weniger als abstraktes Theorem der Rechtsphilosophie dar, er wurde auch nicht in erster Linie als streitiger Anspruch zweier legitimer Gewalten und damit als Strukturproblem des zeitgenössischen Staates in seinem Verhältnis zu Kirche und Religion reflektiert. Vielmehr sind es zuvörderst die sich aus den gegensätzlichen Standpunkten ergebenden praktischen Folgen, die den Nuntius beschäftigen und umtreiben. Sein Thema war zuerst die Rechtspflege, seine Aufmerksamkeit und sein Handeln richteten sich in erster Linie auf ganz bestimmte namentlich genannte Widersacher und Widerstände: Die *tribunali dell'impero* sind diejenigen Gremien, die Rechtsauffassung und Rechtsstellung des Papsttums und seiner Vertreter in Frage stellen.

Ein Drittes ist in dem einleitenden Zitat Paccas ausgesprochen: Der Nuntius erkennt nicht nur ein zeitlich weit zurückreichendes, sondern auch ein räumlich beträchtlich über seinen Amtsbezirk, ja über das *imperium* hinausreichendes, ein gesamteuropäisches Problem: Auch die „ehemaligen Parlamente in Frankreich“ – *i già parlamenti in Francia* – haben ja nach seiner Meinung die Autorität des Hl. Stuhls stets bekämpft; es handelt sich also keineswegs um einen allein das Reich

beigelegten sog. „Nuntiaturstreits“, der eine persönliche Begegnung verhindert hatte – erstmals auf der Flucht in Frankfurt/Main zwischen dem 8. und dem 11. November 1794 zusammen. Pacca (Anm. 4) 128, 132.

betreffenden Sachzusammenhang. Wie das *sacrum imperium Romanum nationis Germanicae*, in dessen nordwestlichem Teil Pacca amtiert, so ist auch das inzwischen untergegangene königliche Frankreich des Ancien Régime in seine Analyse ausdrücklich eingeschlossen⁶. Und auch in diesem Punkt darf man, die geopolitische Bezeichnung *Francia* generalisierend, hinzufügen: nicht nur Frankreich, sondern zahlreiche andere, ja im Prinzip alle europäischen Staaten seiner Zeit sind hier implicite mitgemeint, und das in der Gegenwart und in der überschaubaren Vergangenheit. Dabei verschlägt es wenig, welcher Konfession diese Staaten oder ihre Herrscher angehören, es sind jedenfalls keineswegs allein die protestantischen Landesherren und gekrönten Häupter, die als Gegner der kirchlichen Position erscheinen: Ausdrücklich nennen Vorgänger Paccas gelegentlich etwa die katholischen Fürsten der südlichen Niederlande als eine Regierung, die versucht *di deprimer l'autorità della Sede Apostolica*⁷.

Schließlich ging es nach der Einschätzung Paccas nicht nur um die Rechte des Hl. Stuhls und seiner amtlichen Vertreter; in den letzten beiden Worten des zitierten Satzes, die nicht einfach beiseitezulassen sind, ist das Grundmuster des Konflikts angedeutet: Man versuche, hieß es da, zu schmälern *l'autorità della Sede Apostolica e del clero*. Mit anderen Worten: Nicht allein die zentrale Spitze der kirchlichen Hierarchie, das Papsttum, war tangiert, sondern der Klerus insgesamt; dabei dachte Pacca wohl nicht so sehr an den Episkopat seines Amtsbezirks, der ja neben seiner geistlichen Würde und Aufgabe als Träger landesherrlicher Rechte in der Regel Teil der politischen Führungselite des Reiches war, er dachte jedenfalls auch an die Geistlichkeit unterhalb des Bischofsranges, also etwa an die Mitglieder der Kathedralekapitel und den im Ancien Régime so außerordentlich zahlreichen, aber seit längerem in der Kritik stehenden Stiftsklerus mit seinen Privilegien und Sonderrechten, an die Ordens- und Weltgeistlichkeit, an die Archidiakone, Generalvikare und Offiziale bis hinunter zu den mit der Seelsorge betrauten Gemeindepfarrern und Hilfsgeistlichen. Diese Amtsträger und Kirchenvertreter waren nach Meinung Paccas von der ungeklärten Rechtslage und umstrittenen Rechtsfindung betroffen, ihre gesellschaftliche Stellung, ihr soziales Ansehen und ihre geistlichen Vollmachten standen auf dem Spiel, sie waren am häufigsten Kläger und Angeklagte, Subjekte und Objekte

⁶ Es mag hier auf ein wenig bekanntes lateinisches Distichon Friedrich Schillers aufmerksam gemacht werden, das der Dichter sicherlich in erster Linie auf den zeitgenössischen Nuntiaturstreit in Deutschland bezogen hat; er visierte aber dieselbe räumliche Dimension wie Pacca an, nämlich neben dem Reich auch das benachbarte Königreich Frankreich, als er – wohl Ende 1787 – den Zweizeiler niederschrieb: *Redde aquilam Imperio Fran[c]orum Lilia Regi. Sidera redde Polo – cetera Brasche tibi*. Vgl. Schillers Werke. Nationalausgabe 2. Bd., Teil II B: Gedichte (Anmerkungen zu Bd. 2 I), hrsg. v. G. KURSCHEID – N. OELLERS (Weimar 1993) 288 mit (unzutreffender) deutscher Übersetzung.

⁷ So Nuntius Bellisomi (über ihn LThK³ 2, Sp. 192f. DBI 7, 475–478) in seiner Finalrelation von 1786, den Schluß-Bericht seines Amtsvorgängers Fabio Chigi von 1653 zustimmend zitierend: ... *anche la cancelleria di Bruxelles faceva ... come il tribunale di Spira ...* (ASV, Segr. Stato, Colonia 314, fol. 513v-514r).

einer reich verästelten, aber gerade deswegen unübersichtlichen Judikatur, deren Vertreter sich gegenseitig Zuständigkeit und Kompetenz streitig machten.

Diese Sicht der Dinge hängt wohl vor allem mit der Tatsache zusammen, daß der päpstliche Vertreter in Köln – also ein Amtsträger an einer sog. kleinen Nuntiatur – das Staat-Kirche-Verhältnis seiner Zeit mehr unter konkret juristischen als unter politischen Aspekten sah. Für Pacca und seine Amtsvorgänger spielte der Konflikt in der Gerichtspraxis, in der Auseinandersetzung um streitige Rechtsgüter und Besitztitel, um Differenzen bei der Beurteilung von rechts-erheblichen Ansprüchen in Zivil- und Strafverfahren. Die diesen juristischen Einzelvorgängen zugrundeliegende unterschiedliche Auffassung von Recht und Gerechtes, die Diskussion über die Legitimität miteinander im Widerstreit liegender Rechtssysteme, über die vorgegebenen politischen Strukturen und die aus diesen hervorgehenden Spannungen waren eher Gegenstand des Nachdenkens der zentralen Spitze, des Papsttums also, das Ziel einer grundsätzlichen Konfliktlösung und des Interessenausgleichs war eher Aufgabe der sogenannten Großen Nuntiatoren – am Kaiserhof in Wien und an den europäischen Herrscherresidenzen von Warschau bis Madrid und von Paris bis Neapel. An diesen Zentren des staatlichen Lebens in der frühen Neuzeit fielen die grundlegenden Entscheidungen über das Verhältnis zwischen weltlicher und geistlicher Gewalt, dort wurden die Gewichte jeweils neu austariert, wenn eine Verschiebung der traditionellen Verhältnisse sich als tunlich oder nötig erwies. Im föderativ konstruierten Reich der Deutschen kamen die Territorialfürsten hinzu, die jeder für sich oder auf gelegentlichen Zusammenkünften gemeinsam über rechtliche Probleme berieten und entschieden.

Der Nuntius *ad tractum Rheni* dagegen – in diesem Punkt eher seinen Kollegen in Graz oder Luzern vergleichbar – residierte nicht an einem Brennpunkt der großen Politik, Köln war zwar Reichsstadt, aber nicht Residenz des nach dieser Stadt benannten Kurfürsten, der in Bonn oder anderswo Hof hielt. Dementsprechend war es nicht so sehr das grundsätzliche Problem des Verhältnisses von Kirche und Staat, das er zu diskutieren und zu lösen hatte, der Kölner Vertreter des Hl. Stuhls mußte sich zuvörderst mit einzelnen Prozessen und Gerichtsurteilen, mit Kompetenzkonflikten und streitigen Ansprüchen auseinandersetzen, mit Problemen mithin, die im täglichen Handeln von Verwaltung und Judikatur zu bewältigen waren. Praktische Schwierigkeiten bei der Umsetzung unterschiedlicher staats- und kirchenrechtlicher Auffassungen waren zu lösen, rechtserhebliche Einzelfälle standen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit Paccas und seiner Amtsvorgänger.

Direkte Konflikte auf der obersten politischen Ebene von Kaiser und Reich ergaben sich für die Kölner Nuntien dagegen nur gelegentlich. Dennoch war der grundsätzliche Dissens auch für sie stets virulent und trat verschiedentlich in den Vordergrund. So sehr kleinere und mittlere Rechtsfälle und gerichtliche Streitigkeiten von mitunter recht geringem Gewicht den Arbeitsalltag des Nuntius und seiner Mitarbeiter ausfüllten, so sehr wurde auch die vergleichsweise kleine *nuntiatura ad tractum Rheni* zuweilen intensiv mit politischen Grundsatzfragen befaßt; von Zeit zu Zeit kamen Probleme grundsätzlicher Art, die die Basis des

Rechtssystems tangierten, auf Pacca und seine Vorgänger in Köln zu, und dann trat die politische Dimension des Konflikts auch für sie in aller Schärfe zutage, wie zu zeigen sein wird.

Von Pacca in seinem einleitend zitierten Statement unerwähnt und auch in den anderen Quellen zu unserem Thema unausgesprochen bleibt schließlich eine Einzelheit von Gewicht, die für das Verständnis des Gesamtvorgangs von Bedeutung und daher wenigstens zu erwähnen ist: die Auseinandersetzung um Anspruch und Recht zweier konkurrierender Größen, die ihr richtiges Verhältnis zueinander noch nicht gefunden hatten, ja immer neu definieren und realisieren mußten. Diese Auseinandersetzung wird inzwischen nicht mehr – wie im Mittelalter und noch in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts – mit gewaltsamen Mitteln ausgetragen; der Krieg ist keine angemessene und akzeptierte Methode der Konfliktbewältigung mehr, die Zeiten des Dreißigjährigen Krieges sind vergangen. Andererseits: Ganz ohne Pressuren und Gegendruck, ohne Drohung und Taktik kommt man nicht aus, ein friedlicher Ausgleich der Interessen auf dem Verhandlungsweg wird zwar angestrebt, aber das Grundmuster der Beziehungen ist und bleibt der Dauerkonflikt; unter stets sich wandelnden Umständen im Verlaufe von anderthalb Jahrhunderten kommt es trotz aller Bemühungen nicht zu einem grundsätzlichen Ausgleich, erst das Ende des Ancien Régime bringt die – von außen aufgezwungene – Lösung.

Als Quellen für das damit umschriebene Thema werden im folgenden insbesondere ausgewählte Archivalien römischer Provenienz herangezogen, die teilweise im Anhang abgedruckt sind. Sie bilden vor allem für den ersten Teil der Untersuchung das Fundament, wohingegen die sog. Finalrelationen⁸, d. h. die zusammenfassenden Berichte, die verschiedene päpstliche Vertreter – Nuntien, Internuntien, Administratoren – in Köln am Ende ihrer jeweiligen Amtszeit verfaßt haben, für den zweiten Teil der Darstellung als wesentliche Grundlage dienen werden⁹.

Mustert man die Historiographie zu unserem Thema durch, so kommt man zu einem zunächst überraschenden Ergebnis: Trotz weit über hundertjähriger Forschung zum Institut der Nuntiatoren in der Frühen Neuzeit, trotz einer kaum noch überschaubaren Fülle von Literatur zur Geschichte der päpstlichen Vertretungen – sie ist vor einigen Jahren in vorbildlicher Weise bibliographisch aufgearbeitet worden¹⁰ – gibt es kaum einschlägige Arbeiten zu unserem speziellen Thema. Die wissenschaftliche Behandlung auf der Grundlage römischer

⁸ Dieser Terminus hat sich in der Forschung wenn nicht durchgesetzt, so doch weitgehend eingebürgert. Die Quellen selbst sprechen statt dessen vielfach einfach von *relazione* – meinen dabei aber in der Regel einen Bericht am Ende der jeweiligen Amtszeit; neben *relazione* begegnet ebenso häufig das Wort *i(n)struzione*, insofern derartige Schlußberichte als Information des bisherigen Amtsinhabers für den Nachfolger dienen konnten – und dementsprechend konzipiert waren –, der am Beginn seiner Arbeit über laufende Geschäfte und unerledigte Probleme instruiert werden sollte.

⁹ Im einzelnen handelt sich um die Schlußberichte von Chigi 1653 bis zu Pacca 1794, an deren Edition Verf. lange Zeit gearbeitet hat.

¹⁰ Kurie und Politik. Stand und Perspektiven der Nuntiaturrechtsforschung, hrsg. v.

Quellen steht noch ganz in den Anfängen¹¹. Zwar: Relativ zahlreich sind die Beiträge zum Stichwort „Nuntiaturstreit“, unter dem man das Thema bisher in der Regel subsumiert hat. Aber Gegenstand dieser Untersuchungen waren im wesentlichen innerkirchliche Differenzen.

Schon bald nach Beginn der Nuntiaturenforschung etwa hatte Karl Unkel 1895 einen Dissens zwischen der Kölner Vertretung des Hl. Stuhls und dem Erzbischof-Kurfürsten von Köln am Ende des 16. Jahrhundert als Nuntiaturstreit bezeichnet¹²; unter demselben Stichwort ordnet man seit langem vor allem den Konflikt zwischen den Spitzen der deutschen Reichskirche und der römischen Kurie im späteren 18. Jahrhundert ein. Doch dabei handelt es sich im Kern um einen innerkirchlichen Vorgang, um das streitige Verhältnis nämlich zwischen der *plenitudo potestatis* des römischen Papstes einerseits und dem Maß der Vollmacht der Ortsordinarien über ihren jeweiligen Sprengel, also der Bischöfe als Träger biblisch begründeter, nicht vom römischen Papstamt abgeleiteter Hirtengewalt andererseits. In den sog. Nuntiaturstreitigkeiten bestritten die Bischöfe in ihrer Eigenschaft als geistliche Funktionsträger dem Hl. Stuhl und seinen Vertretern gewisse geistliche und kanonische Gerechtsame, stellten insbesondere Existenz und Rechtmäßigkeit der Nuntiaturen als Mittelinstanz zwischen dem päpstlichen Summepiskopat und den einzelnen Bischöfen als Nachfolger der Apostel in Abrede.

Zu den von Rom durch die Nuntien gehandhabten bzw. beanspruchten Rechten, um die es innerkirchlich zu Konflikten kam, gehörten im hier behandelten Zeitraum etwa die Führung der sog. Informativprozesse für Bischöfe und Äbte, dazu die Rolle der Nuntiatur als Erst- oder Berufungsinstanz in kirchlichen Prozessen, ferner bestimmte Vollmachten gegenüber den nicht der ordentlichen bischöflichen Leitungsgewalt unterstehenden sog. exempten Personen und geistlichen Gemeinschaften wie insbesondere bestimmte Orden und Kongregationen; unter diesen Vollmachten wäre an erster Stelle zu nennen die *facultas*, derartige Gemeinschaften durch Visitationen amtlich zu kontrollieren und ggf. zu reformieren. Daß diese und andere Funktionen und Aufgaben der Nuntiaturen reiches Konfliktmaterial boten, bedarf keiner näheren Erörterung. Aber derartige Streitigkeiten betrafen das innerkirchliche Rechtsgefüge und waren anhand theologisch-dogmatischer Überlegungen und kirchenrechtlicher Grundsätze und Vorschriften zu klären und ggf. beizulegen.

Anderer Natur dagegen waren Auseinandersetzungen zwischen Nuntiatur und Episkopat insofern, als die Bischöfe (und einige andere hohe Prälaten) zugleich Landesherren waren. Es war diese ihre Eigenschaft als Fürsten an der

A. KOLLER (= Bibliothek des Deutschen Historischen Instituts in Rom Bd. 87) (Tübingen 1998) hier 436–493; Sekundärliteratur zusammengestellt von P. SCHMIDT in 1131 Nummern.

¹¹ J. STEINRUCK hat 1998 in einem knappen Artikel in LThK³ 7, Sp. 949 den Stand der Forschung skizziert, dabei aber die hier getroffene Differenzierung zwischen innerkirchlichem Konflikt (Stichwort: „Episkopalismus“) und „Staat-Kirche-Konflikt“ (Stichwort: „Staatskirchentum“) nur ansatzweise realisiert.

¹² K. UNKEL, Der erste Kölner Nuntiaturstreit und sein Einfluß auf die Reformbestrebungen im Erzbistum Köln um die Wende des 16. Jahrhunderts, in: HJb 16 (1895) 784–793.

Spitze weltlicher Territorien, der sog. Hochstifte – zumal dann, wenn sie im Rang von *electores imperii* besonderen Einfluß hatten –, die sie zu Gegnern der Nuntiaturen machte. Die gedankliche Scheidung zweier unterschiedlicher Rechtsbereiche geistlicher Fürsten, die in aller Regel in den Quellen stillschweigend vorausgesetzt und nur zuweilen ausgesprochen wird¹³, ist auch in der bisherigen Historiographie, wie es scheint, im gedanklichen Ansatz und in der darstellenden Durchführung nicht immer hinreichend beachtet worden. Eben diese Differenzierung ist der leitende Grundgedanke der folgenden Überlegungen.

Gegenstand der Darstellung sind also bestimmte Rechts-Konflikte, die die Kurie und ihre Vertreter mit staatlichen Gemeinwesen und deren Amtsträgern ausgetragen haben, insbesondere mit den Spitzen dieser Gemeinwesen; das waren einmal der Kaiser und die von ihm eingesetzten und/oder legitimierten, in seinem Namen amtierenden Personen und Gremien, und zum anderen die als „Reich“ bezeichneten Entscheidungsträger neben dem Reichsoberhaupt.

Unter diesen Instanzen auf der obersten staatlichen Ebene erscheinen zuvörderst drei Corpora, nämlich einmal der Reichstag und andere die Gesamtheit der Reichsstände repräsentierende oder in ihrem Namen tätige Gremien, sodann das Reichskammergericht und schließlich der mit dem Reichskammergericht konkurrierende Reichshofrat in Wien. Hinzu kamen zahlreiche regionale und lokale Gerichte und Gremien auf unteren Ebenen. Insgesamt ist es die später Judikative genannte Größe, die im Ancien Régime aber noch nicht als „Dritte Gewalt“ eine unabhängige Stellung einnahm und noch nicht von den rechtssetzenden und exekutiven Entscheidungsträgern unterschieden wurde wie in einem Staat moderner Prägung. Die Gesamtheit dieser Rechtsträger, also die mit der Nuntiatur konkurrierenden weltlichen Gerichte, bestimmten den Konflikt in unterschiedlicher Intensität und Ausprägung.

Grundsätzliche kontroverse Positionen in dieser Frage ergaben sich immer wieder bei Gelegenheiten, die in unregelmäßigen Abständen wiederkehrten. Gemeint sind die Wahlen eines neuen Reichsoberhauptes, zu denen die Kurfürsten nach dem Tod des jeweiligen Herrschers zusammentraten. Im Vorfeld des Wahlaktes formulierten diese gemeinsam politische Absichtserklärungen, die sog. Wahlkapitulationen, die der zu Wählende anlässlich seiner Erhebung feierlich zu beedigen hatte. Neben den Reichstagsrezessen oder -abschieden waren diese Wahlkapitulationen grundlegende Dokumente staatlicher Ordnung; kein geringerer als der berühmte Staatsrechtslehrer Johann Jacob Moser nennt sie schon am Ende des 18. Jahrhunderts „Reichsgrundgesetze“¹⁴, und auch die neuere Forschung gibt ihnen Verfassungsrang¹⁵.

¹³ Vgl. Nuntius Davias Formulierung in seiner Finalrelation von 1696, in der die Rede ist von der *autorità del sig. elettore (di Colonia) come principe secolare* (ASV, Arch. Nunz. Colonia 59, fol. 198r). Sein Nachfolger Bussi erklärte 1712 seinen Lesern: ... *in queste parti i vescovi sono anche prencipi de'loro stati* ... (ASV, Arch. Nunz. Colonia 59, fol. 357v).

¹⁴ JOHANN JACOB MOSER, Königlich Dänischen Etats-Raths, Betrachtungen über die Wahlkapitulation Kayser Josephs II., Frankfurt/Main 1777, S. 3 der Vorrede.

¹⁵ Vgl. G. KLEINHEYER, Die kaiserlichen Wahlkapitulationen. Geschichte, Wesen und Funk-

Einzelne Paragraphen dieser Wahlkapitulationen nun enthielten Zielvorgaben kaiserlichen Handelns, die dem Selbstverständnis des Papsttums zuwiderliefen und die traditionelle Stellung der Kirche im Reich mehr oder weniger frontal angriffen; ein besonders wichtiger Punkt dieser Gravamina betraf eben das Gerichtswesen und die Rolle der kirchlichen Iudikatur im Reich, im wesentlichen ausgeübt durch die apostolischen Nuntien.

Erstmals kam es zum Streit über diese spezielle Materie bei zwei rasch aufeinander folgenden Gelegenheiten: auf dem 1653 in Augsburg stattfindenden Wahltag und während des im Jahr darauf abgehaltenen Reichstags in Regensburg¹⁶. Um die Kaiserwürde für seine Dynastie zu sichern, ließ Ferdinand III. – einem ins Mittelalter zurückreichenden Brauch folgend – zu eigenen Lebzeiten seinen Sohn gleichen Namens zum *rex Romanorum* wählen. Die aus Anlaß dieser Königswahl errichtete Wahlkapitulation vom Juni 1653 warf in § 17 der päpstlichen Iudikatur „*eltlicher Orthen ingerissene Mißbräuch*“ vor; denn die *causae civiles*, so hieß es da, würden ihren ordentlichen Richtern im Reich entzogen und an die Nuntien verwiesen, am Ende gar *ad Curiam Romanam* verschleppt. Deshalb verpflichteten die Wähler Ferdinand (IV.) zu zügigem Handeln: Die bereits gefällten Urteile der genannten kirchlichen Gerichte seien aufzuheben und zu annullieren; für die Zukunft sollten die mit der Rechtspflege im Reich betrauten Stellen alle Verweigerer des kaiserlich-reichsgerichtlichen Rechtsweges gebührend zur Rechenschaft ziehen und Zuwiderhandelnde gegebenenfalls gar bestrafen¹⁷. Der vorausgehende § 16 bezog sich auf die Fürstenkonkordate des

tion (= Studien und Quellen zur Geschichte des Deutschen Verfassungsrechts, hg. v. H. CONRAD und U. SCHEUNER, Reihe A: Studien Bd. 1) (Karlsruhe 1968). H.-J. BECKER in: LThK³ Bd. 10 (2001) Sp. 924 f.

¹⁶ Hauptquelle dazu ist JOHANN GOTTFRIED VON MEIERN, *Acta comitialia Ratisbonensia publica. Oder Regenspurgische Reichstags-Handlungen und Geschichte von den Jahren 1653 und 1654*, Teil I (Leipzig 1738) Teil II (Göttingen 1740). Für den historischen Kontext vgl. A. MÜLLER, *Der Regensburger Reichstag von 1653/54. Eine Studie zur Entwicklung des Alten Reiches nach dem Westfälischen Frieden* (= Europäische Hochschulschriften, Reihe III: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften Bd. 511) (Frankfurt/Main-Bern-New York-Paris 1992). Für die Frage der Wahlkapitulation vgl. KLEINHEYER (Anm. 15) 86–94.

¹⁷ Ein *Extractum capitulationis regis Romanorum Ferdinandi IV.* (in kuraler Überlieferung in: ASV, Segr. Stato, Colonia 63, fol. 442r) lautet: *Uterius etiam volumus in locis aliquibus irreperentes abusos, per quos causae civiles ab eorum ordinario iudice ex imperio ad nuntios apostolicos, et plene etiam dum ad Romanam curiam deferuntur, tollere, annullare et serio prohibere nostroque caesareo fiscali tam bene in nostro consilio imperiali aulico quam camera mandare, ut contra tales tam partes quam advocatos, procuratores, notarios, qui imposterum tale quid praesumpserint, vel quovis modo agere inceperint, praevia debita citatione et accusatione, ex officio prosequatur, ut transgressores in talibus quamprimum secundum delictum puniantur.* Der Druck in J. DUMONT, *Corps Universel Diplomatique du Droit des Gens*, tom. 6, partie 2–3 (Amsterdam-La Haye 1728) 59–65, darin 62 § 17, liest statt *etiam dum: etiamnum*; statt *prosequatur: prosequi*, statt *transgressores: transgressor* und dementsprechend statt *puniantur: puniatur*. Dumont verweist auf den Druck bei MICHAEL CASPAR LONDORPIUS, *Der Römischen Kayserlichen Majestät ... Acta publica ...*, Siebenter Theil oder der Continuation Dritter Theil (Frankfurt/Main 1669) 10–18, Nr. CX; dort ist das Dokument in deutscher Sprache gegeben und auf den 2. Juni 1653 datiert, wohingegen es bei Dumont am Kopf des Stückes auf den 26. Juni (mit der Variante „2. Juni“ in der Randbemerkung) datiert ist.

15. Jahrhunderts und bestand auf Einhaltung der dort niedergelegten Bestimmungen.

Was hier erstmals an Elementen begegnet, die von nun an ständig kontrovers diskutiert wurden, ist ein Dreifaches: Einmal ist von *causae civiles* bzw. von *causae seculares*¹⁸ die Rede; eine Begrifflichkeit wird also in die Diskussion eingeführt, die den auf römisches Recht zurückgehenden Terminus *civilis* – hier im Gegensatz zu *ecclesiasticus* – benutzt. Zum zweiten wird der *ordinarius iudex* im Reich den *nuntii apostolici* gegenübergestellt, die als von der römischen Kurie abhängiges Organ der Iudikatur begriffen werden, als solche außerhalb des Reiches und seiner Rechtssprechung stehen, ein auswärtiges Tribunal darstellen, wie man bald darauf sagen wird. Anrufungen derartiger auswärtiger Tribunale schließlich werden als Delikt bezeichnet und für die Zukunft verboten, Zuwiderhandelnde mit Sanktionen bedroht.

Auf dem folgenden Reichstag von 1654 – es war der erste nach dem Dreißigjährigen Krieg – führten alle Stände insgesamt erstmals Klage über Appellationen an kirchliche Gerichte. Wie im Vorjahr die Kurfürsten, so erklärte nun die Gesamtheit der Mitglieder des Reiches, man wolle mit allen Mitteln den vielfachen Abusus bekämpfen, daß *causae civiles* vor *externa tribunalia* verhandelt und entschieden würden; gemeint waren mit diesen auswärtigen Tribunalen wiederum die Nuntiaturgerichte und insbesondere die römische Kurie, die unter anderem beschuldigt wurden, von weltlichen Gerichten gefällte Urteile zu kassieren. Diese Gravamina wurden als Paragraph 164 in den Reichstagsrezeß¹⁹ aufgenommen, der als politisches Ziel generell die Entflechtung weltlicher und geistlicher Jurisdiktion forderte. Zur Begründung wurde unter anderem Bezug genommen auf *Rescripta* und *Mandata* Karls V. an die Reichsstände vom 3. Oktober 1548 *de non evocando* sowie auf den Westfälischen Frieden von 1648.

Der skizzierte Vorgang des Vorjahres und der Rekurs auf das kurfürstliche Privileg *de non evocando* legen die Vermutung nahe, daß es vor allem die Kurfürsten waren, die das Problem auf die Tagesordnung des Reichstags gesetzt und in den Reichstagsrezeß hatten aufnehmen lassen.

Da in den genannten Paragraphen die grundsätzliche Problematik in allen oder doch den meisten strittigen Punkten darlegt wird und manche Einzelheiten über Entstehung, Anlaß und Wesen des Konflikts genannt sind, die dann in den folgenden Jahrzehnten immer wieder Gegenstand der Diskussion wurden, sei der Reichstagsbeschluß hier etwas näher analysiert.

¹⁸ So seit den Wahlkapitulationen Josephs I. von 1690 und Karls VII. von 1742, vgl. unten S. 195, 198. Beide Begriffe scheinen deckungsgleich gewesen zu sein.

¹⁹ Dieser – in deutscher Sprache vorliegend – ist gedruckt in: Neue und vollständigere Sammlung der Reichsabschiede, Dritter Theil derer Reichs=Abschiede von dem Jahr 1552 bis 1654 inclusive, o. O. u. J., 640–690, hier 669 f.; der § 164 liegt in der kuralen Überlieferung in lateinischer Sprache in einem knappen undatierten *Extractum* von 1654 vor, das zur Nuntiaturkorrespondenz von Sanfelice gehört (unten Anhang Nr. 1), sowie in vollem Wortlaut als Beilage zu einem Nuntiaturbericht vom 10. November 1686, abgedruckt unten Nr. 6, S. 221 mit Anm. 20.

Anknüpfungspunkt waren insbesondere bestimmte, freilich nicht näher beschriebene Vorgänge im Nordwesten des Reiches, näherhin in den *Ertz- und Stiffteren* Köln, Lüttich und Münster, die allesamt zum Jurisdiktionsbezirk des Kölner Nuntius gehörten. Bemerkenswerterweise wurden in der lateinischen Übersetzung/Fassung des § 164 Reichstagsabschied zur Bezeichnung der Hochstifte kirchlich-kanonische Begriffe benutzt, nämlich „*archi= et dioeceses Coloniens., Leodiens. et Monasteriens.*“²⁰, also „Erzdözesen und Bistümer“. Die Differenz in der deutschen und lateinische Nomenklatur war bedeutend, weil sie den Unterschied zwischen dem geistlichen Sprengel und dem weltlichen Territorium der genannten Reichsprälaten verwischte. Sie war nicht zufällig, kein lapsus calami, sondern entsprach dem auch sonst zu beobachtenden Mangel an präziser Begrifflichkeit, wie zu zeigen sein wird²¹.

In den genannten Hochstiften/geistlichen Sprengeln waren nach Meinung der Verfasser und Initiatoren des § 164 Mißbräuche jeder Art bei und Berufungen von beinahe allen Urteilen zu beanstanden und generell die Gerichtskompetenzen in einer Weise strittig, daß Rechtssuchende trotz hohen Aufwands an Zeit und trotz Einsatzes erheblicher finanzieller Mittel selten gültige Urteile entgegennehmen konnten. Grund für diesen unhaltbaren Zustand war das Verhalten der Nuntien – angesichts der einleitenden Bezugnahme auf Köln, Lüttich und Münster konnten hier allein die Kölner Vertreter des Hl. Stuhls gemeint sein –, sie waren es, die häufig genug Entscheidungen weltlicher Gerichte nicht nur nicht anerkannten, sondern förmlich kassierten und Prozeßführende unter Androhung finanzieller Strafen und kirchlicher Zensuren zum Verzicht auf den ordentlichen Rechtsweg zu bewegen suchten oder geradezu zwangen. Dieser inakzeptable Zustand des Rechtswesens im Reich wurde als *confusio iurisdictionum* bezeichnet, also als unregelmäßiges Nebeneinander konkurrierender Rechtssysteme, die zahlreiche miteinander unvereinbare Verfahrensvorschriften aufwiesen. Dem müsse die Reichsgewalt entgegenwirken, wenn die kaiserliche Souveränität nicht ernsthaft verletzt und beschädigt werden solle. Aus diesem Grund habe das Reichsoberhaupt gegenüber dem päpstlichen Stuhl mit dem Ziel tätig zu werden, den Nuntien jedes unzulässige Vorgehen gegen Untertanen im Reich verbieten zu lassen und jeden hierhergehörigen Rechtsakt reichsrechtlich als nichtig zu erklären und zu kassieren. Grundsätzlich war die Anrufung von *peregrina tribunalia ... extra imperium* in Zukunft zu untersagen, weil das Nuntiaturgericht ein *forum incompetens* und jegliche (oberste) Rechtspflege dem Reichshofrat und dem Reichskammergericht vorzubehalten sei.

Darüber hinaus wurden „*insgemein die Evocationes vor fremde Gericht, und ausserhalb des Reichs*“ als unstatthaft erklärt – das war im Prinzip eine Maßgabe, die weit über das Verbot von Appellationen hinausging. Alles, was auf diesem Feld zu beanstanden sei – etwa Lösung vom Eid der Untertanen durch die

²⁰ Unten Anhang 1 (mit Verweis auf die etwas anders lautende Fassung in der Anm. zu Anhang Nr. 6).

²¹ Vgl. dazu unten S. 200, 203.

Nuntien und ähnliche Aktivitäten –, sei vom Reichsoberhaupt im Auge zu behalten und ggf. abzustellen.

Das hieß in der Konsequenz: die auf kanonischer, nicht reichsrechtlicher Grundlage aufruhende richterliche Vollmacht der Nuntien und deren Praxis der Rechtssprechung samt dem Instrumentarium kirchenrechtlicher Sanktionen galt von nun an als Fremdkörper innerhalb des Rechtswesens im Reich, sie wurde förmlich als Mißbrauch und Kompetenzüberschreitung beurteilt und ihre Abschaffung gefordert. Grundsätzlich galt: Mit den obersten Reichsgerichten konkurrierende kirchliche Gerichte sollten nicht mehr geduldet werden²².

Ob der vom Wiener Nuntius Scipione Pannochieschi d'Elce²³, der 1653 zum Reichstag nach Regensburg entsandt worden war, bereits damals, das heißt vor dem Ende des Reichstags, eingelegte Protest betr. *il punto della deputatione per le cose ecclesiastiche* auch den hier interessierenden Punkt der Gerichtspraxis betraf, bleibt offen²⁴. Sicher ist nur, daß d'Elce in einem eigenen Akt unter dem 17. Mai 1654 Chigis Protest gegen den Westfälischen Frieden wiederholt hat²⁵.

Vier Jahre später, 1658 in Frankfurt, wo nach dem vorzeitigen Tod Ferdinands (IV.) (gest. 9. Juli 1654) und seines Vaters (gest. 2. April 1657) erneut ein Wahltag abgehalten werden mußte, wurde dasselbe Gravamen anlässlich der Wahl Leopolds I. in der sog. *Capitulatio Leopoldina* wörtlich wiederholt; die §§ 16 und 17 der Vereinbarung von 1653 zum Paragraphen 19²⁶ zusammenfassend, lautete der entscheidende Satz diesmal: „Wir wollen die etlicher Orten eingerissene Mißbräuch, dardurch die *causae civiles* von ibren ordenlichen Gericht im heiligen Reich ab- und ausser daselbe ad Nuncios Apostolicos, und wol gar ad Curiam Romanam gezogen worden, abschaffen, vernichten und ernstlich verbieten“²⁷.

²² In der Arbeit von MÜLLER (Anm. 16) wird diese Thematik nicht angesprochen, weder unter dem Stichwort „Reform des Justizwesens“ noch „Die konfessionellen Fragen“ S. 232 ff.

²³ d'Elce war 1652–1658 Nuntius in Wien, vgl. GATZ, B 1648, 634.

²⁴ Die unten S. 192 Anm. 28 zitierte Passage aus Sanfelices Finalrelation legt das nahe. Vgl. zu d'Elces Mission PASTOR 14,1, 101f. mit Anmerkungen; die dort genannten ungedruckten vatikanischen Quellen konnten für die vorliegende Arbeit nicht berücksichtigt werden.

²⁵ Protest mit der Bemerkung *Registrata in cancellaria Moguntina die 21 Maii 1654*: ASV, Archivio della Nunziatura di Colonia 64, fol. 199r-204v (zwei Exemplare: Original mit Unterschrift und Kopie).

²⁶ In Umkehrung der bisherigen Reihenfolge; hier wurden zunächst die Fürstenkonkordate und dann die kirchliche Iudikatur behandelt.

²⁷ So die deutsche Fassung bei JOHANN CHRISTIAN LÜNIG, Das Teutsche Reichsarchiv, Pars generalis, 1. Teil (Leipzig 1713) 799f., danach wiederabgedruckt bei: M. F. FELDKAMP, Studien und Texte zur Geschichte der Kölner Nuntiatur Bd. 2: Dokumente und Materialien über Jurisdiktion, Nuntiatursprengel, Haushalt, Zeremoniell und Verwaltung der Kölner Nuntiatur (= Collectanea Archivi Vaticani 31) (Città del Vaticano 1993) 148–150 Nr. 27: Artikel 19 der Wahlkapitulation von 1658. Der lateinische Wortlaut bei DUMONT (Anm. 17) 226–234, hier S. 230; an der Kurie überlieferte Fassung in ASV, Segr. Stato, Colonia 63, fol. 442r: (Wir sagen zu) *nostro consilio imperiali aulico quam camerae mandare, ut contra tales tam partes quam advocatos, procuratores, notarios, qui imposterum tale quid presumpserint, vel quovis modo agere inceperint, praevia debita citatione et accusatione, ex officio prosequatur, ut transgressores in talibus quamprimum secundum delictum puniantur.*

Damit war der Gegensatz zur kurialen Position und Praxis erneut unzweideutig benannt und offensiv vertreten, und das in einer Weise, die in ihrer Kompromißlosigkeit kaum zu steigern war.

Die römische Reaktion darauf ließ nicht auf sich warten: Der Kölner Nuntius Sanfelice (1653–1659), der im Auftrag des Papstes beim Wahltag von 1658 anwesend war²⁸, protestierte in ebenso deutlichen Formulierungen gegen das Wahlversprechen Leopolds I., der schließlich nach längeren Verhandlungen am 18. Juli gewählt wurde: „... *utpote Sanctae Sedis Apostolicae libertati ac iurisdictioni ecclesiasticae adversantia, veritati minus conformia*“, hieß es wörtlich in einem Dekret des Nuntius²⁹, „... *declaravi me aperte protestando contradicere articulo decimonono capitulationis tanquam erroneo, scandaloso et praeiudiciali*“. Es ist hier nicht auf die rechtliche Qualität der einzelnen Begriffe einzugehen, die Sanfelice wählte. Für unseren Sachzusammenhang kann es bei der Feststellung bleiben, daß das Verdikt des Nuntius den Beginn einer ganzen Reihe von ähnlichen Stellungnahmen in den folgenden Jahrzehnten markierte, daß es aber, so eindeutig und grundsätzlich es war, wenig Wirkung zeitigte. Des Nuntius geharnischte Verwahrung gegen die kurfürstlich-kaiserliche Willenserklärung ging weitgehend ins Leere, eine direkte Wirkung blieb aus.

Nur eine mittelbare Folge, die langandauernde Nachwirkungen haben sollte, hatte Sanfelices beharrliches Drängen im Vorfeld der Kaiserwahl: Es gelang ihm, den katholischen Kurfürsten-Erzbischöfen ein Zugeständnis abzurufen, das zwar in der Praxis kaum Konsequenzen hatte, aber im Prinzip dem Rechtsstandpunkt der Kurie insofern Rechnung trug, als die Formulierung der Wahlkapitulation als vorläufig und damit der Dissens als weiterer Diskussion bedürftig erklärt wurde. Am Ende intensiver Verhandlungen kam es zu einer Reversale, die das Direktorat des Kurkollegiums, die kurmainzer Kanzlei, dem Nuntius unter dem 30. Juli ausstellte – der Wahlakt Leopolds lag zu diesem Zeitpunkt bereits zwölf Tage zurück. Darin wurde die *remonstratio* des Nuntius gegen die Artikel 16 und 17 von 1654, jetzt §19 der Wahlkapitulation Leopolds I., als

²⁸ Vgl. dazu A. FRANZEN, Ein Krise der deutschen Kirche im 17. Jahrhundert?, in: RQ 49 (1954) 56–111. DERS., Französische Politik und Kurkölns Beziehungen zu Frankreich unter Erzbischof Max Heinrich (1650–1688) in römischer Sicht, in: RQ 52 (1957) 169–210, bes. 182–193, wo auf der Grundlage der Nuntiaturkorrespondenz Sanfelices dessen Wirken auf dem Wahltag in Frankfurt behandelt ist; unsere Thematik wird dort aber nicht einmal beiläufig angesprochen. Sanfelice selbst erwähnte seine Aktivitäten auf dem Kurfürstentag und später in seiner auf den 13. Oktober 1659 datierten Finalrelation in nicht sehr klarer Form und nur ganz am Rande: *Rinovorno nell'ultima dieta di Ratisbona il tentativo alcuni ministri ... del sig. elettore di Colonia facendo confirmar il recesso nella capitulatione di Ferdinando IV ... Il sig. cardinal d'Elci si protestò contro, et ultimamente, havendo di novo contro l'appuntato fatto menzione li signori elettori nella capitulatione dell'imperatore hoggi regnante, io m'opposi con ogni vigore e ne riportai una dichiarazione dell'elettori cattolici, come tutto V. S. Illma (d. h. Sanfelices Amtsnachfolger) vedrà nella protesta da me fatta et [nell'] atto originale elettorale che si conservano nell'archivio ...* (ASV, Segr. Stato, Colonia 31, fol. 313r–315v; die in RQ 50 [1955] 83–88 von August Franzen vorgelegte Edition der Finalrelation Sanfelices ist nicht fehlerfrei).

²⁹ Unten Anhang Nr. 5. FELDKAMP (Anm. 27) 150–153.

rationi et iustitiae convenientissima bezeichnet, als höchst verständlich, angemessen und gerecht also. Die drei rheinischen Erzbischöfe und die Vertreter Kur-Bayerns seien daher übereingekommen, hieß es weiter, die umstrittenen Artikel auszuschneiden (*omittere*) und dahin zu wirken, daß auch die (protestantischen) Mitwähler diesem Vorgehen zustimmten. Diese hätten indessen darauf aufmerksam gemacht, daß der umstrittene Passus nun einmal in die eben vereinbarte Kapitulation eingegangen sei und daraus ohne vorausgehende erschöpfende Diskussion des Sachverhalts – für die derzeit indessen Zeit und Gelegenheit fehlten – nicht entfernt werden könne. Man werde aber, hieß es abschließend in der Reversale, darauf hinwirken, daß in Zukunft jeder *abusus ... in puncto iurisdictionis* unterbleibe und Beschwerden in diesem Punkt sogleich abgestellt würden³⁰.

Mit einer solchen Erklärung wurde die in der Wahlkapitulation formulierte Ablehnung der letztinstanzlichen Zuständigkeit von römischer Kurie und Nuntiatur in Prozessen betr. *causae saeculares* zwar nicht ungeschehen gemacht, aber immerhin mochte sie als einmalige Festlegung geringere Verbindlichkeit haben und mußte jedenfalls nicht unbedingt als Präjudiz für die Zukunft gelten. Dazu schien eine etwas sybillinisch gehaltene Einlassung des neugewählten Reichsoberhauptes zu passen: Leopold I. hätte – so die Darstellung des Nuntius – gelegentlich einer Audienz erklärt, er werde die Reversale in die Kapitulation aufnehmen lassen, auch wenn er ihren Inhalt für wenig praktikabel halte³¹.

Andererseits bot die kurfürstliche Erklärung keinerlei Sicherheit für die Zukunft; sie war zwar formaliter durch die Leitung des Kurkollegs abgegeben worden und kam daher als solche zu den offiziellen Akten, und dieser Vorgang schien eine gewisse Gewähr dafür zu bieten, daß das Thema nicht in Vergessenheit geriet und mithin jederzeit – etwa beim nächsten Wahltag – erneut auf die Tagesordnung gesetzt werden konnte; die umstrittene Bestimmung war und

³⁰ Unten Nr. 3. In dem unten darzustellenden kurialen Protest von 1790 führte der päpstliche Vertreter aus, daß 1658 die katholischen Kurfürsten erklärt hätten, die Entscheidung auf dem Wahltag sei gefallen *pro hac vice ... sine previo maturo examine, quod festinandae electionis necessitas excludit ...* 1792 hieß es zum selben Vorgang von 1658 u. a., daß *praefati articuli omitterentur, iudem electores omissionis „pro ea tantum vice“ denegatae causam, festinandae electionis necessitati adtribuentes, quae maturum examen excludebat, reversali quadam seu declaratione ad eundem nuntium missa et sigillo Moguntinae electoralis cancellariae munita satisfacere Apostolicae Sedi satagerunt, apertis verbis declarantes, ex sua parte articulum XIX (loco 16 et 17 capitulationis Ferdinandi IV.) omitti in nova imperatoris Leopoldi I capitulatione debuisset, utpote erroneum et Sedi Apostolicae iniuriosum, ac consequenter habere se illum pro omisso, promittentes insuper velle se proseguere apud dominos coelectores omne studium, ut eadem omissione ab illis posthac unanimi consensu principum electorum approbaretur.*

³¹ So ein Bericht Sanfelices an Kardinalstaatssekretär vom 6. August 1658: *Per render maggiormente efficace il reversale ottenuto dagli elettori cattolici sopra l'articolo 19 della nuova capitulatione, e per debilitar questa di vantaggio, ho presentato copia del preaccennato reversale a S. M. tà acciò che vegga esser sollevata dal peso impostoli in quell'articolo. Se n'è mostrata sodisfatta e m'ha promesso di farlo notare nella capitulatione, se ben s'accorgeva che fra l'altre cose impraticabili v'era questa* (ASV, Segr. Stato, Colonia, fol. 178r, Or.). Vgl. auch den Vermerk des Staatssekretariats von 1792, unten Anhang Nr. 14.

blieb aber dennoch Teil der Wahlkapitulation, die Reversale stellte daher eher ein Trostpflaster dar als ein Entgegenkommen in der Sache oder gar eine Garantie dafür, die Frage zu einem späteren Zeitpunkt im kurialen Sinn zu lösen. Im Gegenteil: Der in der Erklärung geschilderte Vorgang mit seiner Begründung konnte auch als Präzedenzfall interpretiert werden, der grundsätzlich eher die kaiserlich-kurfürstliche Position als den Anspruch Roms und seiner Vertreter stärkte. Denn wann war in der Zukunft schon bei einer Thronvakanz genügend Zeit, um den sichtbar gewordenen Gegensatz reichsrechtlicher und kanonischer Positionen während eines Wahltages in gehöriger Intensität zu diskutieren, wenn man die nötige Diskussion jetzt verschob? Eben diese Überlegung war wohl auch der Grund dafür, daß man auf kurialer Seite mißtrauisch blieb und trotz der Reversale auf den Protest nicht verzichtete: irrig, skandalös und präjudizierend, der kirchlichen Freiheit und Rechtshoheit widersprechend und der Wahrheit wenig angemessen – das war eine im Namen des Papstes ausgesprochene Verurteilung eines wichtigen Teils der Kapitulation, die die Wahl des Reichsoberhauptes von 1658 überschattete.

Bemerkenswert ist dieser Vorgang in mehrfacher Hinsicht. Zunächst bleibt festzuhalten, daß es sich um einen grundsätzlichen, förmlichen römischen Einspruch gegen eine Entscheidung des höchsten Beratungs- und Beschlußgremiums des Reiches handelte. Ein vergleichbarer Akt von noch größerer Reichweite lag damals genau ein Jahrzehnt zurück: 1648/49 hatte Rom einige Bestimmungen des *Instrumentum pacis* der Friedensschlüsse von Münster und Osnabrück in aller Form zurückgewiesen³². Damals war es der Kölner Nuntius Fabio Chigi (1639–1653) gewesen, der als päpstlicher Vertreter auf dem Friedenskongreß – weitgehend folgenlos – Akte des Protestes gegen bestimmte Inhalte der Friedensverträge gesetzt hatte, und eben dieser Chigi war es nun, der sich, inzwischen unter dem Namen Alexander VII. zum Papst erhoben, erneut in einer fundamentalen Frage des Staat-Kirche-Verhältnisses zum Protest entschloß.

Auffällig ist zudem, daß nicht der Nuntius am Kaiserhof mit dieser Aufgabe betraut wurde, sondern sein Kölner Kollege, also der Vertreter einer kleinen Nuntiatur. Als Erklärung für diese Einzelheit kann man beim gegenwärtigen Stand der Forschung nur eine Vermutung äußern: Bestimmte hier angezogene Vorfälle innerhalb dreier Territorien im Reich, die allesamt zum Jurisdiktionsbezirk der Kölner Nuntiatur gehörten, waren der Ausgangspunkt für die kurfürstliche Initiative auf dem Wahltag von 1653 gewesen. Ein zweiter Umstand kam hinzu: Von den vier katholischen Wählern des Reichsoberhauptes residierte die Mehrheit ebenfalls im Amtsbezirk der *Nuntiatura ad tractum Rheni*, nämlich die drei Kurfürsten von Mainz, Köln und Trier. Sie waren es, die ausweislich des Wortlauts der Wahlkapitulation die Hauptbefürworter des Paragraphen

³² Vgl. dazu M. F. FELDKAMP, Das Breve Zelo Domus »Dei« vom 26. November 1648. Edition in: AHP 31 (1993) 293–305 und die dort zusammengetragene Literatur sowie die kritische Auseinandersetzung mit dieser Edition von K. REGEN, Drei Korollarien zum Breve *Zelo Domus Dei* (26. November 1648): Editionstechnik, Nachdruckgeschichte, Vorgeschichte, in: ebd. 33 (1995) 315–333.

XIX gewesen waren, sie waren es daher auch, die vor der Entscheidung mehrfach – freilich erfolglos – durch den Kölner Nuntius gedrängt worden waren, den anstößigen Artikel aus der Wahlkapitulation zu streichen; aus diesen Gründen dürfte der ehemalige Kölner Nuntius Chigi seinen unmittelbaren Amtsnachfolger am Rhein Sanfelice gewählt haben und nicht den Wiener Nuntius, um die Sache der Kurie zu vertreten und schließlich den Protest einzulegen.

Wie 1658 der Protest weitgehend ungehört verhallte, so blieb es auch in der Folgezeit: die Negierung der kirchlich-päpstlichen Ansprüche von Seiten des Reiches wurde nicht zurückgenommen. Ja, für die römische Position gravieren-der noch: in den Jahrzehnten, die folgten, wurden in allen Wahlkapitulationen vergleichbare Erklärungen wiederholt – und damit der Inhalt der beruhigenden Reversale von 1658 nachträglich als wirkungslos erwiesen; aus der Sicht der Kurie und ihrer Vertreter erschien diese in der Rückschau gar, je länger ihre Zusage nicht realisiert wurde, desto mehr als ein taktischer Schachzug; ein wirkliches Eingehen auf römische Bedenken war sie jedenfalls weder 1658 noch später.

1689/90, bei der Wahl Josephs I., wurde Giacomo Cantelmi³³ als päpstlicher Sondernuntius mit der Aufgabe betraut, die römische Position zu vertreten. Die umstrittene Bestimmung fand sich gleichfalls als Artikel XIX³⁴. Darin war – nach einer Erklärung zu den *Concordata principum* – in einem zweiten Teil zunächst fast mit denselben Worten und Sätzen wie 1653 die Frage der umstrittenen Gerichtsbarkeit thematisiert; angedroht wurden Zwangsmaßnahmen gegenüber den „*Partheyen als Advocaten/Procuratoren und Notaren*“ im Fall von Zuwiderhandlung gegen die reichsrechtlichen Vorschriften. Es folgte die Darlegung des „*Jurisdictions-Conflicts*“, demzufolge in der Vergangenheit „*zwischen Unseren und des Reichs höchsten Gerichten, so dan(n) denen Apostolischen Nunciaturen mehrmahlige Streit und Irrungen entstanden, indeme so ein als anderen Orts die ab der Officialen Urtheil beschebenen Appellationes angenommen ... zu grosser Irr- und Beschwerung der Partheien*“.

Im Anschluß daran kam es dann aber zu einer Absichtserklärung, die über den bisherigen Stand der Kontroverse hinauszudeuten schien: „*Wir (wollen) daran seyn*“, hieß es da, „*dasz die Causae Saeculares ab Ecclesiasticis rechtlich distinguirt / auch die darunter vorkommende zweifelhaffte Fälle/ durch gütliche mit dem Päpstlichen Stuhl vornehmende Handlung und Vergleich erledigt/ fort der Geist= und Weltlichen Obrigkeit/ einer jeden ihr Recht und Iudicatur ohngestört gelassen werden möge*“.

Das schien nun ein ernsthafter Versuch zu sein, den bisherigen Dissens einvernehmlich zu lösen; schon die Formulierung, daß es auch bei Unterscheidung von *causae saeculares* und *causae ecclesiasticae* „*zweifelhafte Fälle*“ gebe, war ein Eingehen auf die römische Position, das Bereitschaft zum Ausgleich andeutete. Vor allem aber war deutlich ausgesprochen, daß man von Seiten des Reiches auf Verhandlungen setzte und einen Vergleich als Ziel dieser Verhandlungen im

³³ Über ihn vgl. DBI 18, 267–271.

³⁴ DUMONT (Anm. 17) 247–265 Nr. 124, hier 255: Wahlkapitulation datiert Augsburg 1690 Januar 24, in deutscher Sprache vorliegend (dort trägt der Artikel die Nr. 18).

Auge hatte. Jeder der beiden Obrigkeiten wurde das Recht zugestanden, die jeweilige Gerichtshoheit ungestört auszuüben. Das war ein klares Programm, das nicht nur Einlenken in der Methode, sondern – beim Bestehen auf grundsätzlichem reichsrechtlichen Anspruch – Anerkenntnis einer eigenständigen kirchlichen Iudikatur zu bedeuten schien und damit Entgegenkommen in der Sache signalisierte, ja zusagte.

Cantelmi war daher anfänglich optimistisch gewesen und hatte gehofft, die Aufnahme des umstrittenen Artikels in die neue Wahlkapitulation verhindern zu können, mußte freilich im gleichen Atemzug gestehen, der Widerstand gegen die römischen Forderungen sei auch und insbesondere in Kreisen der katholischen Kurfürsten beträchtlich. Er scheint nicht gerade klug und zielführend verhandelt zu haben und hat wohl gegenüber den rheinischen Erzbischöfen nicht einmal auf die Warnung – oder war es eine Drohung? – verzichtet, bestimmte päpstliche Gnadenerweise könnten widerrufen werden und für die Zukunft gänzlich entfallen³⁵.

Nach einer einige Monate später niedergeschriebenen Aufzeichnung hätte der Kurfürst von Mainz als Antwort auf Cantelmis Insistieren im Namen aller katholischen Kurfürsten gelegentlich erklärt, ihm seien die römischen Gravamina gegen Artikel XIX der Wahlkapitulation unbekannt; dieser sei in die kaiserliche Erklärung nur eingefügt, weil er bereits in derjenigen von 1658 gestanden habe und ohne lange Diskussionen mit den Vertretern der protestantischen Kurfürsten nicht daraus gestrichen werden könne, dazu aber fehle die nötige Zeit. Nach derselben Quelle soll der Mainzer sich sogar zu der Zusage verstanden haben, er wolle dafür Sorge tragen, daß der anstößige Artikel in Zukunft ausgeschieden werde³⁶.

³⁵ Vgl. den Bericht Cantelmis an Kardinalstaatssekretär Cibo vom 6. Januar 1690 aus Augsburg, mitgeteilt von P. HILTEBRANDT, Die kirchlichen Reunionsverhandlungen in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts. Ernst August von Hannover und die katholische Kirche (= Bibliothek des Preuss. Historischen Instituts in Rom Bd. 14) (Rom 1922) Anhang Nr. 15, S. 204f. sowie unten, Anhang Nr. 7a. Cantelmis Einschätzung der Situation war irrig, seine Ausführungen zur Lage beim Wahltag zudem alles andere als klar und schlüssig; so meinte er mit Blick auf die katholischen Kurfürsten, daß, *perché prevale il proprio interesse ad ogn'altra consideratione, si procura d'imprimere il concetto, che, quando si vogliano riputare abusi le gratie pontificie concesute a quelli istessi* (d. h. die Kurfürsten), *che hora gli danno un titolo si improprio, haverà la Santa Sede giusto motivo di non concederle in avvenire, e di revocare anco quelle che si stimano abusive ...* War hier vielleicht der Widerruf der Quinquennalfakultäten gemeint?

³⁶ ASV, Segr. Stato, Colonia 314, fol. 172r-275v (Kop.) = ASV, ANC 59, fol. 127r-192r (Kop.): Undatierte (von Sommer 1690 stammende) Finalrelation des Kölner Nuntius Sebastiano Antonio Tanara, Teil II/13; dort heißt es: ... *uno degl'argomenti addotti dalli camerali* (d. h. von den Mitgliedern des Reichskammergerichts) *contro la giurisdizione ecclesiastica consiste nel tenore delle capitolazioni stipulate in Francfort, quando fu eletto re dei Romani l'imperatore regnante. Non può negarsi che l'articolo 19 delle medesime non sia di pregiudizio al nostro intento ... Emanò pure all'hora una dichiarazione del sig. elettore di Magonza che confessò, ancora in nome degl'altri elettori cattolici, non havere notizie delli gravami che si enunziavano inferiti dalla corte di Roma, et essersi aggiunto il detto articolo poich'era stato incluso nelle capitolazioni precedenti e non havrebbe potuto omettersi senza che precedesse un lungo nego-*

Diese Zusicherung dürfte, falls sie wirklich ausgesprochen worden ist, kaum ernst gemeint gewesen sein, zumindest war ihre Interpretation durch die römischen Vertreter einem Zweckoptimismus geschuldet, dem die dann folgende Entwicklung nicht entsprach. Tatsächlich nämlich wich die kurfürstlich-herrscherliche Seite – grundsätzlich Zustimmung zu einer Verhandlungslösung in Aussicht stellend – wie 1658 erneut aus und verwies abermals auf die ungünstigen Zeitumstände; und diesmal konnte sie einen besonders einleuchtenden Grund für die Verschiebung der römischerseits geforderten Zusage angeben: Wenige Monate zuvor hatte der sog. Pfälzische Krieg begonnen, den Ludwig XIV. am 15. April 1689 erklärt hatte³⁷; der Konflikt hatte Kaiser und Reich mit den Niederlanden und dem König von England zu einer Koalition gegen Frankreich zusammengeführt³⁸. Da war leicht zu argumentieren, in dieser prekären Situation stehe – ähnlich wie 1653 – die nötige Zeit für reifliche Überlegungen und Verhandlungen nicht zur Verfügung. So blieb es beim inkriminierten Artikel XIX und den Formulierungen, die oben ausgeführt wurden.

Das Fortbestehen des Dissenses führte im Endeffekt zur erneuten Protestation in Augsburg³⁹. Eine spätere kuriale Aufzeichnung weiß gar von gleich zwei Protesten, mit denen Cantelmi gegen die Wahlkapitulation vorgegangen sei⁴⁰. Bekannt ist bisher nur ein einziger förmlicher Widerspruch des Sondernuntius dagegen, der sich anscheinend auf (mündliche) Auskünfte aus Kreisen der Wahltagsteilnehmer gestützt hat; jedenfalls lag dem Nuntius offenbar kein endgültiger Text der Wahlkapitulation vor⁴¹. In diesem vom 23. Februar 1690 datierten Protest gegen die am 24./26. Januar 1690 vollzogene Wahl Josephs I. zum römischen König⁴² verwarnte Cantelmi sich unter Bezugnahme auf seines Vorgängers Verhalten 1658 feierlich und in aller Form gegen jede Verkürzung der traditionellen Rechte der römischen Kirche im allgemeinen und gegen die neuerliche Aufnahme des Artikels XIX in die Wahlkapitulation im besonderen.

Freilich verhärtete dieser Akt nur die Fronten und führte zu nichts, im Gegenteil: nunmehr und wohl als Konsequenz des Widerspruchs versteifte sich der Widerstand der Gegenseite, wie sich am Verhalten des Kurmainzers zeigte: Cantelmis Auditor, der den vom Nuntius unterzeichneten Einspruch förmlich der Direktorialkanzlei einhändigen sollte, wurde zweimal mit seinem Verlangen

ziato colli deputati degl'elettori protestanti. Fu promesso in fine che si procurarebbe di non inserirne il tenore nelli casi avvenire benché poi ciò non si sia conseguito; onde il zelo e valore del sig. cardinale Cantelmi havendo potuto solamente ottenere, nell'ultima dieta d'Augusta, qualche moderazione, si è trovato in obbligo di venire ad una nuova protesta, la quale rimane in originale nell'archivio ...

³⁷ Vgl. DUMONT (Anm. 17) 221 f. Nr. 106.

³⁸ Vgl. Handbuch der europäischen Geschichte Bd. 6, hg. v. T. SCHIEDER (Stuttgart 1986) 29 f.

³⁹ Unten, Anhang Nr. 7a, vgl. FELDKAMP (Anm. 27) 77 f.

⁴⁰ Unten, Anhang Nr. 14.

⁴¹ Vgl. die Formulierungen im Dokument Anhang Nr. 7a: ... *uti non sine ... dolore auditum est ...*; der umstrittene Artikel *rursus inseri praesumatur ...*; im Vermerk des Auditors heißt es: ... *dispositionem, quae emanari contingeret ...*

⁴² NDB 10, 613.

abgewiesen, der Kurfürst persönlich verweigerte die Entgegennahme des Dokuments, so daß nichts anderes übrig blieb, als das Schriftstück in Gegenwart von Zeugen in der Anticamera niederzulegen und einen Vermerk über den Vorgang zu den Nuntiaturakten zu nehmen.

Falls die oben erwähnte zweite Protestation Cantelmis tatsächlich erfolgt ist, dürfte sie nach Publikation der Kapitulation erfolgt sein und kann im Kern nichts anderes als eine Bestätigung oder Wiederholung des genannten Einspruchs enthalten haben. Jedenfalls wurde insgesamt die römische Linie weiterverfolgt, die mit Sanfelices Akt begonnen worden war und auf der alle folgenden römischen Vertreter agierten, die bei gleicher Gelegenheit tätig wurden.

Ein gutes halbes Jahrhundert nach Sanfelices Protest und 21 Jahre nach Josephs I. Wahl formulierte auch die Wahlkapitulation Kaiser Karls VI. von 1711 in ihrem Artikel XIV⁴³ dasselbe Ziel wie 1690. In ihr wurde wiederum Bezug genommen auf die „*mehrmalige(n) Streit= und Irrungen*“ zwischen „*des Reichs höchsten Gerichten, sodann denen Apostolischen Nunciaturen*“ in der Vergangenheit und „*allerhand scharffe Mandata zu größter Irr= und Beschwerung der Partheyen*“ genannt, die in den zurückliegenden Jahrzehnten ergangen seien, aber den Unfrieden nur noch vergrößert hätten. Als kaiserliche Absichtserklärung wurde wiederum – wie 1690 – formuliert, „*daß die causae seculares ab ecclesiasticis rechtlich distinguirt*“ würden, und „*zweifelhaftte Fälle*“ in Verhandlung und Vergleich zu erledigen seien.

Karls VII. Wahlkapitulation von 1742⁴⁴ und diejenige Franz' I. drei Jahre später⁴⁵ wiederholten im selben Artikel XIV mit denselben Worten die reichsrechtliche Position. Eine römische Reaktion auf diese Vorgänge ist nicht bekannt⁴⁶. Erst die bei der Wahl Josephs II. von 1764 vereinbarte Wahlkapitulation⁴⁷ läßt eine Reaktion der Kurie auf den in § 3 des Artikels XIV vereinbarten Punkt der umstrittenen Jurisdiktion erkennen. Demnach fand man damals den prozedura-

⁴³ Erstdruck in: Teutsche Reichs=Abschiede, Vierter Theil derer Allgemeinen Reichs=Gesetze, bestehend in denen merckwürdigsten Reichs=Schlüssen Des Noch währenden Reichs=Tags, o. O. u. J. [Frankfurt/Main 1747, Neudruck Osnabrück 1967] 233–251, vom 8. Juli 1711 datiert, darin Artikel XIV (242 f.). Gedruckt zuletzt bei A. BUSCHMANN (Hg.), Kaiser und Reich. Klassische Texte zur Verfassungsgeschichte des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation vom Beginn des 12. Jahrhunderts bis zum Jahre 1806 (München 1984) 567–69 sowie im hier interessierenden Artikel XIV bei FELDKAMP (Anm. 27) 2, 149 Anm. 272. – Das Stück ist zwar vom Kurfürsten- und Fürstenkollegium gebilligt, jedoch niemals förmlich in Kraft getreten und Entwurf geblieben, vgl. dazu die Ausführungen bei BUSCHMANN 548 f. mit neuerer Literatur.

⁴⁴ JOHANN JACOB MOSER, Ihre Römisch-Kayserlichen Majestät Carls des Siebenden Wahl-Capitulation, mit Beylagen und Anmerkungen versehen, Teil I und II (Frankfurt/Main 1742), Teil III (Frankfurt/Main 1744).

⁴⁵ Zugabe zu dem Vierten Theil Der Reichs=Gesetze, Bestehend Aus der jetzigen Kayserlichen Wahl=Capitulation, der Reichs=Hof=Raths=Ordnung etc (mit eigener Paginierung dem 4. Teil beigegeben) 2–33, hier 18 f.

⁴⁶ Sie finden auch in den späteren Vorgängen/Akten, die häufig auf ältere Vorbilder zurückgreifen, keine Erwähnung.

⁴⁷ Mir vorliegend in der oben S. 187, Anm. 14 zit. Edition Mosers. Vgl. Wahl-Capitulationen ed. CROME (Anm. 51) 186.

len Ausweg, die Frage zur Beratung an den Reichstag zu überweisen⁴⁸. Die *questione della giurisdizione contenziosa delle nunziature*, von der Jahrzehnte später in einer internen römischen Denkschrift die Rede war, wurde bei einer zweiten Nennung mit dem Zusatz *nelle cause ecclesiastiche* versehen. War die damit ausgesprochene Präzisierung des Streitgegenstandes, nämlich die Beschränkung der Kontroverse auf die Jurisdiktion betreffend „kirchliche Angelegenheiten“, ein Einlenken der Kurie oder nur ein Irrtum des Verfassers des Papiers? Letzteres scheint eher der Fall gewesen zu sein, denn es kam keineswegs in dieser Frage zu einer Annäherung der jeweiligen Standpunkte, im Gegenteil: Römischerseits blieb man bei der Maximalforderung.

Was nun war Grund für diese Haltung des päpstlichen Staatssekretariats? Eine Antwort auf diese Frage ist in Quellen kurialer Provenienz selten klar ausgesprochen. Grundsätzlich und am deutlichsten äußerte sich dazu – soweit ich sehen kann – gelegentlich der Kölner Nuntius Bellisomi, der in seiner Finalrelation von 1786 im Anschluß an die ausführliche Darstellung der ihm von Rom verliehenen Vollmachten⁴⁹ ausführte: „Diese Fakultäten bezeichnen, ja sie konstituieren geradezu die Amtsautorität des Nuntius, ihre Gesamtheit verleiht ihm seinen Rang (*podestà*) als *Legatus a latere* ... Damit trifft der Nuntius aber auf eine fast unüberwindliche Opposition. Einigen scheint nämlich durch die Autorität des päpstlichen Vertreters diejenige der Bischöfe beschränkt zu werden, die Bischöfe ertragen daher nur mit Vorbehalt, daß der Nuntius derartige Fakultäten besitzt und anwendet; man hört infolgedessen immer wieder einmal auf Reichstagen und bei anderen Gelegenheiten Klagen über die Amtsgewalt (*autorità*) des Nuntius, Klagen, die man als *gravamen* bezeichnet. Dabei wird jeder unvoreingenommene Beobachter leicht begreifen, daß die Autorität des Nuntius Teil der dem Hl. Stuhl kraft göttlichen oder kanonischen Rechts zustehenden Autorität ist, wohingegen die bischöfliche Autorität nicht etwa wegen der (oder durch die) Anwesenheit eines Nuntius beschränkt ist, sondern aufgrund der Gestalt (*forma*), mit der Gott seine Kirche hat festigen wollen: mit apostolischen Konstitutionen, Konzilsbeschlüssen und Konkordaten ...“⁵⁰. Es ist also – das

⁴⁸ Unten Anhang Nr. 15.

⁴⁹ Unter dem Titel: *Delle facultà del nunzio di Colonia e della sua autorità* sowie *Delle facultà che si concedono dalla suprema congregazione del santo officio, da quella di propaganda fide e della sacra penitenziaria*: ASV, Segr. Stato, Colonia 314, fol. 496r–527v.

⁵⁰ ASV, Segr. Stato, Colonia 314, fol. 507v (Kop): *Queste facultà ... sostengono, anzi formano l'autorità del nunzio, e l'aggregato delle facultà medesime gli dà quella che chiamano podestà di legato a latere, titolo che usa ne'suoi ordini e rescritti, autorità certo amplissima qualora potesse egli esercitarla in tutta la sua estensione. Ma ... egli sperimenta in ciò una quasi insuperabile opposizione. Siccome sembra ad alcuni che l'autorità del ministro apostolico restringa quella de' vescovi, così da loro si soffre con dispiacere che egli le abbia e le usi, onde si sono sentite replicatamente, nelle diete dell'impero ed in altre occasioni, delle lagnanze contro la medesima, e l'hanno appellata gravame, sebbene ogni giusto estimator delle cose comprenderà facilmente che, l'autorità del nunzio non consistendo che in parte di ciò che compete di dritto divino o canonico alla Santa Sede, quella de' vescovi si trova ristretta non dalla presenza del nunzio, ma dalla forma stessa con cui ha voluto Dio stabilire la sua chiesa: dalle apostoliche costituzioni, da' decreti de' concili e da' concordati. Anzi la residenza di un pontificio ministro in*

war die Meinung des Nuntius, der die römische Haltung entsprach – letztlich göttliches Recht, auf dem der Anspruch des Hl. Stuhls aufruht; und es ist die gottgewollte Verfassung der Kirche mit dem Papstamt an der Spitze – und die sich von dort herleitende Fakultätenfülle der Nuntien –, die die bischöfliche Amtsgewalt beschränkt.

Bei diesen Überlegungen unterlief Bellisomi freilich ein bezeichnender gedanklicher Fehler: Der Nuntius nannte als seine Gegner die „*vescovi*“ ohne jede Differenzierung und Präzisierung, d. h. ohne Berücksichtigung der Tatsache, daß mit diesem Begriff – jedenfalls im Reich – Autoritäten bezeichnet wurden, deren Rechte qua geistliche Amtsträger und qua weltliche Obrigkeiten unterschiedlich begründet und unterschiedlich gehandhabt wurden. Zudem war seine Beweisführung insofern nicht stringent, als er als konstitutive Quellen des von ihm vindizierten „*ditto divino o canonico*“ neben päpstlichen Konstitutionen und Konzilsentscheidungen auch (die) Konkordate nannte, also Vereinbarungen des Hl. Stuhls mit weltlichen Gewalten, Übereinkommen mithin, die ihrer Natur nach veränderlich und widerrufbar, jedenfalls sicherlich nicht göttlichen Rechtes waren.

In Bellisomis Argumentation wird der Mangel an begrifflicher Unterscheidung zwischen kirchlicher und staatlicher Gerechtsame besonders gut sichtbar: der Abgrenzung beider Rechtsbereiche der „Bischöfe“ fehlte es an der nötigen gedanklichen Schärfe, zumindest waren die praktischen Folgen nicht erkannt, die aus der unscharfen oder mangelhaften Definition der „*vescovi*“ erwachsen. Eine derartige argumentative Schwäche, die eine unzulässige Vermengung zweier unterschiedlicher Rechtssphären zur Folge hat, läßt sich aber nicht nur auf kurialer Seite beobachten, sie ist auch auf kaiserlich-kurfürstlicher Seite zu konstatieren. Das wird an einigen Formulierungen deutlich, die in den Diskussionen der folgenden Jahre eine Rolle spielten.

Umfassend wurde das Thema nämlich erneut erörtert, als die umstrittene Frage anläßlich der Wahl Leopolds II. 1790 wiederum zur Diskussion stand⁵¹.

queste parti deve riputarsi utile e commoda a queste provincie poiché, invece di dover questi popoli portare i loro affari sin dentro le mura di Roma, trovano qui persona che può giudicarli ed assisterli.

⁵¹ Vgl. dazu Die Wahl=Capitulationen der römischen Kayser Leopold des Zweyten – allerglorwürdigsten Andenkens – und Franz des Zweyten k.k. Majestät mit historischen und publicistischen Anmerkungen und Erklärungen nebst den dazu gehörigen kurfürstlichen Kollegialschreiben und mehreren Akten=Stücken in einem dreyfachen Anhang von AUGUST FRIEDERICH WILHELM CROME (Lemgo 1794), eine sorgfältige, (nach den damaligen Maßstäben) geradezu kritische Edition der – bis auf geringe Abweichungen – gleichlautenden Capitulationen der beiden letzten Kaiser des Alten Reiches. – Die vom selben Autor veranlaßte Ausgabe: Die Wahlcapitulation des römischen Kaisers Leopold des Zweyten; mit historischen und publicistischen Anmerkungen und Erklärungen; nebst den dazu gehörigen kurfürstlichen Kollegialschreiben, Hildburghausen 1791 (so KLEINHEYER [Anm. 15] 164) war mir nicht zugänglich.

Damals war es der Wiener Nuntius Giovanni Battista Caprara⁵², der in außerordentlicher Mission nach Frankfurt reiste, um die Interessen der Kurie zu vertreten. Die römischen Quellen dazu fließen reichlich⁵³. Aus ihnen geht hervor, daß man an der Kurie im Vorfeld des Wahltages unter Rückgriff auf sämtliche einschlägige Akten seit den geschilderten Vorgängen von 1653/54 die Lage analysierte und die römische Position und Taktik durchdachte⁵⁴.

Eine Analyse dieser Quellen ergibt als Resultat, daß die kuriale Seite auch diesmal an der traditionellen Forderung nach voller Selbständigkeit des kirchlichen Rechtsweges festhielt, obwohl die Gesamtlage ein Einlenken inzwischen dringend nahelegte: Zu dem schon seit Mitte des vergangenen Jahrhunderts schwelenden Konflikt um die kuriale Jurisdiktion im Reich, wovon bisher die Rede war, trat spätestens seit der Emser Punktation von 1785 der „innerkirchliche Nuntiaturstreit“, der eben damals an Schärfe und Grundsätzlichkeit gewann bis zu einem Grad, daß Caprara einflußreiche Mitglieder im Reichsepiskopat ausdrücklich „*i nostri avversari*“ nannte⁵⁵. Beide Konfliktlinien überschritten sich nun und machten eine Lösung des alten Gegensatzes „kanonisches Recht“ wider „Reichsrecht“ noch schwieriger.

Die Frage nach der Vollmacht der Nuntiaturn bei Berufungen in dritter Instanz *in rebus ecclesiasticis* – und damit eine Einzelheit im innerkirchlichen Streit um die Kompetenz der Nuntien – stand dabei zeitweilig durchaus im Vordergrund. Nuntius Caprara war guten Mutes, alle Einwände und Gegenargumente gegen die römische Position leicht entkräften zu können. Der Diskussion zugrunde lag ein Vorschlag des Erzbischofs von Köln⁵⁶, der sich auf eine Basler Konzilsentscheidung stützte; danach sollte dem Papst die Ernennung von Richtern *in partibus* zustehen; mit diesem Begriff bezeichnete die zeitgenössische Kanonistik außerhalb der Kurie tätige ortsansässige Richter; derartige vom Papst aus dem höheren Klerus in Deutschland auszuwählende *indices in partibus* sollten den Erzbischöfen zugeordnet werden⁵⁷ und – römischerseits approbiert – ein für alle Mal das Recht zur Entscheidung kirchlicher *cause di terza istanza* ausüben und damit jene Rechte erhalten, die bisher von den Nuntien und/oder direkt von Rom wahrgenommen worden waren. Mit dieser Lösung, so glaubte man in

⁵² Vgl. über ihn DBI 19, 180–186; LThK³ 2, Sp. 936.

⁵³ Vgl. insbesondere die umfangreiche Archivalie in ASV, Segr. Stato, Germania 686, unfoliiert.

⁵⁴ Unten Anhang Nr. 14.

⁵⁵ Chiffrierter Bericht Capraras vom 6. August 1790: unten Anhang Nr. 8. Danach das Folgende.

⁵⁶ Unten Anhang Nr. 11. Einen kurmainzischen Entwurf, der in seinen Forderungen weiter ging, dann aber zugunsten des kurkölnischen Diskussionsentwurfs zurückgezogen wurde, zit. bei Wahl=Capitulationen ed. CROME (Anm. 51) 193f. Kurtrier übernahm die Position der Kölner, vgl. unten Anhang Nr. 9.

⁵⁷ Eine ähnliche Konstruktion hatte bereits das Tridentinum, sess. 25, cap. 10 (Conciliorum Oecumenicorum Decreta curantibus J. ALBERIGO et al. [Bologna 1962] 791) mit der Ernennung sog. Synodalrichter dekretiert, wonach beim Tod eines solchen *substituatur ordinarius loci ... alium ... , ... quatuor saltem ... probatas personas, quibus causae a quolibet legato vel nuntio atque etiam a sede apostolica committantur.*

Kreisen des Episkopats, könne das Konfliktpotential mit der Kurie entschärft und ein besonders wichtiger Punkt des innerkirchlichen Dissenses einvernehmlich geklärt werden.

Die Diskussion zwischen dem Episkopat und der römischen Kurie spielte aber auch für unsere Thematik des Verhältnisses zwischen obrigkeitlich-staatlicher und kirchlicher Iudikatur eine wichtige, vermutlich die entscheidende Rolle. Man glaubte nämlich, die ins Auge gefaßte Lösung des innerkirchlichen Kompetenzkonflikts könne auch für die streitige Jurisdiktionsfrage Reich-Kurie Vorbildcharakter haben. Jedenfalls wurde auch diesmal der Punkt der Sonderung von weltlichem und kirchlichem Rechtsweg Thema der Diskussionen auf dem Wahltag, deren Ergebnisse schließlich in den Paragraphen 4 und 5 des Artikels XIV der Wahlkapitulation niedergelegt wurden.

Ausgangspunkt der Verhandlungen war auch hier ein Vorschlag der kurkölnischen Wahltagsdelegation gewesen, den Caprara Anfang September 1790 nach Rom übermittelte⁵⁸. Paragraph 4 dieser Vorlage mit dem Titel *recursus in causis civilibus* blieb ganz auf der bisherigen Linie, die die bisherigen Wahlkapitulationen eingeschlagen hatten: er verbot jede Anrufung eines kirchlichen Gerichts – Nuntiaturgericht oder römische Gerichte –, bestand auf der alleinigen Zuständigkeit weltlicher Tribunale – als welche Reichshofrat und Reichskammergericht genannt wurden – und schlug den bereits mehrfach versuchten Weg vor, gegen streitende Parteien oder deren Rechtsvertreter – *partes, aut advocatos, procuratores et notarios* – bei Berufung an ein kirchliches Gericht mit Anzeige und Strafe vorzugehen: Wiederum also der Versuch, in der Frage des Rechtsweges Klarheit zu schaffen, indem der Wechsel vom weltlichen zu einem kirchlichen Gericht *in causis civilibus* unterbunden und so die Konkurrenz der Gerichte ausgeschaltet wurde.

Was aber war eine *causa civilis*? Das versuchte §5 Absatz 1 der kurkölnischen Vorlage unter der Überschrift *Separatio causarum saecularium* zu klären. Die bisherige Praxis hatte, so wurde in einem ersten Abschnitt ausgeführt, wegen der Unsicherheit des Rechtsweges lediglich *ad maiorem discordiam et partium gravamen* geführt. Daher sollte, so die Vorlage weiter, jeder Jurisdiktionskonflikt mit Rom vermieden und dafür gesorgt werden, *ut causae saeculares ab ecclesiasticis ex iure distinguantur*. In Zweifelsfällen, in der Frage näherhin, wann eine *causa civilis* vorliege, sollte in freundschaftlichem Einvernehmen mit dem Hl. Stuhl (*amica cum sede pontificia tractatione et pacto*) eine Lösung gefunden werden mit dem Ziel, daß „dem römischen Hofe“, „den Erz- und Bischöfen“ und „der weltlichen Obrigkeit“ jeweils ihr Recht (*unicuique ius suum*) ungestört verbleibe und die Freiheit der Rechtssprechung ohne Hindernis gewährleistet werde.

War das mehr als die bisherigen Zielvorstellungen der kurfürstlichen Seite? Kaum! War es ein Formelkompromiß ohne Perspektive? Es schien so, denn auch Absatz 2 des Paragraphen 5 kam nicht wesentlich über bisherige Feststellungen,

⁵⁸ Unten Anhang Nr. 11, mit *dispaccio* Capraras vom 3. September 1790 nach Rom übersandt.

Fragen und Lösungsmöglichkeiten hinaus. Einleitend wurde zwar eingeräumt, es gebe Rechtsfälle, die zweifelsfrei vor ein kirchliches Gericht gehörten. Aber dann wiederholte Absatz 2 des Paragraphen 5 einen Gedankengang, der bereits oben ausgeführt worden ist: Prozesse „über ... geistliche Sachen“ wären in erster und zweiter Instanz durch bischöfliche und erzbischöfliche Instanzen zu führen; in dritter Instanz sollten dann statt der Nuntien oder römischer Gerichte von den Mitgliedern des Reichsepiskopats vorgeschlagene und von Rom approbierte *idonei iudices (in partibus)* jede geistliche Streitsache – *omnis ecclesiastica causa contentiosa* – entscheiden. Das war das episkopalistische Programm der Emser Punktation, nun aber nicht nur im Gewand einer Absichtserklärung der führenden Gruppe im Reichspiskopat, sondern formaliter in die kaiserliche Wahlkapitulation eingehend und mithin Teil der offiziellen Reichsprogrammatik. Die führenden Repräsentanten des Reichs, die der Kirche jede Kompetenz in *causae seculares* absprachen und daraus resultierende Ansprüche abwiesen, griffen damit ihrerseits in die Gerechtsame der Kirche ein.

Der kurkölnische Vorschlag – und die spätere Wahlkapitulation – benutzte zur Bezeichnung der Mitglieder des Reichsepiskopats die Formel von den „Erz- und Bischöfen“, wählte also eindeutig kirchenrechtliche Begriffe und vermied die ja durchaus gängige Nomenklatur „principes electores“ und „episcopi principes“; damit war deren Autorität und Rolle als „Obrigkeit“ eines weltlichen Territoriums unterschlagen oder zumindest terminologisch inadäquat ausgedrückt; die Unterscheidung der Doppelfunktion der Prälaten unterblieb jedenfalls – ein Vorgang ganz ähnlich jenem von 1654, als aus den „Erz- und Stifftern“ der Wahlkapitulation in der lateinischen Übersetzung von Nuntiatur oder Kurie „*archidioceses et dioceses*“ geworden waren⁵⁹.

Bestätigt wird diese Beurteilung des Sachverhalts durch eine Formulierung Kaiser Josephs II., der im Kontext des Nuntiaturstreits in einem berühmt gewordenen offiziellen Schreiben an die drei geistlichen Kurfürsten seine Absicht bekräftigte, er „*werde niemals gestatten, daß die Erz- und Bischöfe im heiligen römischen Reiche in ihren Diöcesanrechten gestört würden*“⁶⁰. „Bischöfe“ sind – und waren damals – eindeutig geistliche Amtsträger, „Diözesanrechte“ im strengen Sinn des Wortes sind – und waren stets – kanonische Vorschriften in den geistlichen Sprengeln, nicht reichsrechtlich bindende Rechtsregeln in den Hochstiften des Reiches. Auch der Kaiser beging mithin in seiner Gedankenführung eine Grenzüberschreitung.

Zusammenfassend wird man festhalten müssen: Die Begriffe „Erzstift“ und „Erzdiözese“, „Hochstift“ und „Bistum“ waren in der Anschauung der Fürsten und ihrer politischen Berater, auch in der Sprache der Juristen, offenbar deckungsgleich, das Wort „Bischof“ war über seinen kirchenrechtlichen Begriffsinhalt hinaus auch offizielle Bezeichnung für einen geistlichen Reichsfürsten. Es fehlte mithin auch auf staatlicher Seite – beim Reichsoberhaupt wie beim

⁵⁹ Vgl. oben S. 190.

⁶⁰ So als wörtliches Zitat aus einem Schreiben des Kaisers vom 12. Oktober 1785, abgedruckt in: Wahl=Capitulationen ed. CROME (Anm. 51) 187.

Reichsepiskopat – die begriffliche Unterscheidung der beiden Sphären: kirchliche Jurisdiktion und Judikatur hier und staatliche Gerechtsame dort.

An derartigen Erscheinungen läßt sich die enge Verschränkung beider Rechtsbereiche ablesen, wie sie in der Vorstellung der Kontrahenten auch nach jahrhundertelanger Diskussion immer noch herrschte. Voraussetzung einer einvernehmlichen Lösung wäre die begriffliche Differenzierung der Kompetenzen beider Partner – Staat und Kirche – gewesen, ähnlich wie seiner Zeit im mittelalterlichen Investiturstreit in einem vergleichbaren Vorgang erst durch die begriffliche Sonderung eine Lösung bei der Suche nach der rechten Ordnung des Verhältnisses von *imperium* und *sacerdotium* gefunden worden war. Daß diese gedankliche Unterscheidung und sachgerechte Sonderung zweier Rechtsbereiche im 17. und 18. Jahrhundert nicht gelang, jedenfalls nicht strikt durchgeführt wurde, war einer der Gründe dafür, daß die Einigung so außerordentlich schwer, ja unmöglich war und daß es zu einer Lösung erst als Folge des politisch-militärischen Zusammenbruchs des Alten Reichs kam.

Bis dahin blieb es bei der undifferenzierten Begrifflichkeit und, dieser gedanklichen Schwäche zufolge, bei der Vermischung der beiden Rechtsbereiche. Angesichts des Ausbleibens einer „rechtlichen Distinguierung“ der *causae seculares ab ecclesiasticis* griff die Kurie auf das Mittel zurück, das sich schon mehrfach in der Vergangenheit als untauglich erwiesen hatte, aber dennoch für sie anscheinend der einzig gangbare Weg blieb: Am 8./13. Oktober 1790 protestierte Caprara – wie Sanfelice und Cantelmi vor ihm – „nicht nur gegen den Artikel XIV, sondern gegen alle anderen Neuerungen und Hinzufügungen, die in der gegenwärtigen Kapitulation gemacht worden sind und die der Religion, der gesamt-kirchlichen Disziplin, der Freiheit der katholischen Kirche, den Rechten und Besitzungen des Apostolischen Stuhls und dem Konkordat mit der Deutschen Nation widersprechen“⁶¹.

Indessen: mehr noch als 1658 und 1689 blieb auch der Akt Capraras von 1790 folgenlos; denn die römische Weisung zu diesem Schritt „kam zu spät in Frankfurt an, weil damals die Konferenzen des kurfürstlichen Kollegiums schon beendet waren. Daher wurde die Protestation, die ohnehin von keiner Wirkung gewesen seyn würde, nicht mehr angenommen“⁶².

Letztmalig wurde das Problem der umstrittenen Judikatur im Reich bei der Wahl Franz' II. 1792⁶³ aktuell – damals hatte die Revolution im Nachbarland schon seit fast drei Jahren die Verhältnisse grundlegend verändert: die königlichen Parlamente als Gegner der römischen Position auf dem Feld des Rechtswesens, auf die Pacca sich in seinem eingangs zitierten Satz bezog, gab es nicht mehr. Im Reich aber bestand (noch) das Ancien Régime fort, blieb daher das Thema der Gerichtsvollmacht und -organisation auf der Tagesordnung und wurde erneut in der üblichen Weise streitig diskutiert. Trotz allem, was vorausgegangen

⁶¹ Unten Anhang Nr. 13.

⁶² Wahl=Capitulationen ed. CROME (Anm. 51) 211.

⁶³ Die Wahlkapitulation datiert vom 5. Juli 1792, mir vorliegend in: Wahl=Capitulationen ed. CROME (Anm. 51) 1–314.

gen war und was in zahlreichen Details der Rechtsprechung und Prozeßführung, auch der politischen und publizistischen Diskussion, an Sprengstoff in den zurückliegenden Jahrzehnten aufgehäuft worden war, glaubte man in Rom offenbar immer noch, wie bei all den vorangegangenen Gelegenheiten mit einem Protest die gefährdete oder eigentlich schon verlorene Stellung der kirchlichen Iudikatur halten zu können. Noch einmal knüpfte die römische Instruktion⁶⁴ an die Reversale von 1658 an, forderte erneut eine entsprechende Erklärung des Kurkollegs und des zu wählenden Reichsoberhauptes und glaubte, dabei den Kurfürsten allenfalls insoweit entgegenkommen zu sollen, daß nicht das Kurkolleg als Gesamtkörper, sondern die einzelnen Wähler je für sich die bekannte Erklärung wiederholten, man werde darauf hinwirken, daß die beanstandeten Bestimmungen der voraufgegangenen Wahlkapitulationen für ungültig erklärt würden. Sogar eine Deklaration des neugewählten Reichsoberhauptes wurde erwartet – auch das nach dem Vorbild von 1658.

Sollte entsprechendes Entgegenkommen der Reichsorgane nicht erreichbar sein, so war – „auf ausdrückliche Anordnung des Hl. Vaters“, wie die Instruktion unmißverständlich formulierte – ein Protest nach dem Muster der vorausgegangenen Akte auf früheren Wahltagen, „absolut unerläßlich“.

Als päpstlicher Sondernuntius nahm diesmal der Abbé Jean Siffrein Maury⁶⁵, ehemaliges Mitglied der französischen Nationalversammlung und vom Papst vor seiner Mission zum Titularerzbischof von Nicaea erhoben, die römischen Interessen in Frankfurt wahr. Paccas kritisches Urteil über den aus kleinen Verhältnissen aufgestiegenen, als gefeierter Kanzelredner und Verteidiger Ludwigs XVI. von Frankreich rhetorisch hervorgetretenen, aber für die Mission in Frankfurt als minder glückliche Wahl der Kurie geltenden Abbé stand nicht allein da⁶⁶, und tatsächlich war sein Agieren auf dem glatten Parkett der Diplomatie in Deutschland alles andere als elegant und zielführend, wie sich zeigen sollte.

Maury stand freilich von Anfang an auf verlorenem Posten. Bereits bei seinem ersten Zusammentreffen mit dem Kurfürsten von Mainz erklärte dieser, über die Kapitulation zu diskutieren sei zwecklos, seit längerem seien die Wähler darin einig, den diesbezüglichen Paragraphen von 1790 unverändert in die neue Kapitulation zu übernehmen; endlose Diskussionen darüber halte er in der aktuellen Lage für gefährlich und dem öffentlichen Wohl abträglich⁶⁷. Diese Stellung-

⁶⁴ Unten Anhang Nr. 16.

⁶⁵ Über ihn vgl. die Notice biographique sur l'abbé Maury, in: Correspondance diplomatique et Mémoires inédits du Cardinal Maury (1792–1817), annotés et publiés par Msg. (Antoine) RICARD, tom. 1 (Lille 1891) V-LXXI sowie PASTOR 16,3, 253f., 432 u. ö. samt den bibliographischen Hinweisen ebd., 254 Anm. 1. – Maury war seit dem 26. September 1791 Kardinal in petto, seine neue Würde wurde nach Beendigung seiner Mission publiziert.

⁶⁶ PACCA (Anm. 4) 115f. Andere Urteile von Zeitgenossen zitiert in: MAURY (Anm. 65) 1, 28 mit Anm. 1 und 2.

⁶⁷ Bericht des Nuntius vom 22. Juni 1792 an die Kurie: *Il (d. h. der Kurfürst von Mainz) me répondit que la capitulation ne serait point discutée, e que toutes les cours étaient convenues, depuis plus d'un mois, de n'y faire aucun changement, de peur de se jeter dans des discussions*

nahme bekräftigte der Kurfürst während eines weiteren Zusammentreffens, bei dem er seine ablehnende Haltung mit der kritischen Bemerkung versah, die Kurie habe es schon vor zwei Jahren versäumt, zu einem vorteilhaften Abschluß zu kommen – das war deutlich eine Kritik an der Mission Capraras; auch diesmal sei der günstige Moment verpaßt, eine erfolgversprechende diesbezügliche Initiative hätte schon Monate zuvor beginnen müssen, um die römischen *Monita* gegen Artikel XIV zum Erfolg zu führen⁶⁸.

In dieser Situation fragte Maury sich gelegentlich⁶⁹, ob die römische Position zu halten sei angesichts der Zeitumstände, angesichts vor allem des Kampfes der *philosophi*⁷⁰ – das war der im kirchlichen Sprachgebrauch übliche Terminus zur Bezeichnung der französischen Aufklärer – gegen Religion und Kirche; seinen Gesprächspartnern gegenüber, soweit sie dem Umfeld der katholischen Kurfürsten angehörten, argumentierte er mit den Gefahren für Staat und Gesellschaft, durch die die geistliche wie die weltliche Autorität gleichermaßen bestritten werde, und stellte die römische Kirche als festen Anker der bestehenden Verhältnisse, als Grundlage jeder Autorität fürstlicher Herrschaft dar. Es sei mithin im ureigensten Interesse der weltlichen Gewaltenträger, die Kirche und ihre Stellung innerhalb der Gesellschaft zu stützen.

Hinter dieser Gedankenführung standen nicht so sehr die Entwicklung des „Nuntiaturstreits“ und der lange Konflikt um die Judikatur im Reich, sondern eher die Wahrnehmung der französischen Revolution und deren Rückwirkungen auf die Lage im *imperium*; obwohl direkte Hinweise auf die Vorgänge im Nachbarland fehlten, sind die politischen und publizistischen Erfahrungen Maurys in seiner Heimat Frankreich in manchen seiner Formulierungen mit Händen zu greifen⁷¹.

interminables, dans un moment où le salut commun oblige de donner le plus tôt possible un chef à l'Empire (MAURY 1, 32).

⁶⁸ Bericht des Nuntius vom 6. Juli 1792 an die Kurie: Kurmainz erklärte, *que la cour de Rome avait manqué le moment de conclure un traité avantageux pendant la Diète précédent; qu'il fallait s'arranger, en convenant simplement des faits, sans parler des principes, parce que toute convention, en matière de principes, entraînant des discussions interminables; ... qu'au lieu de compter sur une discussion impossible ... Sa Sainteté aurait dû prendre des précautions, deux mois avant la Diète, pour obtenir d'une cour amie des Monita contre le quatorzième article de la Capitulation. Il n'est plus temps de parler à présent d'une Reversale* (MAURY [Anm. 65] 1, 64). Vgl. dazu PASTOR 16,3, 406 f.

⁶⁹ Das folgende, wo nicht anders vermerkt, nach den Ausführungen des Protestes gegen die Wahlkapitulation von 1792, unten Nr. 17.

⁷⁰ Zum Schlüsselbegriff *philosophes* des 18. Jahrhunderts und seinem etwas anderen Bedeutungsinhalt vgl. etwa U. DIERSE, Artikel „Philosophie (französische Aufklärung)“, in: HWP 7, Sp. 698–709.

⁷¹ Die wichtige Frage nach der Entstehung des Protestes von 1792 – wie aller voraufgegangenen – kann hier nicht diskutiert oder gar endgültig geklärt werden, doch scheinen die darin vorgetragenen Argumente, wie oben angedeutet, eher den persönlichen Erfahrungen Maurys zu entstammen als römischen Überlegungen. Die hier angezogenen Archivalien zu 1790 und 1792, gesammelt in ASW, Segr. Stato, Germania 686, enthalten jedenfalls keinen Entwurf des Protestes oder sonstige Hinweise auf eine Diskussion der darin vorzutragenden Gründe in-

Der päpstliche Sondernuntius beschwor die bedrohliche Lage des Reiches und vor allem die Gefahr für die Territorien der rheinischen Kurfürsten-Erb Bischöfe und stellte die „Einheit von Thron und Altar“ als sichersten Schutzwall gegen derlei Gefährdungen hin. Die Kirche sei die stärkste Stütze der Herrscher im Abwehrkampf gegen die Neuerungen, jede, auch die geringste Verkürzung ihrer traditionellen Rechte bedeute mithin eine Schwächung des Systems und damit eine Bedrohung auch der weltlichen Macht, deren Herrschaft durch die Religion gestützt werde. „In unseren Zeiten wankt die zivile und die kirchliche Autorität gleicherweise“⁷², das war das zentrale Ergebnis von Maurys Analyse der Zeitumstände und der Grund für die unveränderte Haltung der Kurie.

Damit war die Argumentation am entscheidenden Punkt angelangt, um den es ging: die Frage der geistlichen Gerichtsbarkeit als dasjenige überkommene Recht, um dessen Fortbestand oder Abschaffung es ging. Der Dissens betraf nach Meinung der Kurie und seines Vertreters unter den zahlreichen in der Gegenwart strittigen Neuerungen *super rebus et causis ... ecclesiasticis* jenen Sachzusammenhang, der am weitesten in die Geschichte zurückreichte. Die römische Position werde, hieß es in dem Dokument, nicht nur durch kirchenrechtliche Bestimmungen der Konzilien – allen voran des Tridentinums – bestätigt, sondern auch durch die *Concordata nationis Germanicae*, durch die allgemeine Reichsgesetzgebung und die feierlich bestätigten Dispositionen kaiserlicher Wahlkapitulationen seit 1654. Damals habe man von Seiten des Reiches den Weg gefunden, *super exercitio iurisdictionis in causis mere civilibus* mit dem Hl. Stuhl *amicabiliter* zu verhandeln – in ähnlichem Geist sei schon zuvor über zahlreiche andere *ecclesiastica negotia* auf Reichs- und Wahltagen verhandelt worden, für die beispielhaft genannt waren die reichsständischen Zusammenkünfte 1522 in Nürnberg und 1530 in Augsburg.

Die „*einzig(artig)e* Neuerung“ in Sachen streitiger Iudikatur wurde argumentativ gegen (und damit über) die „*große Zahl von* (im einzelnen ungenannten) *Neuerungen kirchlicher Angelegenheiten ... und anderer Rechte*“ gestellt, die das Verhältnis von Kirche und Staat zunehmend belastet hätten⁷³; eine solche Formulierung beweist, daß gerade dieser Punkt als das mit Abstand wichtigste Recht oder Privileg betrachtet wurde, hinter das man alle anderen Streitpunkte offenbar bereit war zurückzustellen.

Es schien die römische Position zu stärken, daß selbst *electores acattolici* bzw. deren Vertreter schon 1790 und auch jetzt wieder jeder Neuerung der Wahlkapitulation *in re ecclesiastica* widersprochen hatten; einige hätten zwar gewisse Modifikationen vorgeschlagen, allesamt aber einmütig (*aequi animi*) ihre Ver-

nerhalb des päpstlichen Staatssekretariats. Insgesamt erscheint der Text von 1792 eher auf Maury als (alleinigen) Verfasser des Dokuments zu weisen.

⁷² Ebd.: ... *hoc potissimum tempore, quo civilis ac ecclesiastica nutat auctoritas ...*

⁷³ Die Protestation stellte gegenüber *una ... capitulationis innovatio, quae causas tantum civiles tangebant, quas gradu appellationis ... Sancta Sedes vel eius nuntii iudicabant*, und die *tanta multitudo innovationum ... super aliis iuribus Apostolicae Sedis*, und betonte mit dieser Formulierung (*una innovatio – tanta multitudo innovationum*) den Vorrang der Gerichtshoheit von Kurie und Nuntien innerhalb einer großen Zahl anderer Neuerungen.

handlungsbereitschaft gegenüber dem Hl. Stuhl zum Ausdruck gebracht. An dieser Argumentation scheint soviel richtig gewesen zu sein, daß die kurpfälzische Delegation auf der strikten Einhaltung der *concordata* von 1448 bestand, in denen die letztinstanzliche Kompetenz der Kurie festgeschrieben war. Die Begründung für diese Stellungnahme stützte freilich keineswegs den römischen Standpunkt: Nicht dem Kurfürstenkolleg und dem Wahltag, hieß es nämlich darin, komme die Entscheidung über Änderungen der Beziehung des Reiches zum Römischen Stuhl zu, sondern allein dem Reichstag; ohne Zustimmung und Beitritt aller Mitglieder des Reiches sei eine Änderung der Rechtsordnung in Sachen *materie ecclesiastiche* unstatthaft, weil den Vorschriften des Völkerrechts ebenso zuwider wie der jahrhundertealten Tradition⁷⁴.

Seiner Argumentation, so formulierte der Sondernuntius abschließend, entspach keine angemessene Antwort auf Seiten der Diskussionspartner, diese verweigerten schlichtweg eine zielführende Diskussion. Und so kam es auch diesmal zu keiner Einigung oder auch nur Annäherung der Standpunkte.

Die Weigerung des Kurkollegs oder einzelner Kurfürsten, auf die römischen Forderungen einzugehen und eine Reversale ähnlich jener von 1654 zu unterschreiben, war angesichts der außenpolitischen Gefährdung des Reichs und seiner Territorien erklärlich, die internationale Lage schien jedenfalls unübersichtlich und für eine breite Diskussion noch ungeeigneter als in der Vergangenheit. Hinzu kam die durch die Aufklärung beförderte intellektuelle Diskussion um Wesen und Grenzen der Kirche und ihre Rolle in einer sich wandelnden Welt. Erklärlich war im Blick auf die jahrhundertealte Theorie und Praxis römischer Gerichtshoheit und bei anhaltendem innerkirchlichen „Nuntiaturstreit“ aber auch die kompromißlose, kompromißunfähige Haltung Roms und seines Vertreters: Mit Datum vom 9. Juli 1792 ließ Maury einen Protest drucken, der in dem Verdikt gipfelte: *„Alle Neuerungen ... und jedwede anderen Punkte, die in den Artikeln der vorliegenden neuen Kapitulation und in den Akten der zurückliegenden Wahltagge gegen die Form der katholischen Religion, gegen die kirchliche Freiheit, gegen die Rechte und den Besitz des Apostolischen Stuhls und gegen die feierlich zwischen der Deutschen Nation und dem Papst abgeschlossenen Konkordate niedergelegt sind oder eingerückt werden sollen, weisen wir kraft der uns von Seiner Heiligkeit verliehenen Vollmacht in aller Form und feierlich ... zurück und verwerfen sie“*⁷⁵.

Die Wirkung dieses Dokuments war freilich gleich Null, d. h. noch einen Grad geringer als Capraras Akt zwei Jahre zuvor. Allein mit der Formulierung einer Protestnote und ihrer Drucklegung war es ja nicht getan, wesentlich war als nächster Schritt ihre Publikation und Notifizierung an den Adressaten. Maurys Instruktion war in diesem Punkt klar: Der Protest sollte der kurmainzischen Direktorialkanzlei übermittelt und in deren Akten festgehalten, in jedem Fall

⁷⁴ Vgl. unten, Anhang Nr. 12 und Nr. 17.

⁷⁵ Unten, Anhang Nr. 17 nach dem Druck in ASV, Segr. Stato, Germania 686, unfoliiert. Nachweis weiterer Überlieferungen bei PASTOR 16,3, 407 Anm. 9.

aber in gedruckter Form publiziert werden, um Behauptungen entgegenzutreten zu können, man habe von dem Protest nichts gewußt⁷⁶.

Dieses in Rom gewünschte Procedere nun geriet zur Farce, in der der römische Vertreter geradezu die Rolle eines belächelten Tölpels spielte. Lassen wir Maury die Szene selbst beschreiben, wie er sie in seinem Bericht nach Rom vom 20. Juli festgehalten hat: *En allant ... lundi soir⁷⁷ chez l'empereur, qui tenait cercle, je me munis d'une ample provision d'exemplaires de notre protestation. Je les distribuai, de bonne amitié, dans le salon de Sa Majesté Impériale, comme un ouvrage nouveau que je venais de publier, aux électeurs, aux ambassadeurs électoraux, à plusieurs princes souverains, aux princes français, aux ministres étrangers et à d'autres personnages de distinction, en disant, d'un air riant, que je ne voulais rien faire en cachette. Tout le monde vit d'abord sur le titre que c'était une protestation, et personne ne me la rendit. On rit beaucoup de cette nouvelle méthode de signifier à la partie adverse les pièces de procès. Le baron de Fesembach vint à me demander s'il m'en restait encore un exemplaire pour lui. Je lui répondis que j'avais tout distribué, mais que je lui en porterais une douzaine à Mayence, et je lui tiendrai parole⁷⁸.*

Man stelle sich die Szene vor: Zu einem allgemeinen Empfang, den der Kaiser zu Ende des Wahltages gibt, sind zahlreiche Kurfürsten und Fürsten, Fürstenvertreter und ausländische Prinzen versammelt – unter ihnen viele vor der Revolution im Heimatland geflüchtete französische Adlige, die damals das Rheinland regelrecht überschwemmen –, dazu Botschafter fremder Mächte und andere mehr oder weniger hochrangige Persönlichkeiten, in ihrem Selbstverständnis allesamt dem ancien régime zugehörig; noch wissen sie nicht oder wollen nicht wahrhaben, daß diese ihre Welt im Untergang begriffen ist – acht Wochen später wird man die Kanonen von Valmy eine neue Epoche ankündigen hören. Eine festliche Gesellschaft also der zu Ende gehenden Rokoko-Welt samt ihrer Etikette, ihrem Selbstdarstellungdrang und ihren Eitelkeiten darf man sich vorstellen. In diesen Kreis nun tritt, mit den Insignien seiner Würde als Erzbischof von Nicaea angetan, der päpstliche Sondernuntius; unter dem Arm trägt er ein Bündel Broschüren – oder läßt er sie sich von einem Bedienten nachtragen? – und händigt persönlich allen Anwesenden – gebeten und ungebeten – je ein Exemplar mit dem Bemerken aus, es handele sich um seine neueste Publikation; in Wirklichkeit ist es jedoch ein amtliches Dokument, das der offiziellen Adressatin, d. h. der kurmainzischen Direktorialkanzlei, förmlich zuzustellen ist. Statt dessen gerät es nun in die Hände gänzlich Unbeteiligter und Unzuständiger, die am Ende mit dem päpstlichen Vertreter geradezu ihren Spott treiben: Ob er noch ein Exemplar übrig habe, wird Maury gefragt, nachdem er seinen Stapel verteilt hat, und auch noch auf diese Sottise geht der Sondernuntius ein. Das Gelächter ist allgemein, der römische Vertreter aber, naiv, wie er ist, erkennt nicht einmal jetzt das Unangemessene seines Auftretens und Tuns, ja

⁷⁶ Unten, Anhang, Nr. 16.

⁷⁷ 16. Juli 1792.

⁷⁸ MAURY (Anm. 65) 1, 75 f. Vgl. PASTOR 16,3, 407.

er hält offenbar noch im Moment der Niederschrift seines Berichts über das Schauspiel, das er gegeben hat, seinen Auftritt für gelungen und sein Vorgehen für angemessen, um einen offiziellen römischen Rechtsvorbehalt gegen eine seit anderthalb Jahrhunderten bestehende Entscheidung von Kaiser und Reich zu Lasten der kurialen Stellung bekannt zu machen.

Eine förmliche Notifizierung des Aktes an zuständiger Stelle war nach diesem Vorgang kaum noch angängig, Maurys Handeln war auch in diesem Punkt ungeschickt und hatte jedenfalls nicht den erwünschten Effekt: Er übersandte nämlich zwar – ob vor oder nach seinem Auftritt am 16. Juli, ist nicht zu ermitteln – „die Protestation versiegelt ... an die kurmainzische Direktorialgesandtschaft“, aber diese ließ das Stück sofort ungeöffnet an den Absender zurückgehen⁷⁹. In den amtlichen Unterlagen des Kurfürstentages taucht der Text mithin nicht auf, nach einer kurzfristigen publizistischen Wirkung – die in Gewicht und Reichweite nicht einzuschätzen ist – fiel der Protest allgemeiner Vergessenheit anheim, er ist daher auch nur in der kurialen Überlieferung und den wortreichen Berichten des Sondernuntius greifbar, nicht aber in den offiziellen Akten des Wahltages.

Auch die öffentlichkeitswirksame Bekanntmachung über den Kreis der Teilnehmer am Empfang vom 16. Juli hinaus verlief schwerlich in der Weise, wie man sich das an der Kurie vorgestellt hatte. Es war nämlich nicht der Sondernuntius, der die Verbreitung der Protestnote beim großen Publikum in die Wege leitete, sondern der Drucker, der dafür Sorge trug: Im Anschluß an den Empfang beim Kaiser ergriff er die Initiative und erwirkte von Maury die Erlaubnis, auf eigene Kosten einen Nachdruck zu veranstalten⁸⁰, der dann in Frankfurt verkauft wurde. Auf diese Weise sei ein großes publizistisches Echo zu erzeugen, glaubte der Sondernuntius⁸¹. Tatsächlich erfuhr damit zwar die Öffentlichkeit von dem Vorgang – zumal auch eine deutsche Übersetzung ins Auge gefaßt war –, aber zugleich wurde dadurch der Mißerfolg der Mission des Nuntius und ihre lange Vorgeschichte jedem interessierten Zeitgenossen bekannt.

Maurys Protest von 1792 bildet den Schlußpunkt der Auseinandersetzungen. Die „*Neuerungen*“ gegenüber der „*Form der katholischen Religion*“ waren für Rom unerträglich, unerschütterlicher Widerstand angesichts des „*erbarmungslosen Kriegs der Philosophen gegen Religion, Moral und Gesellschaft*“⁸² galt den

⁷⁹ Wahl=Capitulation ed. CROME (Anm. 51) 211 f.; vgl. dazu MAURY (Anm. 65) 1, 75 Anm. 1.

⁸⁰ Bei MAURY (Anm. 65) 1, 76, Anm. 1 nachgewiesen: „in-4°. Typis Warrentrap et Wenner. 13 pages“. Bei dem unten, Anhang Nr. 17 teilweise wiedergegebenen Stück könnte es sich um ein Exemplar dieses Drucks handeln, da dieser ebenfalls 13 Seiten umfaßt.

⁸¹ Bericht des Nuntius nach Rom: *D'après cette publicité, l'imprimeur ma'ha demandé la permission de faire pour son compte une édition de notre protestation. Je lui ai accordé mon agrément avec le plus grand plaisir. Cette édition est faite, elle se vend publiquement à Francfort, et le début en est considerable. On en prépare une traduction allemande qui sera bientôt en vente, de sorte che notre réclamation, dont personne ne porte la moindre plainte, au lieu de rester clandestine et cachée, a obtenu sur-le-champ la plus grande et la plus libre publicité* (MAURY [Anm. 65] 1, 76).

⁸² „... formidabile philosophorum bellum adversus religionem, moralem ac civilem societatem ...“

Verantwortlichen als legitime Abwehrreaktion gegen die geistigen und politischen Erschütterungen, der die Zeitgenossen sich konfrontiert sahen. Dieses Ende aller römischen Bemühungen kam zwar nicht unerwartet, seine Begleitumstände waren freilich ernüchternd, ja niederschmetternd, die Niederlage schien total: 1658 hatte der Dissens mit einem Einspruch der Kurie, aber auch mit einer hoffnungweckenden Zusage der katholischen Kurfürsten zu späteren Verhandlungen begonnen, knapp 140 Jahre später endete er mit einem in der Sache identischen Akt des römischen Vertreters, der aber nun nicht mehr mit einem einlenkenden Gestus vom Kurkolleg beantwortet, sondern mit einem brüskten Akt grundsätzlicher Zurückweisung erwidert wurde und im übrigen dem schwankenden Urteil einer *grande et ... libre publicité* preisgegeben war.

Insgesamt mag man, das römische Verhalten über die Jahrzehnte hinweg vor Augen, zu dem Urteil neigen: Die Zeichen der Zeit wurden nicht erkannt, wahrgenommen wurden nur die revolutionären Zeitumstände und die ständig wiederholte Weigerung des Staates, uralte kirchliche Rechte und Privilegien anzuerkennen. Die Einsicht, daß die Haltung der Reichsorgane auch als ein Beitrag zur Sonderung der Kompetenzen und mithin zur Beilegung des alten Dissenses aufgefaßt werden konnte, blieb der Kurie verschlossen. Die Vorstellung einer Differenzierung von weltlicher und kirchlicher Jurisdiktion war für Rom undenkbar.

Indessen: Grundsätzlich standen die weltlichen Obrigkeiten in der Einschätzung der Zeitumstände ihren geistlichen Kontrahenten nicht nach. So wenig wie die Kurie und ihre Vertreter, so wenig hatte der neugewählte Kaiser – in der Diktion Roms wie im Selbstverständnis immer noch „*rex et imperator electus*“⁸³ –, so wenig hatten die Kurfürsten und die anderen Landesherren im Reich eine zutreffende Vorstellung von den epochemachenden Umwälzungen, die viele von ihnen wenig später entmachten sollten: Zwei Jahre nach Maurys Protest war es mit der Herrlichkeit der Kurfürsten von Mainz, Köln und Trier vorbei, zwölf Jahre später wurde aus dem *imperator Romanorum* Franz II. der Kaiser Franz I. von Österreich. Der innerkirchliche „Nuntiaturstreit“ war genauso Geschichte wie der Kampf der römischen Kurie und ihrer Nuntien um Rechtsstellung und Gerichtsvollmacht im Reich.

Das alles war 1792 – jedenfalls in dieser Form und in diesen Dimensionen – kaum vorhersehbar, die Wandlungen, die sich daraus für die Staat-Kirche-Beziehungen ergaben, wurden von keiner Seite in ihrem Gewicht richtig eingeschätzt. Andererseits bleibt festzuhalten: Zumindest im Ansatz fand sich schon im Ancien Régime eine Lösung, die freilich niemals realisiert werden konnte, sondern auf die Zukunft vorauswies. Diese Lösung bietet die oben erwähnte Wahlkapitulation Karls VI. von 1711 mit der Formulierung, daß *der geist- und weltlichen Obrigkeit ein jeder Ihr Recht und Indicatur ungestört gelassen werden möge*⁸⁴. Damit war die säuberliche, durch Vertrag und Konkordat geregelte Abgrenzung

⁸³ Vgl. dazu die Darstellung der zeitgenössischen Diskussion in: Wahl-Capitulationen ed. CROME (Anm. 51) 1–3.

⁸⁴ FELDKAMP (Anm. 27) 2, 149 Anm. 272.

beider Sphären auch *in rebus iudicialibus*, die Unterscheidung und Selbständigkeit zweier Rechtsträger gefordert. Modern ausgedrückt wurde damit nichts geringeres postuliert als die Trennung von Staat und Kirche, wie sie in unserer Gegenwart praktiziert wird.

Beim Blick auf den Gesamtvorgang, wie er hier dargelegt wurde, ist schließlich eine Differenzierung und Präzisierung von Belang: Der Kampf um die Judikatur auf Wahl- und Reichstagen samt der wissenschaftlichen und publizistischen Begleitmusik⁸⁵ war nur eine Seite der Medaille. Auch wenn die vielfach wiederholte kurfürstlich-kaiserliche Ablehnung kurialer Ansprüche einen kontinuierlichen Niedergang des römischen Einflusses in Deutschland bedeutete: Die Realität des täglichen Vollzugs der Rechtssprechung in den langen Jahrzehnten des Streits, die bestrittene, aber gleichwohl regelmäßig praktizierte Wahrnehmung der geistlichen Gerichtsbarkeit bietet ein anderes Bild. Paccas einleitend zitiertes Urteil über den Konflikt der Kurie und ihrer Nuntien mit den Reichsgerichten markiert die Kehrseite der Medaille.

Denn eines ist bekanntlich die abstrakte Klarstellung eines Zieles in Form einer Handlungszusage für die Zukunft, auch wenn diese Deklaration am Ende so etwas wie ein Grundgesetz wurde; ein anderes ist die Umsetzung des Prinzips in die Praxis. Wahlkapitulationen waren ja zunächst lediglich politische Absichtserklärungen, die Wirklichkeit stellte sich anders dar. Ja, man darf hinzufügen: Die ständige Wiederholung desselben Programms während eines Zeitraums von fast anderthalb Jahrhunderten war Hinweis auf die, ja geradezu Nachweis der Tatsache, daß die erklärte Absicht in der Realität des Rechtsalltags gar nicht oder nur ansatzweise realisiert worden ist⁸⁶.

Tatsächlich ging die Rechtssprechung der Nuntiaturgerichte während der langen Jahrzehnte der Auseinandersetzungen auf Wahlkonventen und Reichstagen weiter; immer wieder bestritten und vielfach verboten, wie wir sahen, wurde sie gleichwohl insbesondere in den Fällen der freiwilligen Gerichtsbarkeit ständig und regelmäßig ausgeübt.

In der Theorie stand Anspruch gegen Anspruch, es ergab sich die klassische Situation eines Dauerkonflikts in einer Grundsatzfrage, wie dargestellt wurde. In praxi manifestierte sich dieser Anspruch in der Auseinandersetzung um den einzelnen Fall und seine Behandlung und Lösung. Wenn schon die Trennung von weltlicher und kirchlicher Judikatur, ihre begriffliche Sonderung und Fixierung in Form eines Grundgesetzes so schwer war, ja eigentlich mißlang, so stellte sich die Lage im Alltag der Rechtssuche und Rechtsfindung eher noch komplizierter dar⁸⁷. Der regelmäßig bei jedem juristischen Streitfall wiederkehrende

⁸⁵ Sie kann hier nicht einmal angedeutet, viel weniger dargestellt werden; verwiesen sei auf die Zitierung und Verarbeitung zahlreicher Schriften, Stellungnahmen, Polemiken, die in: Wahl=Capitulationen ed. CROME (Anm. 51) zitiert und eingearbeitet sind.

⁸⁶ Vgl. dazu die bezeichnende Formulierung der kurkölnischen Wahltagsdelegation von 1790 im Anhang Nr. 11, §3: *Cum ... gravaminibus nationis Germanicae contra attentatas laesiones ... aulae Romanae univerim, praesertim relata ad nuntios, adhuc provisum non sit ...*

⁸⁷ Man vgl. als Illustrierung dieses Sachverhalts die Ausführungen von Nuntius Visconti im Anhang Nr. 6 und 7.

Gegensatz war für beide Seiten immer erneute Herausforderung, Anspruch einerseits und Bestreitung andererseits darzulegen, zu verteidigen und dem je eigenen Standpunkt im Einzelfall Geltung zu verschaffen. Eben das war die Aufgabe der Nuntiaturen im Reich und anderswo, eben das gehörte zu Paccas und seiner Vorgänger ständiger Routine, eben daher auch sind wir durch deren Finalrelationen und deren Briefwechsel mit der Kurie über diese Seite des Konflikts verhältnismäßig gut informiert. Davon wird im zweiten Teil der vorliegenden Studie die Rede sein.

Nr. 1

Auszug aus dem Reichstagsrezeß 1654

ASV, Segr. Stato, Colonia 30, fol. 132r-v

Extractum¹ recessus Ratisbonensis. – Conquesti sunt item status, quod in archi- et dioecesibus Colonien. et Leodien., Monasteriensib. aliisque locis pluri- mi abusus indifferenter a quavis ferme sententia appellando et recurrendo ab officiali ad pontificem nuntiosque eius irrepserint, iurisdictiones etiamnum contra ordinationem confundantur, civiles causae extra imperium ad externa tribu- nalia trahantur, partes cum temporis et sumptuum iactura circumducantur, quod nuntii saepius per contra mandata cassatoria camerales inhibitiones cassare pari- tionem partibus sub gravi mulcta et censuris ecclesiasticis inhibere soleant, Nos vero ab iisdem ad tollendos hosce processus imperiali superioritati et iurisdictioni derogantes debitae requisiti sumus. Hinc memores rescriptorum et de non evocando mandatorum, quae quondam piae memoriae praedecessor noster imperator Carolus V ad status destinavit imperii, apud Sedem Pontificiam Romae id expediri curabimus, ut eiusmodi illicitis in imperio eiusque subditos procedendi modis serio nuntiis interdiciantur contra acta aut attentata prorsus nulla sint, atque generaliter evocationes ad forum incompetens extra imperium sicut in aula imperiali et camera rejiciantur, ita in totum prohibita sint de coetero eorum, quae status de nuntiorum absoluteione a iuramentis et de huiusmodi relaxa- tionibus in iudiciis nisi a iudice competente ad effectum.

Nr. 2

Nuntius Sanfelice an Kardinalstaatssekretär Rospigliosi

ASV, Segr. Stato, Colonia 30, fol. 133r (Or.)

Frankfurt, 30. Juli 1658

Ecco il reversale² che m'han dato li signori principi elettori cattolici in sodi- sfazione delle mie rimostranze sopra l'articolo decimonono della capitolazione, nel qual il maggior vantaggio ch'io consideri è il snervare il recesso di Ratisbona passato in costituzione dell'imperio, del qual accompagno qui la copia³. Mi ha anco soggiunto il sig. elettore di Magonza che fu forza a cattolici di tacere quando si tentò d'abolir l'articolo suddetto per far desistere gli elettori eretici dall'imper- tinente replica che, se il collegio aveva da sodisfar a S. S.tà in questo particolare, si assentisse ancora all'essercitio libero dell'heresia nella corte cesarea. La mia ri- sposta è stata: Quae conventio Dei ad Belial? Et ho pregato S. Em.za che, nel

¹ Der volle Wortlaut des Artikels als Beilage zu einem Bericht von Nuntius Visconti an die Kurie, unten Anhang Nr. 6, S. 221 Anm. 20.

² Nr. 3.

³ Nr. 1.

pubblicarsi la capitolatione, al giadetto articolo s'aggiungesse nota marginale del riversale dato da' cattolici, come S. Em.za me n'ha data intenzione. Io però non me ne starò a questo, ma farò che nella versione Latina s'aggiunga non solo la margine, ma il decreto istesso in piedi della capitolatione, non lasciando ogn'altra opportuna diligenza per pubblicarlo. Con che stimo d'haver fatto il possibile alla mia debolezza per sanar un pregiudizio invecchiato, e spero d'incontrar il benignissimo gradimento di V. Em.za.

Nr. 3

*Reversale der kurmainzischen Kanzlei
betr. die §§ 16 und 17 der Wahlkapitulation von 1658*

ASV, Segr. Stato, Colonia 30, fol. 131r-v (Kop.)

Frankfurt, 30. Juli 1658

Copia. – Cum Ill.mus et R.mus dominus nuntius apostolicus Josephus Sanfelicius archiepiscopus Consentinus in hoc sacri romani imperii conventu electorali saepius institerit, ut articoli 16 et 17 capitulationis Ferdinandi IV inserti [amoverentur]⁴, ideo quod S. Sedi Apostolicae multis modis praeiudicent, nec tamen ea, quae ibi continentur, hoc tempore in facto existant, aut verificari possint, tollantur. Et si quid tale inveniatur, quo se aliosve imperii principes et status a Sede Apostolica eiusve ministris laesos existimare possint, id ex sanctissimi domini nostri Alexandri papae VII voluntate et iussu sine ulla mora tollere velit.

Agnaverunt quidem catholici electores et serenissimi electoris Bavariae legati praefatam remonstrationem rationi et iustitiae convenientissimam, ideoque praedictos articulos, qui nunc in Leopoldi regis capitulatione sub decimonono comprehenduntur, omittendos esse iudicaverunt et, ut coelectores sui in idem consentiant, institerunt. Quia vero iidem ex diversis praetensis rationibus, praesertim vero ideo pro hac vice annuere recusarunt, quod antehac eam rem capitulationi insertam fuisse dicerent, quae nunc sine praevio maturo examine, quod festinandae electionis necessitas excludat, omitti non debeat, declarant et promittunt catholici electores, quod, ut non dubitant, si quid forte defectus vel abusus, prout sunt res humanae, contra Germaniae concordata vel alias in puncto iurisdictionis imposterum irrepant, id ad primas desuper allatas querelas statim abolitum iri, et si iam ex sua parte modo dictum articulum 19 ex capitulatione omittendum fuisse existimarunt, ita etiam apud dominos suos coelectores omne studium continuare velint, ut eadem omissio ab illis posthac unanimi consensu principum electorum approbetur.

Datum Francofurti ad Moenum 30. iulii 1658

(L. S.)

Moguntina electoralis cancellaria

⁴ Dieses Wort fehlt der Vorlage, es wird hier aus dem Zitat desselben Textes innerhalb des Protestes Sanfelices, unten Nr. 5, eingefügt; für einige weitere Auslassungen vgl. ebd.

Nr. 4

Nuntius Sanfelice an Kardinalstaatssekretär Rospigliosi

ASV, Segr. Stato, Colonia 30, fol. 178r (Or.)

Frankfurt, 6. August 1658

Per render maggiormente efficace il reversale⁵ ottenuto dagli elettori cattolici sopra l'articolo 19 della nuova capitulatione, e per debilitar questa di vantaggio, ho presentato copia del preaccennato reversale a S. M.tà acciò che vegga esser sollevata dal peso impostoli in quell'articolo. Se n'è mostrata soddisfatta e m'ha promesso di farlo notare nella capitulatione, se ben s'accorgeva che fra l'altre cose impraticabili v'era questa.

Nr. 5

*Protest von Nuntius Sanfelice
gegen die Aufnahme des Artikels 19 in die kaiserliche Wahlkapitulation*

ASV, Segr. Stato, Colonia 30, fol. 256r–257v (Or., unterschrieben und besiegelt) – ASV, Segr. Stato, Colonia 314, fol. 9r–12r (beglaubigte Kopie)⁶

Frankfurt, 9. August 1658⁷

Ego Joseph Sanfelicius archiepiscopus Consentinus et nuntius apostolicus omnibus et singulis notum facio me a publicatione capitulationis regis Romanorum Ferdinandi IV gloriosae memoriae Augustae Vindelicorum anno 1654 sancitae necnon recessus comitorum imperialium Ratisbonensium eiusdem anni articulos 16 et 17 capitulationis necnon § „Conquesti“⁸ recessus, qua voce, qua scripto et re impugnasse utpote Sanctae Sedi Apostolicae, libertati ac iurisdictioni ecclesiasticae adversantia, veritati minus conformia scandalique semina subsequenter, cum vacante imperio anno 1657 ad electionem regis Romanorum procedendum esset, a primis eminentissimorum ac serenissimorum principum electorum sessionibus ex mandato sanctissimi domini nostri Alexandri papae VII pluries commonefeci eminentissimum archiepiscopum electorem Moguntinum, unice praesentem et serenissimi collegii directorem, quatenus in nova ca-

⁵ Nr. 3.

⁶ Das zweifellos als Original zu bezeichnende Stück in Segr. Stato, Colonia 30 dürfte ein Exemplar unter mehreren Ausfertigungen gewesen sein, das der Nuntius als Beleg nach Rom gesandt hat. – Nachweis von weiteren Hss. und Drucken bei FELDKAMP (Anm. 27) Nr. 27b; die dort gegebene Überschrift ist irreführend bzw. unzutreffend, der Text weist etliche Lesefehler auf.

⁷ Der Protest wurde erst etliche Zeit später, nämlich am 8. September 1658, von Köln aus nach Rom übermittelt, wie Sanfelices Schreiben von diesem Datum in: ASV, Segr. Stato, Colonia 60, fol. 255r (Or.) zeigt.

⁸ Nr. 1.

pitulatione eligendo in Romanorum regem praescribenda praetacti articuli tanquam erronei ommitterentur et, si fieri posset, acta quaecunque praeterita abolerentur, materia inter nos compendiose discussa et fatente eodem eminentissimo se in utroque articulo nullam habuisse querelam, nec praecedentem notitiam, quod eminentissimus archiepiscopus elector Trevirensis et legati serenissimi ducis electoris Bavariae confirmarunt. Accedente tandem ad comitia omnium postremo serenissimo [ac reverendissimo] archiepiscopo electore Coloniensi, cui tribuebatur 17. transactae capitulationis articulus, bis S. Rev. mam Cels. nem coram informavi, et per meum auditorem⁹ reverendissimum episcopum Misiensem habito responso se per suos aliorumque collegarum catholicorum ministros conferentiam instituturum, ad quam adeo paratum me exhibui, ut ipsorum recto iudicio rem committere non recusarem, eius evidentia me insinuante perspecta. Tamen negotiorum mole urgente ad praecedendas dilationes capitulatione cum inserto articulo 19 loco 16 et 17 serenissimo regi Ungariae et Bohemiae in caesarem eligendo porrecta, promissa non praehabita conferentia me reclamante ac protestante adfuerunt nomine principum electorum catholicorum quatuor deputati, nempe dominus Meel cancellarius Moguntini, dominus Anetanus cancellarius Trevirensis, dominus Busman cancellarius Coloniensis et dominus Exel deputatus Bavari. Qui cum suos principales nullum habere gravamen in materia articuli 19, imo non intelligere partem illam, quae ad datariam apostolicam pertinet, ingenue profiterentur; tantum dominus Busman in puncto appellationum ad Sanctam Sedem eiusque nuntios motiva proposuit, quibus cum abunde satisfecissem, tam ipse quam caeteri causae iustitiam agnoscentes suis principalibus nullum ex parte Sanctae Sedis eiusque nuntiorum illatum gravamen retulerunt, qui difficultatibus cum electoribus haereticis incurrendis, si articulus delendus esset (ut ipsemet elector Moguntinus mihi testatus fuit) deterriti sequenti, ut aiunt, reversali seu declaratione ad me missa Apostolicae Sedi satisfacere sategerunt.

„Cum Ill. mus et R. mus dominus nuntius apostolicus Joseph Sanfelicius archiepiscopus Consentinus in hoc S. R. Imperii conventui electorali saepius institerit, ut articuli 16 et 17 capitulationis Ferdinandi IV inserti amoverentur, ideo quod Sanctae Sedi Apostolicae multis modis praepiudicent nec tamen ea, quae ibi continentur, hoc tempore in facto existant, aut verificari possint, prout ipsis dominis electoribus catholicis evidentia rei fretus desuper arbitrium detulit, et si quid tale inveniatur, quo se aliosve imperii principes et status a Sede Apostolica eiusve ministris laesos existimare possint, id ex Sanct. mi Domini Nostri Alexandri papae VII voluntate et iussu sine ulla mora tollere velit.

Agnoverunt quidam catholici electores et serenissimi electoris Bavariae legati praefatam remonstrationem rationi et iustitiae convenientissimam, ideoque praedictos articulos, qui nunc in Leopoldi electi Romanorum regis capitulatione sub decimonono comprehenduntur, omittendos esse iudicaverunt et, ut coelec-

⁹ Aegidius Gelenius, seit 1653 Auditor Sanfelices, 1656 Weihbischof von Osnabrück, LThK³ 4, Sp. 409. Der oben genannte Bischofssitz (*episcopus Misiensis*) gibt Rätsel auf; Gelenius war nach Hierarchia Catholica 4, 103 und GATZ, B 1648, 148 Titularbischof von Aureliopolis.

tores sui in idem consentiant, institerunt. Quia vero iidem ex diversis praetensis rationibus, praesertim vero ideo pro hac vice annuere recusarunt, quod antehac eam rem capitulationi insertam fuisse dicerent, quae nunc sine praevio maturo examine, quod festinandae electionis necessitas excludat, omitti non debeat, declarant et promittunt catholici electores, quod, ut non dubitant, si quid forte defectus vel abusus, prout sunt res humanae, contra Germaniae concordata vel alias in puncto iurisdictionis imposterum irrepat, id ad primas desuper allatas querelas statim abolitum iri, et sic iam ex sua parte modo dictum articulum 19 ex capitulatione omittendum fuisse existimarunt, ita etiam apud dominos coelectores omne studium continuare velint, ut eadem omissio ab illis posthac unanimi consensu principum electorum approbetur. – Datum Francofurti ad Moenum 30 iulii anno 1658. – Locus sigilli et Moguntina electoralis cancellaria“.

Quo decreto accepto ipsismet principibus electoribus catholicis aliisque principum ministris, imo electo Romanorum regi Leopoldo primo declaravi me aperte protestando, contradicere articulo 19 capitulationis tanquam erroneo, scandaloso et praepiudiciali, circa quem nihil se tentaturam Caes. Maiestas suo verbo sponndit. Proinde iterum hoc solemni actu ad perpetuam rei memoriam contradico, protestor ac reprotector semel, bis, tertio et toties quoties opus fuerit, contra articulum praetactum, impugno eiusdem assertionem habeoque pro invalido et nullius roboris proque nullo, invalido ab omnibus haberi volo ita et taliter, ut taciturnitas, consensus vel conniventia ex mea praesentia contra Sanctam Sedem allegari in omnem hominum memoriam non¹⁰ possint, quod praesentes litterae a nobis subscriptae et nostro sigillo munitae testabuntur.

(Papiersiegel eingeprägt)

Datum Francofurti 9 augusti 1658.

m. p. J[osephus] Archiepiscopus Consentinus nuncius apostolicus.

Nr. 6

Nuntius Visconti an Kardinalstaatssekretär Cibo

ASV, Segr. Stato, Colonia 63, fol. 408r-413 (Or.)

Köln, 10. November 1686

Benché l'ufiziale di Liegi sia giudice ecclesiastico, e perciò dalle sentenze di esso anco nelle cause secolari non si possa appellare se non a giudici ecclesiastici suoi superiori, con tutto ciò non vi sono mancati, tanto ne'tempi passati che ne'presenti, contrasti particolari sopra di ciò, pretendendo la camera di Spira che, quando esso giudica nelle medesime, ciò faccia come deputato dal vescovo non come vescovo ma come principe, e con questo fondamento vuol sostenere che a se stessa si deva appellare nelle sentenze date dal medesimo nelle cause suddette.

¹⁰ Das Wort „non“ am Rand nachgetragen.

Sopra questa controversia trovandosi qui un trattato fatto da Gio. Chokier, et intitolato „Vindiciae libertatis ecclesiasticae“, io ne mando un esemplare annesso al presente dispaccio, perché da esso possa l'Em.za V. veder lo stato di tutto il negozio con ogni sua circostanza, già che detto trattato è fatto ex professo e forse non si trova costì. Or, perché la camera di Spira in più d'un'occasione ha voluto proibire nelle predette cause le appellazioni a giudici ecclesiastici, per impedir quest'attentato stimò bene il cardinal Pietro Caraffa, quando fu qui nunzio¹¹, di pubblicare un editto contro quelli che s'appellarono a giudici laici, come si vede nell'aggiunto foglio segnato n° I¹². Non essendosi però con questo rimedio potuto toglier l'abuso, questo sig. elettore a'15 di febraro del 1672 pubblicò anch'esso un ordine che nessuno avvocato, procuratore e notaro potesse difender le cause nel tribunale del suddetto suo ufiziale se prima non dava giuramento che in nessun modo averebbe cooperato che dalle sentenze date da lui s'appellasse a'giudici laici, come si vede nel foglio n.° II¹³. E benché quest'ordine fusse poi rivotato da S. A., restò nondimeno confermato dalla medesima a'16 d'agosto del 1681, come nel foglio n° III¹⁴. Nel fine dell'anno passato dunque, perché uno che non volse dare il detto giuramento, non venne ammesso per avvocato del presente ufiziale, ebbe egli perciò ricorso al sig. elettore, e benché io, avuta di ciò la notizia, non mancassi di scriverne all'A. S. inviandole anche sopra di ciò due scritture del tenor ch si vede ne'fogli segnati n° IV e n° V¹⁵, fu egli tuttavia ammesso, senz'aver dato il giuramento preaccennato. Dal detto ufiziale che poi di Liegi mi sono stati trasmessi due mandati a lui intimati per parte del fiscal della

¹¹ Pier Luigi Carafa, 1624–1634 Nuntius in Köln. DBI 19, S. 596–599; seine Nuntiatürkorespondenz in vier Bänden vorbildlich ediert von J. WIJNHOFEN im Rahmen der Reihe: Nuntiatürkorespondenzberichte aus Deutschland. Die Kölner Nuntiatürkorespondenz VII, 1–4, hrsg. im Auftrag der Görres-Gesellschaft (Paderborn u. ö.) 1980–1995.

¹² Ebd., fol. 414r-415r: beglaubigte Abschrift, datiert Lüttich, 20. März 1626; fol 415v die Aufschrift: *In archivio nuntiaturae reperitur reversale, quod eminentissimi electores imperii catholici dederunt illustrissimo domino nuntio apostolico pro tempore, quo publicabantur capitulationes imperii, promittentes impedituros, ne subditi appellarent ab officiali seu iudice ecclesiastico ad cameram.* Das Dokument ist aber lediglich ein Edictum Carafas an alle, den normalen Rechtsweg der Appellationen an geistliche Gerichte einzuhalten.

¹³ Ebd., fol. 416r-v, Kop.

¹⁴ Ebd., fol. 417r-v, fol. 417v: *Officialis Leodiensis: Iniungimus curiae nostrae advocatis, notariis et procuratoribus, ut ipsi sese conformando ordinationibus Ser. mae Suae Cel. nis decimae quintae februarii 1672 et decimae sextae augusti 1681 in curia nostra publicatis in manibus nostris et seu sententiarum nostri iuramentum reiterent iuxta formulam infra descriptam, idque infra octiduum proximum sub poenis in iisdem comminatis. Datum Leodii hac septima octobris 1681.* – fol. 416v: *Formula giuramenti. Item iuro, quod nullo modo excogitabili cooperabo, ut aliquis recursus fiat a sententiis officialis aut iudicum ecclesiasticorum ad laicos, imo revelabo superioribus meis eos, qui id fecerint, nec contraveniam ad quemcunque gradum fuerim evectus. Publicatum et affixum in curia Leodii 27 februarii 1672. Harenne sententiarum.* – Auf Blatt 417v, am Ende vom selben Sententiarium unterzeichnet, dat. *Leodii hac septima octobris 1681: Formula iuramenti modificata de consensu suprafati ill. mi domini nuntii: Item iuro, quod nullo modo excogitabili cooperabor, ut aliquis recursus fiat a sententiis officialis aut iudicum ecclesiasticorum ad laicos, nec contraveniam ad quemcunque gradum fuerim evectus*

¹⁵ Ebd., fol. 418r-421r, fol. 423r-426.

camera di Spira, e la copia di essi si contiene ne' fogli segnati n° VI¹⁶ e n° VII¹⁷, da' quali vedendo io, che non solamente si pretendeva che non si desse più l'accennato giuramento, ma che non si potesse né anche appellare a' giudici ecclesiastici nelle cause secolari, dove avesse sentenziato il suddetto ufiziale, et inoltre che non si dovesse tampoco dar l'esenzone a tre sentenze conformi date da tre giudici ecclesiastici, non manca perciò di scriverne così al sig. elettore di Colonia come a quello di Treveri, che è giudice della camera di Spira, facendo istanza per la rivocazion di tali mandati. Dal primo mi fu risposto che ne aveva scritto al suo consiglio privato di Liegi per sentirne il suo parere, col soggiungermi intanto che egli come rappresentante la persona di principe laico, oltre quella di ecclesiastico, doveva in ciò cautamente procedere e rimaner quasi neutrale. Il secondo poi mi significò che n'avrebbe scritto al sig. baron d'Albergh, presidente nella detta camera di Spira¹⁸. Ma perché con occasione d'altri mandati, et in specie di quello rilasciato contro il monastero di Siburgo, mi ha fatto S. Em.za sapere che i giudici di Spira pretendono d'osservar le costituzioni dell'imperio, che dicono che non si possa appellare a giudici ecclesiastici nelle cause secolari, nelle quali abbia sentenziato l'ufiziale di Liegi, e che però non sa l'Em.za S. vedervi altro rimedio se non che sopra questa controversia convengano N. S. e S. M.tà Ces.ea. Ho pertanto stimato mio debito di dar conto di tutto ciò a V. Em.za per intender quello che in tal proposito le piacerà d'ordinarmi, mentre si vede che ogni giorno crescono questi mandati della camera di Spira, e che essa cerca anche di promuovere sempre più la sua pretensione, avendo anche ultimamente preteso che a lei spetti la cognizion d'una causa vertente tra un certo Enrigo Hazen et Egidio Fays, nonostante che si fusse prorogata la giurisdizione ecclesiastica et allegato anche il clericato, per parte di detto Enrigo, entrando la detta camera a voler discutere, se detto clericato suffraghi. Ed il tutto si vede nell'aggiunta supplica segnata n° VIII¹⁹. Per quanto poi s'intende, dicesi che questo signore elettore voglia restar neutrale, come di sopra si è detto, allegando d'esser egli obbligato all'osservanza del giuramento da lui prestato come principe secolare d'osservar le costituzioni dell'imperio. In tre recessi del medesimo imperio tra gli altri si

¹⁶ Ebd., fol. 427r-428v: *Mandatum de cassando et annullando ... in causa fiscalis contra Clerx.* Edikt Kaiser Leopolds an Michael Clerex, *moderni principis Leodiensis officiali.* Der kaiserliche Fiskal Erasmus ab Emmerick in Lüttich hat wissen lassen, *quod episcopus Leod. episcopatum suum ubi et comitatum Lossensem una cum regalibus et iurisdictione saeculari in feudum teneat et recognoscat a S. R. I. Dilectio quoque Sua eapropter homagium seu iuramentum fidelitatis et obedientiae praestiterit, alias vero episcopis uti caeteris personis ecclesiasticis quatenus pontificem pro superiore agnoscant, nulla competant regalia, et ideo quia dicta iurisdictione, quoad ius directum resideat poenes Nos eam imperio illaesam conservare teneatur, cui consequens sit, quod etiam in officialis iurisdictionem illam, quam Dilectionis Suae nomine in civilibus causis exercet, tanquam ab imperio profluentem agnoscere, non vero ut ad illud vel ad suprema eiusdem tribunalia per appellationes refluat, ullo modo impedire, multo minus recursus a tuis decretis et in eiusmodi causis latis sententiis ad iudices mere ecclesiasticos fomentare debere. ...*

¹⁷ Ebd., fol. 429r-430v.

¹⁸ Franz Eberhard Frhr. von Dalberg (1635-1693), Präsident des RKG, vgl. NDB 3, S. 488.

¹⁹ Ebd., fol. 431-432v.

fonda la camera di Spira, i quali a me pare di dover qui accennare, poiché sono posteriori a tempi dell'autor del sopraddetto trattato. Il primo fu fatto a Ratisbona l'anno 1654, come dal n° IX²⁰. Il secondo nella capitolazione fatta nell'elezione di Ferdinando IV., come dal n° X²¹, ed il terzo in quella del moderno imperatore, nella quale fu inserito ciò che sopra questa materia s'era detto in quella di Ferdinando, come dal n° XI²². Questi però non pare che siano d'alcun valore, mentre l'imperio non può pregiudicare alla giurisdizione ecclesiastica, contro la quale non hanno forza le sue ordinazioni, se non vengono confermate dalla Santa Sede. Et in questo caso non solo non sono state confermate dalla medesima, ma contro di esse si protestò già il nunzio San Felice come dal

²⁰ Recessus imperii de anno 1654, § 164: Ebd., fol. 441r-v: *Cum etiam status summe conquesti fuerint, quod in archi= et dioecesis Coloniens., Leodiens. et Monasteriens. uti etiam aliis imperii locis omnis generis abusus propter appellationes et recursus ab omnibus pene sententiis sive civiles sive prophanas causas concernentibus indifferenter fiunt, iurisdictiones contra ordinem confunduntur, causae civiles extra imperium ad peregrina tribunalia trahuntur, et partes cum iactura multi temporis et sumptuum circumducuntur, unde evenerit, ut non solum multa mandata de cassando relaxentur, sed nuntii saepe per contra-mandata cassatoria partibus sub gravi poena pecuniaria vel ecclesiastica censura praecipere soleant, ut mandatis camerilibus renuntient, itaque Nos ab electoribus et statibus et absentium consiliariis et legatis pro tollendi huiusmodi in damnum et laesionem nostrae et imperialis superioritatis et confusione iurisdictionum vergentibus inordinatis et praeiudicialibus procedendi modis per congruentia et practicabilia remedia debite requisiti sumus: Hinc memores rescriptorum et mandatorum de non evocando, quae ratione huius causae iam tum anno 1648 die tertia octobris dilectus nobis praedecessor in imperio Carolus V ad status imperii destinavit, apud Sedem Pontificiam Romae necessaria eum in finem relevanter remonstrabimus, ut nuntius huiusmodi illicitus procedendi modus in imperio et contra eiusdem subditos serio interdicitur et impofterum non amplius permittatur, et si quidquam contra attentetur vel agatur, id omne nullum vim habere, sed iterum cassari, revocari et generaliter evocationes ad peregrina tribunalia et extra imperium (prout absque hoc apud consilium nostrum imperiale aulicum et camerale iudicium non curantur) nullatenus permitti debeant necnon et reliqua, quae status propter nuntiorum absolutiones a iuramentis et ut similes relaxationes in iudiciis, nisi fiant ab ordinario iudice ad effectum agendi attendi non debeant, admonuerunt, respiciemus.*

²¹ Extractum capitulationis regis Romanorum Ferdinandi IV.: ASV, Segr. Stato, Colonia 63, fol 442r: *Ulterius etiam volumus in locis aliquibus irrepentes abusus, per quos causae civiles ab eorum ordinario iudice ex imperio ad nuntios apostolicos, et plene etiam, dum ad Romanam curiam deferuntur, tollere, annullare et serio prohibere nostroque caesareo fiscali tam bene in nostro consilio imperiali aulico quam camera mandare, ut contra tales tam partes quam advocatos, procuratores, notarios, qui impofterum tale quid presumpserint, vel quovis modo agere inceperint, praevia debita citatione et accusatione, ex officio prosequantur, ut transgressores in talibus quamprimum secundum delictum puniantur.*

²² Ebd., fol. 443r: *Articulus 19 capitulationis Leopoldinae. Pari ratione volumus quibusdam in locis usurpatos abusus, per quos causae civiles ab ordinario iudicio ex Romano imperio ad nuntios apostolicos, imo ad curiam Romam tractae sunt, annullare, cassare serioque prohibere, etiam fisco imperii nostri tam apud consilium nostrum aulicum quam cameram Spirenses mandare contra eosdem, tam partes quam advocatos, procuratores et notarios, qui similia impofterum attentaverint, et in iisdem quovis modo operam praestiterint, decenti accusatione ex officio procedere, ut transgressores extunc debite puniri possint.*

n° XII²³. Vi sono inoltre da considerarsi due cose: la prima che il recesso di Ratisbona nel mezzo è favorevole alla giurisdizione ecclesiastica, mentre in esso dice l'imperatore che avrebbe, col mezzo del suo ambasciatore, procurato in Roma che i nunzi non s'intromettessero nelle cause secolari, con che viene in un certo modo a confessare che non si poteva proibire l'appellarsi ai nunzi senza l'approvazione della Santa Sede; la seconda che la capitolazione di Ferdinando IV dice solamente che „*causae civiles ab earum ordinario iudice ad nuntios et Sanctam Sedem non traherentur*“, e per conseguenza non si parla nella medesima di questo caso, perché la Sede Apostolica et i nunzi non pongono le mani nelle cause giudicate dalli scabini et altri giudici che sono propriamente giudici ordinarii delle cause civili, ma solamente nelle sentenze date dagli ufiziali de' vescovi, i quali ufiziali non son propriamente giudici nelle cause civili, ma giudicano in esse o in vigore d'una consuetudine inveterata o perché le parti prorogan la lor giurisdizione. S'aggiunge anco di più che essendo due principalmente i motivi, per i quali pretende l'imperio che non si possa appellare a' giudici ecclesiastici nelle cause secolari, nelle quali hanno giudicato ufiziali: uno che, appellandosi agli ecclesiastici, vengano a confondersi le giurisdizioni, il secondo che le cause vadan fuor dell'imperio. Né l'un né l'altro sussiste: il primo perché non si confondono le giurisdizioni se, cominciato un giudizio avanti ad un giudice ecclesiastico, si ricorre nella seconda istanza ad un altro parimente ecclesiastico, il secondo perché, quando si appella a Roma, la Santa Sede suole ordinariamente rimetter le cause a giudici ecclesiastici in queste parti, si come pure soglion fare anche i nunzi, rimettendole dove le parti desiderano.

Per conclusione intanto di tutto questo discorso, si come li miei antecessori si son serviti in simili casi della potestà che avevano nelle mani, così penso ancor'io di far l'istesso, ma perché par difficile che possa trovarsi chi voglia eseguir le parti, ch'io dovrò commettere a quest'effetto, stante l'autorità e potenza della quale si servirebbe la camera di Spira, ho perciò determinato di cercare e costituire un procuratore fiscale che non abbia che perdere, il quale proceda, come si deve, in nome di questo tribunale. E frattanto, se paresse a V. Em.za che il tempo fusse a proposito, perché il sig. cardinal Buonvisi²⁴ facesse qualche opera e diligenza alla corte di Vienna perché si vedesse se vi fusse modo d'aggiustare una volta per sempre queste difficoltà, io mio riporto in ciò totalmente alla somma prudenza dell'Em.za V., et a questo si degnerà, come ho già detto, di comandarmi. – Colonia, 10 novembre 1686.

²³ Ebd., fol. 444r-445r, datiert Frankfurt, 9. 8. 1658, auf anderer archivalischer Grundlage gedruckt oben Nr. 5.

²⁴ Francesco Buonvisi war 1675–1689 Nuntius am Kaiserhof, seit 1681 Kardinal. DBI 25, S. 319–325.

Nr. 7

Nuntius Visconti an Kardinalstaatssekretär Cibo

ASV, Segr. Stato, Colonia 64, fol. 44r-50r (Or.)

Köln, 1687 Februar 2

Nella seconda scrittura di mons. Bottini sopra l'affare che si ha colla camera di Spira, inviatami da V. Em.za sotto li 4 del passato mese, si mostra di desiderare che restino di qua in fatto dilucidate due cose.

La prima, se dagli ufiziali ecclesiastici di Colonia, Treveri, Munster et Osnabruck, quando procedono nelle cause profane tra i laici, s'appelli al nunzio et alla corte di Roma, come al § „Il primo“ etc.; nel qual § pure si desidera anche maggior chiarezza sopra il decreto fatto dalla sopraddetta camera l'anno 1603.

La seconda, se nelle cause parimente profane tra i laici, ove ha sentenziato l'ufiziale di Liegi e che per appellazione sono state introdotte avanti quest'ufizial di Colonia, dalle sentenze di lui in seconda istanza s'appelli al nunzio et alla corte di Roma o pure a tribunali secolari, come nel § „L'altro motivo“ etc.

Quanto alla prima, se n'è scritto a Liegi al sig. Dumont, canonico colà di san Dionisio e ch'è stato abbreviatore di questa nunziatura dal tempo del fu mons. Franciotti, sino a che venni qua io. E questo ha risposto che, se bene a suo tempo poche volte le parti hanno fatto ricorso a questa nunziatura per aver le appellazioni nelle cause profane tra i laici, ove avevano sentenziato i nominati ufiziali, ad ogni modo quando hanno fatto ricorso, sempre sono state ammesse le appellazioni, se per altro v'è stato luogo all'appello. E così anche ha detto il s.or canonico Harenne, che fu abbreviatore nel tempo del già sig. cardinal Gallio.

In mio tempo poi non si ha memoria che i laici nelle cause meramente profane siano mai ricorsi a questa nunziatura per avere le appellazioni dalle sentenze de'sopraddetti ufiziali. Se però fussero venuti, sarebbero stati intesi et anche ammessa l'appellazione, se vi fusse stato luogo d'ammetterla, sì perché così hanno praticato gli altri nunzi, come hanno attestato i suddetti canonici Harenne e Dumont, sì anche perché par chiaro che detti ufiziali pronunzino in tali cause come ecclesiastici, mentre i tribunali laici non si dolgono che nelle suddette cause, ove hanno sentenziato gli ufiziali di Liegi, Munster et Osnabruck, si ricorra a quest'ufiziale di Colonia, al quale peraltro non si potrebbe ricorrere, se gli accennati ufiziali non pronunziassero in esse come giudici ecclesiastici, non riconoscendo i paesi, ove essi si trovano, questo sig. Elettore per superiore o com'arcivescovo di Colonia nel temporale, ma solamente nello spirituale, per esser quei vescovi suffraganei di quest'arcivescovato.

Intorno poi all'accennato decreto fatto dalla camera di Spira l'anno 1603, al medesimo per due ragioni non si è data alcuna risposta, nella scrittura che si è fatta, per rispondere a quella che ha mandata questo sig. elettore. Una perché con tutte le diligenze che si son fatte non si è potuto trovare detto decreto, l'altra perché esso non è d'alcun valore, mentre a detta camera non tocca il decidere questo punto, e non può far legge sia per esser parte come per non aver giurisd-

zione sopra i tribunali ecclesiastici. Anzi, se la detta camera non vuole attendere le decisioni di cotesta sacra Ruota sopra di essi, molto meno la medesima sacra Ruota e gli altri tribunali ecclesiastici devono attendere le risoluzioni della detta camera di Spira in queste materie, essendo in ciò de jure che, se alcuno ha da decidere, tocchi al tribunale ecclesiastico come più degno.

Venendo ora alla seconda notizia, non solamente i predetti canonici Harenne e Dumont hanno attestato che le parti siano ricorse a questa nunziatura nelle cause profane tra i laici, ove aveva sentenziato in prima istanza l'ufiziale di Liegi, e nella seconda questo di Colonia, ma se ne son trovati anche più casi occorsi in tempo mio. Et i Liegesi fra gli altri anche nelle cause profane tra laici, quasi sempre appellano più tosto alla nunziatura che a quest'ufiziale di Colonia. E la ragione, a mio credere, penso che sia perché le parti seguitano per lo più il consiglio de'loro procuratori, e quelli che sono a Liegi per lor proprio interesse le persuadono di ricorrere più tosto al nunzio che a quest'ufiziale poiché se si appellano a questo, perdono essi il proprio lucro nella seconda istanza, la dove non ne restano privi se si appellano alla nunziatura, mentre essa rimette le cause a giudici ecclesiastici che sono nella detta città di Liegi.

Devesi avvertire inoltre sopra questa materia che l'ufizial di Colonia non è il solo giudice nelle cause profane tra i laici, perché nelle cause civili tra questi cittadini, il medesimo non vi s'intromette, ma si agitano al giudizio alto, che vien composto d'alcuni scabini, o avanti al magistrato. Dal primo s'appella ai commissari elettorali che sono in questa città, e da questi al revisorio di Bona o alla camera di Spira o a Vienna. Dal magistrato poi s'appella ai commissari del senato e da questi ad un revisorio che vien composto di sindici.

In tutto il restante della diocesi, eccettuatone i cittadini qui di Colonia, quando tra i laici si litiga, come si è detto, le cause profane si possono introdurre in due tribunali, cioè o avanti quest'ufiziale o avanti al giudice del luogo ove si trovano le parti, e tra l'ufiziale et il detto giudice si dà la prevenzione in modo che, introdotta la causa dall'attore avanti uno di loro, non v'è poi più luogo di variazione. Da alcuni di questi giudici, ma pochi, si appella al giudizio alto di questa città, e dagli altri che sono in maggior numero al giudizio alto di Bona e dall'altro di questi giudizi alti si appella ai commissarii elettorali che sono in questa città, e da questi al revisorio di Roma o a Spira o a Vienna, come di sopra si è detto.

Da questi lumi che si sono avuti da una persona di quest'ufizialato, per quanto mi hanno riferito i miei ministri, si deduce che, non essendo i laici obbligati di litigare avanti l'ufizial di questa città, se possono introdurre le cause avanti ai giudici particolari de'luoghi, non si può inferire che se esso ufizial di Colonia, benché giudice ecclesiastico, ha da poter giudicare anche nelle cause profane tra i laici, i giudici secolari non averanno perciò alcuna causa nelle materie civili, mentre è in poter di essi laici di far che le cause profane non si conoschino in alcuna istanza da giudici de'luoghi particolari, da'quali non passano mai per appellazione a giudici ecclesiastici. E pertanto a loro stessi deve imputarsi, se eleggono una strada, per la quale poi le cause civili non possono retrocedere dai tribunali ecclesiastici.

Del resto, benché nella scrittura data da questo sig. elettore si ponghino nel principio i fondamenti della nunziata, dal che pare che dalla medesima nunziata siasi fatta una scrittura, con tutto ciò devesi avvertire che da ch'io son qui, delle scritture non se ne son fatte che tre. Due cioè, quando si trattava da S. A. di rivocar l'editto fatto nell'anno 1681 sopra il giuramento da darsi da'curiali di Liegi, e da me trasmesse a V. Em.za col mio dispaccio de' 10 novembre prossimo passato, e l'altra, quando si rispose alla scrittura inviata da questo sig. elettore, la qual risposta fu parimente da me mandata all'Em.za V. sotto il primo di dicembre. Che è quanto mi occorre in questo proposito.

Nr. 7a

*Protest des außerordentlichen Nuntius Jacomo Cantelmi
gegen die Wahlkapitulation Josephs I.*²⁵

ASV, Arch. Nunz. Colonia 64, fol. 208r-209v (beglaubigtes Or.)

Augsburg, 1690 Januar 23

Jacobus Cantelmus Dei et Apostolicae Sedis gratia archiepiscopus Caesareae, Sanctissimi Domini Nostri Alexandri divina providentia papae VIII nuntius apostolicus.

Cum in capitulatione compilata de anno 1654 Augustae Vindelicorum ob inaugurationem gloriosae memoriae Ferdinandi IV in regem Romanorum inserti fuerint duo articuli in ordine 16, 17, in quibus multa continebantur Sanctae Sedi Apostolicae ac iurisdictioni ecclesiasticae contraria, veritati nullatenus conformia et pias aures ad scandalum induentia, et consequenter vacante imperiali dignitate in nova electione augustissimi Leopoldi I feliciter regnantis de anno 1657 (*sic!*) iidem articuli inserti fuerint a conventu electorali in praeterita capitulatione sub articulo 19, nuntius tum temporis apostolicus demonstrata erroneitate et insubstantia praefatorum articulorum collegio electorali amplam exegit declarationem a catholicis electoribus, qui rationes deductas et mature perpensas tanquam iustitiae, aequitatis et debitae erga Sanctam Sedem venerationi apprime consonas agnoverunt ideoque praefatos articulos omittendos esse censuerunt; quod ad formam promissionis illico adimpletum fuisset, nisi ingruens tunc moles negotiorum et festinandae electionis allegata necessitas huiusmodi promissionis protraxisset executionem, quam tamen cito se impleturos fore sponderunt per authenticum scriptum praefato nuntio apostolico traditum Francofurti die 30 iulii anno 1658.

Verum cum non solum ad formam dictae promissionis praefati articuli adhuc aboliti non sint, sed, quod deterius est, in praesenti etiam capitulatione (uti non sine maximo cordis dolore auditum est) rursus inseri praesumatur indeque

²⁵ Wie aus dem Schlußabschnitt hervorgeht, handelt es sich um ein Original des Protestes mit Cantelmis Siegel und Unterschrift und der notariellen Notiz über die Weigerung des Mainzer Kurfürsten, das Stück zu den Akten zu nehmen.

magna admiratione et scandalo afficiantur, qui serio animadvertunt per hunc indebitum procedendi modum hiearchiae ecclesiasticae ordinem perverti, Sanctam Sedem Apostolicam, veritatis et doctrinae magistram, quae in subditarum ecclesiarum abusus suprema et oecumenica autoritate in Deo collata inquirere debet iniustis querelis perstringi, gratias et dispensationes, quas per clavium potestatem eadem Sancta Sedes viris merito praedictis benigne elargiri dignatur, ab iismet impugnari, qui enixissime efflagitant et uberrime fruuntur ideoque in posterum de earum gratiarum rationabili denegatione, immo de iam concessarum revocatione sponte sibimet ipsis periculum facessunt ad implorandum Sanctae Sedis et Romanae Curiae auxilium in causis, quae de iure sunt appellabiles, iis, qui recurrere intendunt et in curiis episcopalibus saepe perperam damnantur, viam omnem studiose praecludi et debitam supremo pontificio tribunali causarum ecclesiasticarum cognitionem impediri, non attentis sacrorum canonum sanctionibus, iuris communis dispositione et inveterata ecclesiae praxi a saeculis usque apostolicis deducta et firmiter observata.

Idcirco iuxta mei apostolici muneris exigentiam in meo statim adventu omnes dominos electores catholicos, et praesertim eminentissimum Moguntinum, bis scripto et pluries voce per meum auditorem additis frequentibus remonstrationibus factis per dominum Tuccium ministrum nuntiaturae requirere et hortari non destiti, ut praefatum erroneum articulum ad formam etiam praeteritarum promissionum a praesenti capitulatione amoverent et penitus abolerent. Sed cum mea ferventissima officia hucusque non profuerint et articulus praefatus iterum in praesenti capitulatione inseri dicatur, ad obviandum quibuscunque praeiudiciis, quae in hac capitulatione et praecedentibus non solum ex praefato articulo, sed etiam quibuscunque aliis, et praesertim illis ad pacem Westphalicam pertinentibus quomodocunque et qualitercunque religioni catholicae, Sedi Apostolicae et iuribus ecclesiasticis inferri seu allegari possent, solemniter declaro et protestor omnibus melioribus modo, via, iure, causa et forma, quibus pro officii mei ratione possum ac debeo, me, quamvis inaugurationi et futurae electioni regis Romanorum in hac urbe celebrandae praesentem, nullatenus insertioni et publicationi cuiuscunque articuli vel in minimo praeiudicialis religioni catholicae, Sedi Apostolicae ac iuribus quarumcunque ecclesiarum consensisse vel consentire, immo tales ut praefertur articulos ea, qua fungor autoritate per Sanctam Sedem mihi collata, reprobo et impugno iuraque tam Sanctae Sedis quam quarumcunque ecclesiarum salva et illaesa, non obstantibus, verum annullatis omnibus et quibuscunque actibus, articulis, pactionibus, capitulationibus ac tractationibus in contrarium facientibus fore et esse, omni meliori modo ut supra declaro et protestor ita, ut nullo unquam tempore mea acquiescentia aut consensus collegari valent. Ad quorum omnium et singulorum amplio rem diuturnioremque notitiam atque evidentiam apud absentes quoque et posteros adstruendam has praesentes literas manu mea subscriptas ac sigillo meo munitas extare (?) volui.

Datum Augustae Vindelicorum die vigesima tertia mensis ianuarii anno Domini millesimo sexcentesimo nonagesimo.

(L. S.)

(m. p.) J. archiepiscopus Caesareae N[untius] A[postolicus]

Universis et singulis fidem facio et attestor ego infrascriptus prothonotarius apostolicus me die vigesima tertia praesentis mensis ianuarii sup[rascrip]tam protestationem in forma authentica ad literam, ut iacet, trahisse (?) et praesentasse emm.mo et rev.mo archiepiscopo Moguntino S. Romani Imperii principi electori et archicancellario, et coram eo institisse, ut illam reciperet et ad acta imperii inseri mandaret, quod cum primo facere renuisset nec ullis rationibus moveri potuisset ad illam recipiendam et registrandam iuxta mea petita, eadem die hora sexta circiter pomeridiana eum iterum accessivi et cum denuo instetissem, ut praefatam protestationem, in qua praeservabantur iura pontificia et Sanctae Sedis adversus quamcunque dispositionem, quae emanari contingeret in conventu electorali contra ius aut dignitatem Sedis Apostolicae, postquam ad id nullomodo nullisque rationibus induci potuit, praefatam protestationem illi in publica anticamera ipsomet eminentissimo adhuc re[in]vento et eam recipere ac retinere recusante, praesentasse et intimasse ac in manibus illius aulicorum authenticam reliquisse, praesentibus ... reverendo domino Ioanne Baptista Tecca et nobili domino Ioanne Baptista Riccioni, aulicis Ill.mi et Rev.mi Domini Iacobi Cantelmi archiepiscopi Caesareae, nuntii extraordinarii ad hunc actum vocatis et rogatis.

Augustae Vindelicorum die vigesima tertia mensis ianuarii anno Domini millesimo sexcentesimo nonagesimo.

(L. S.)

Franciscus Fascie (?) prothonotarius apostolicus
et nuntiaturae auditor m.p.

Nr. 8

Nuntius Caprara an Kardinalstaatssekretär Zelada

ASV, Segr. Stato, Germania 686, unfoliiert (aufgelöste Chiffre)

Frankfurt, 1790 August 6

dicifrato 17 detto

Relazione delle questioni eccitate dagli arcivescovi di Alemagna contro la Santa Sede e delle innovazioni fatte in seguito nell'ultima capitolazione dell'anno 1790.

Protokollfragen. – Die geistlichen Kurfürsten in conformità del concluso del 1745 non solo non vorranno fare la prima visita, ma neppure, attesi gli onori regi attribuitisi, restituirla né intender di dar mano al nunzio ancora in casa loro. In rigore, almeno secondo l'antico stato, non potrei visitarli ...

L'oggetto principale delle discussioni del momento è la terza istanza o siano le appellazioni a Roma. Facilmente dimostro il dritto che ha la S. Sede al medesimo, di più che il danaro, come può dirsi, non esce per questo dall'impero, che non si prolungano le decisioni, che hanno torto della pretesa non cognizione della costituzione per parte dei giudici Italiani, oltre tante altre ragioni, perché di fatto

non vanno, si può dire, dalla Germania cause ne' tribunali di Roma, attesi i mezzi potenti impiegati per impedirlo. Così faccio vedere che il lamento per parte de' nostri avversari non è che un pretesto, e dove tendono le loro mire.

Qualcheduno di essi scientificamente mi dice che il concilio di Basilea stabilisce che N. S. debba costituire stabilmente i giudici in partibus per la terza istanza, che il concilio di Trento decise lo stesso con Benedetto XIV. Rispondo estesamente su tutto, e quanto al concilio di Basilea dico che ogni cattolico deve riguardarlo, almeno in questa parte, come di niuna autorità; ed anche nel caso di volersi stare a quello, sono certamente le di lui disposizioni favorevoli a noi e contrarie a loro. Quanto poi al concilio Tridentino e bolla di Benedetto XIV esser certo che N. S. non ha mai avuto idea, né l'ha oggi, di scostarsi dalle disposizioni de' medesimi ma che anzi non altro desidera che rimangano in osservanza.

Nr. 9

Nuntius Caprara an Kardinalstaatssekretär Zelada

ASV, Segr. Stato, Germania 686, unfoliiert (Kop.?)

Frankfurt, 15. August 1790

Die kurtrierischen Gesandten beim Wahltag in Frankfurt hanno promesso al sig. di Waldenfels, unico ambasciadore di Colonia, che è attualmente qui, di aderire ai moniti che il sig. elettore di Colonia ha dati per essere inseriti nella nuova capitolazione. Il principale dei medesimi moniti è che, per la terza istanza che non s'impugna al pontefice, si diano al medesimo i giudici in partibus.

Nr. 10

Nuntius Caprara an Kardinalstaatssekretär Zelada

ASV, Segr. Stato, Germania 686, unfoliiert (Kop.?)

Frankfurt, 20. August 1790

... I moniti di Colonia²⁶ si riducono che l'imperatore debba chiedere al papa che accordi i giudici sinodali agli arcivescovi e che quelli, approvati una volta per sempre da N. S., giudichino le cause di terza istanza; che i nunzi rimanghino in Germania per vegliare alla purità della fede ed al mantenimento dell'unità senza esercizio di giurisdizione di cause. Si propone che alcune dispense, come di extra tempora e di età, si lascino assolutamente alla S. Sede. Che l'imperatore sostenga l'adempimento di quello che chiamano essi *lex lata*, cioè stabilita dai concordati, e conforme alla costituzione della Germania, e che sostenga colla stessa forza, come dicono, *lex ferenda*, cioè quella che nella moderna capitolazione sarà aggiunta. Dette istanze verisimilmente non passeranno così nella capitolazione.

²⁶ Gemeint ist der Erzbischof von Köln bzw. dessen beim Wahltag anwesende Räte.

Potrebbe essere che ricevesti prima della partenza della posta i moniti di Magonza, dei quali né si è avuto peranche ragione in dieta, né sono stati comunicati a tutte le ambasciate. Nel caso che gli riceva, V. E. li troverà qui acclusi.

Nr. 11

Kurkölnische Vorschläge betr. Art. XIV der Wahlkapitulation

ASV, Segr. Stato, Germania 686, unfoliirt (Kop.)

undatiert [1790, vor September 3]²⁷

Articulus XIV § 1

Gravamina ob violationem concordatorum

§ 1 – Debemus ac volumus etiam futuro tempore imperii nostri S. Patrem papam et Sedem Romanam nostram operam conferre, ut is, quemadmodum fore confidimus, concordata principum cum papa Eugenio IV. sancita et pacta inita inter ecclesiam, Sanctitatem Pontificiam seu Sedem Romanam et inter nationem Germanicam, quemadmodum et iura, quae singulis episcopis et archiepiscopis competunt, eorumdemque et capitulorum cathedralium specialia privilegia, antiqua statuta et consuetudines penitus observat, neque e contrario concessione illegalium aut subtractione solitarum gratiarum, rescriptis, provisionibus, annatis, praesertim exaggeratis et nondum retaxatis annatis, multiplicatione aut exaltatione officiorum in aula romana, reservatione, dispensatione, resignatione praesertim in favorem tertii, ac suscipienda deinde collatione talium praebendarum, praelaturarum, dignitatum et officiorum, quae ceteroquin secundum concordata ad Curiam Romanam per obitum non devoluntur, verum semper, quo demum mense vacarent, ad archiepiscopos episcoposve aut ad capitula etiam aliosque collatores reabuntur, sicuti per coadiutorias quoque praelaturarum electivarum et praebendarum iudicatura super statu nobilitatis neque concessione alicuius brevis eligibilitatis aut praebendae concessione facta homini, qui natus Germanus non sit et testimonio idoneitatis per beneficii ordinarium non instructus, contra datam libertatem et obtenta iura in praeiudicium archiepiscopalium et episcopalium iurium, iuris item patronatus et dominorum feudaliū nulla ratione agatur.

§ 2 – Praecipitatos quoque Romanos processus. – Neque archiepiscopi et episcopi imperii, si forte a subditis suis saecularibus aut ecclesiasticis accusarentur, absque brevibus sufficiente informatione de rerum cursu et natura, quae ne ullus sub- et obreptioni contra facti veritatem locus detur, in partibus inquiri debet. Et absque audita accusati defensione, praesertim cum is auctoritate pastoralis ad emendandum augendumque Dei cultum, ad conservationem et incrementum ecclesiarum, ad meliorem clericorum, qui simplicibus beneficiis gaudent in pa-

²⁷ Rückseitige Notiz am Ende der Lage: *Moniti Coloniesi (!) trasmessi da mons. nunzio con dispaccio da Francfort dei 3 settembre 1790.*

rochorum subsidium applicationem, aut in usum scholarum publicarum disposuisset, vel contra inobedientes malos oeconomos statuisset monitoriis, interdictis, comminationibus aut declarationibus censurarum praecipitanter aggraventur, verum volumus haec omnia annullare atque communi electorum principum aliorumque statuum consilio cum omni vigore avertere ac praevenire.

§ 3 – Manuinentia concordatorum, privilegiorum etc. – Curare etiam, ut dicta concordata et pacta sancita, privilegia quoque, statuta, libertates observentur, retineantur iisque conformiter agatur, neque ex una parte aut contra sensum literamque exponantur atque quaecumque gravamen contra eadem aut in iisdem inveniretur, id omne secundum conventionem Augustanam anno 1530 habitis imperii comitiis abrogetur atque imposterum absque electorum consensione nihil simile admittatur.

Cum vero factis quidem gravaminibus nationis Germanicae contra attentatas laesiones (iurium) aulae Romanae universim, praesertim relata ad nuntios, adhuc provisum non sit, volumus de his omnibus promptam relationem consulti, quod rei convenit et ex parte a nostro antecessore in imperio Josepho II gloriosissimae memoriae 9 augusti 1788 demandatum est, illico ab aditu imperii nostri in memoriam vocare atque sedulo curare, ut recessus imperii, qui hac in causa faciendus est, quam celerrime promoveatur.

§ 4 – Recursus in causis civilibus prohibitus. – Simili modo volumus, si quando eveniret, ut causae civiles a suo ordinario tribunale saeculare aut ab officiale iudice delegato principis in sacro imperio ad nuntios apostolicos, aut, quod magis, ad curiam Romanam abstraheretur, id ipsum abrogare, annullare et serio prohibere, mandare etiam fiscali cesareo, cum aulico²⁸ consilio tum camerae imperiali, ut adversum huiusmodi aut partes aut advocatos, procuratores et notarios, qui imposterum rem similem attentarent seu operam suam eo conferrent, delatione congrua ex officio procedatur, ut in transgressores subinde, quod par est, statui ac poenis animadverti posset.

§ 5 – Separatio causarum saecularium. – Ob dictas causas civiles inter caesarea ac imperii tribunalia et inter apostolicas nuntiaturas, quae de tempore in tempus in iura Germaniae involare audebant, contentiones multae et dissensiones obortae sunt, quoniam factae ab officialium sententia appellationes receptae, lites cognitae et variis iisque gravibus mandatis ad maiorem discordiam et partium gravamen indictae sunt. Huic rei ut obvieniatur omnisque vitetur iurisdictionis conflictus cum aula Romana, volumus curam habere, ut causae saeculares ab ecclesiasticis ex iure distinguantur, de casibus dubiis, que in iis occurrant, amica cum Sede pontificia tractatione et pacto sanciantur, ac denique papae, archiepiscopis et episcopis, quemadmodum saeculari quoque potestati, unicuique ius suum et iudicandi libertas iudicatura absque impedimento concedatur.

Verum cum causae sunt, quas quidem ad iurisdictionem ecclesiasticam pertinere dubium non est, volumus, quando de rebus ecclesiasticis lites abortae sunt, secundum principum concordata, quantum ad primam instantiam episcopos, quantum ad secundam archiepiscopos eosque episcopos et archiepiscopos, qui

²⁸ Konjektur! Vorlage liest *aulica consilia*, doch ist hier der Reichshofrat gemeint!

aut votis provincialis vel dioecesanæ synodi aut suorum capitulorum consilio pro tertia instantia idoneos iudices proposuerunt aut proposituri sunt, cum omni vigore tueri, ut iuxta principum concordata omnis ecclesiastica causa contentiosa in tertia instantia ad hos propositos et a papa adprobatos iudices immediate deferatur atque ab iisdem aut unanimis aut maioribus votis in Germania nomine S. S. tis Pontificiæ vigore mandati generalis iudicetur.

§6 – Reservatio Evangelicorum. Verum quod ad hunc articulum attinet, iis electoribus, qui Augustanam confessionem amplectuntur, eiusdemque religionis principibus et statibus, incluso etiam statu equestre immediato eorumque singulorum subditis, quemadmodum et illis, qui degunt sub potestate catholica saeculare aut ecclesiastica aut eidem subditi sunt, nomine Augustanæ confessionis foederatorum, reformatos in omnibus includendo, paci religionis et profanæ Monasteriensi quoque et Osnabruggensis, et quod eo pertinet, nihil derogatum sit, neque in consequentiam cedat aut damnum ac detrimentum.

Nr. 12

Note ai moniti di Colonia sull'articolo XIV della capitolazione²⁹

undatiert [1790, vor September 3]

ASV, Segr. Stato, Germania 686, unfoliiert (Kop.)

Ad §5: Il diritto della terza istanza al papa come primate della chiesa è fondato specialmente in Germania sulli concordati della nazione con la Sede Romana e sull'osservanza di molti secoli. Non può appartenere pertanto che alla nazione intera di cangiare, modificare, restringere, estendere li propri concordati con altre potenze, siano secolari, siano ecclesiastiche, servare le leggi del diritto delle genti e della reciproca soddisfazione ed assenso. Si può alla verità cangiare e rettificare il sistema, che la corte di Roma ha tenuto fino ad ora nell'esercizio di questo diritto, e approssimarlo maggiormente agli'interessi della nazione. Ma siccome non i soli arcivescovi, ma tutti i vescovi ed altri principi ecclesiastici dell'impero non meno che tutti gli stati secolari vi hanno un interesse diretto, ragion vuole che nulla possa stabilirsi in un articolo così delicato, com'è l'inversione dell'ordine giudiziario nelle materie ecclesiastiche dell'impero, senza il consenso e concorso di tutti gli stati del Sacro Romano Impero.

²⁹ Dazu auf der Rückseite der Lage: *Riflessioni che si faranno dagli ambasciatori Palatini contro li moniti Coloniesi, trasmesse da mons. nunzio con dispaccio da Francfort dei 3 settembre 1790.* Demnach handelt es sich um die italienische Übersetzung einer vermutlich in deutscher Sprache niedergelegten kurpfälzischen Stellungnahme zu den kurkölnischen Monita (Nr. 11).

Nr. 13

Protest von Nuntius Caprara gegen die Wahlkapitulation Leopolds II.

ASV, Segr. Stato, Germania 828, unfoliiert (Kop.)³⁰

Frankfurt, [8./13. Oktober 1790]³¹

... Verum cum irriti essent omnes conatus nostri, cum adhuc correctionis innovationum omnium in articulo XIV propositorum locus erat, antequam scilicet per integrum acta capitulationis conficerentur, novas iterum iterumque curas sollicitudinesque, tam reclamando in fractionem iurium pontificis, ecclesiae et concordatorum quam viam corrigendarum et abolendarum innovationum cum electoralibus legatis adhibuimus.

Cum autem haec omnia minime optatum sortita fuerint effectum et in articulo praesertim XIV capitulationis sacrae regalis et apostolicae maiestatis Leopoldi II, novi Romanorum regis imperatorisque electi, plura incerta sunt, quibus ius libere ecclesiastica beneficia conferendi etiam vi solemnium concordatorum ad Romanam Sedem spectans limitibus circumscribitur, immediate summi pontificis in archiepiscopos et episcopos auctoritatis et iurisdictionis novis atque inauditis hucusque conditionibus et vinculis coarctatur, omnis ecclesiastica causa contentiosa in secunda instantia per modum regulae universim metropolitanis tribuitur, nulla facta mentione de privilegiis, consuetudinibus, statutis ac iuribus peculiarium Germaniae episcoporum eorumque dioecesium, immediate vel omisso medio Apostolicam Sedem vel nuntiaturam appellandi antiquis conciliorum canonibus innixis; in tertia vero instantia, quae ad summum ecclesiae caput divino sui primatus iure pertinet, ad iudices per archiepiscopos et episcopos eligendos imposterum iudicanda innuitur, atque alia quamplurima, quae certe omnia Apostolicae Sedis iuribus, plurium saeculorum pacificae possessioni, libertati ecclesiasticae, essentiali catholicae religionis disciplinae sacris oecumenicorum conciliorum, praesertim Tridentini canonibus ipsismet nationis Germanicae cum pontifice solemniter peractis concordatis imperiique legibus quam maxime adversantur eundemque romanum pontificem iuribus ex primatu manantibus necnon fidelem quemlibet catholicum iure suo ad totius ecclesiae caput in ultima instantia in rebus ecclesiasticis recurrenti spoliant atque ecclesiasticam hierarchiam evertunt.

... ex demandata nobis a Sanctissimi Domini Nostri auctoritate omnibus melioribus iure, modo, via, forma et solemnitate, quibus possumus, rejicimus et

³⁰ Der erste Teil des hier abgedruckten Protestes nach dem Druck bei MAURY (Anm. 65) 1, S. 43, der zweite Teil mit der Begründung des Protestes, betreffend die Frage der Instanzen, (beginnend mit *omnis ecclesiastica causa* ...) kopiert aus der gedruckten Fassung des Protestes von Maury von 1792, in den der Caprara-Text inseriert ist; der letzte Absatz nach einer hs. Vorlage unter den Akten Capraras in ASV, Segr. Stato Germania 686, unfoliiert.

³¹ Am Ende auf der Rückseite die Notiz: *Dispaccio di Francfort degli 8 ottobre 1790*. Im Protest Maurys, in den vorliegender Text inseriert ist, wird der 13. Oktober als Ausstellungsdatum genannt.

reprobamus. Et insuper hoc actu ad perpetuam rei memoriam contradicimus, protestamur et reprobamur semel, bis, tertio et toties quoties opus fuerit, non tantum contra praefatum articulum XIV, sed etiam adversus quascumque alias innovationes et additiones presenti capitulationi factas, in quantum eae religioni et universali disciplinae, catholicae ecclesiae libertati, Sedis Apostolicae juribus et possessioni et cum Germanica natione concordatis sunt contrariae. Impugnamus eorundem assertionem, habemus pro invalidis et nullius roboris, proque nullis et invalidis haberi volumus ita et taliter, ut taciturnitas, consensus vel conniventia ex nostra praesentia contra sanctam Sedem allegari in omnem hominum memoriam nequaquam possint. Quod presentes litterae a nobis subscriptae nostroque minori sigillo munitae testabuntur. – Datum Francofurti.

Nr. 14

*Interner Vermerk des päpstlichen Staatssekretariats*³²

ASV, Segr. Stato, Germania 686, unfoliiert

undatiert [1792]

La protesta fatta da mons. Sanfelice, nunzio in Colonia e poi straordinario a Francfort, l'anno 1658 contro l'articolo XIX della capitolazione cesarea Leopoldina³³ fu da lui resa nota a' ministri elettorali, agli elettori ed allo stesso imperatore Leopoldo³⁴. In seguito della medesima emanò una riversale dichiarazione degli elettori cattolici e del nuovo eletto³⁵, con cui fu solennemente promesso di non far uso del contenuto nel detto articolo 19 e che dovesse riputarsi per abolito e omesso.

Deve certamente credersi che tal protesta fosse esibita e registrata nella cancelleria di Magonza, poiché la riversale uscì dalla medesima cancelleria.

Da nostri registri non risulta che la detta protesta fosse archiviata nella cancelleria Magontina, ma solo nella nunziatura di Colonia, ma comunque fosse, la pubblicazione formale della medesima è incontrovertibile, risultando evidentemente dallo stesso tenore.

Per l'elezione del re d'Romani Giuseppe I. nel 1689 non essendosi potuta conseguire la cassazione dell'articolo 19 della capitolazione Leopoldina, il cardinal Cantelmi rinnovò due proteste contra il detto articolo, e nella seconda inserì la precedente di mons. Sanfelice, dando positiva intenzione che sarebbe registrata negli atti della vicecancelleria dell'impero, e che se ne sarebbe data copia autentica per conservarsi nella nunziatura di Vienna.

Nulla di più si è rinvenuto.

³² Offenbar handelt es sich um das Ergebnis einer Aktenrecherche des Archivs.

³³ Oben Nr. 5.

³⁴ Vgl. oben Nr. 3 und 4.

³⁵ Die Reversale ist allein durch die Kurfürsten, nicht von Leopold I. erteilt worden, der Neuerwählte hat lediglich seine mündliche Zustimmung gegeben, vgl. Nr. 4 und 16.

Nr. 15

Condotta da tenersi dal nuovo mons. nunzio straordinario

per procurare nella nuova dieta elettorale in primo luogo l'esame della passata capitolazione, indi l'omissione o sia modificazione o dichiarazione degli articoli d'innovazione

ASV, Segr. Stato, Germania 686, unfoliiert (Konzept)

undatiert [1792]

La Santità di N. S. ha opportunamente fornito il nuovo mons. nunzio straordinario non tanto del solito breve diretto al collegio elettorale quanto dei brevi particolari diretti secondo lo stile agli elettori cattolici (dicché non suole scriversi particolarmente agli elettori protestanti) per eccitarli all'emenda di tutto ciò che nella passata capitolazione è stato innovato a danno della Santa Sede e de'nunzi apostolici. Ma un tal eccitamento si renderà del tutto inutile; e resterà preclusa la strada al suddetto nuovo nunzio di fare qualsivoglia tentativo per ottenere la detta emenda, se la nuova dieta elettorale adottasse il progetto fatto, come avisa mons. nunzio di Vienna, dal re di Boemia e di Ungaria, cioè che colla dichiarazione per parte dell'eligendo ad imperatorem di accettare la capitolazione dal defunto non vi dovesse essere bisogno che essa fosse presa nuovamente da esame³⁶.

Questo progetto può essere avvalorato dalle critiche circostanze in cui trovasi l'impero per la guerra già dichiarata dall'assemblea nazionale di Francia la quale, esigendo una sollecita elezione del nuovo imperatore, non ammette quel maturo esame che si esigerà necessario per la riforma di una capitolazione cesarea.

Può essere altresì avvalorato un tal progetto coll'esempio di ciò che accadde nella dieta elettorale dell'anno 1658, in cui insistendo il nunzio Sanfelice affinché si omettessero gli articoli XVI e XVII inseriti nella precedente capitolazione dell'anno 1654, specialmente sulla separazione delle cause civili dalle cause ecclesiastiche, gli elettori cattolici „pro hac vice annuere recusarunt, quod antehac eam rem capitulationi insertam fuisse dicerent, quae nunc sine previo maturo examine, quod festinandae electionis necessitas excludit, omitti non debeat“³⁷. Quindi il nuovo mons. nunzio deve dirriggere le prime sue linee con uffici in voce ed in iscritto presso ciascun elettore tanto cattolico che protestante, o presso i loro rispettivi ambasciatori, affinché un simile progetto non sia adottato; e può egli agire con una certa fiducia, mentre il nominato nunzio di Vienna nel darne avviso aggiunge „che si può prevedere con sicurezza che nell'esecuzione la cosa non anderà così“³⁸.

E siccome non può negarsi una qualche apparenza alla ragione dell'urgenza, così ha da insinuare che le innovazioni della precedente capitolazione, versando sopra i diritti della Santa Sede e de'suoi nunzi, vindicati evidentemente dal Santo

³⁶ Am linken Rand: *Dispaccio di mons. nunzio di Vienna del dì 5 (?) aprile 1792, sommario numero 10 (?)*.

³⁷ Am linken Rand: *Reversale fatta dagli elettori cattolici al nunzio Sanfelice del dì 30 luglio 1658. Sommario num. 12 (oder 2?)*.

³⁸ Am linken Rand: *Sommario cit. numero 10 (Ziffer korrigiert)*.

Padre nella risposta sulle nunziature, non fa d'uopo di lungo e maturo esame per ometterle, dapoiché si è tante volte minacciata per parte degli arcivescovi di Alemagna la regola senza che sia mai comparsa nello spazio di quasi tre anni dal che deve ciascuno persuadersi che le ragioni della Santa Sede siano, come in realtà sono, incontrastabili.

Si aggiunga che la Santa Sede, insistendo³⁹ che si rimetta la nuova capitolazione nei termini, in cui erano le precedenti all'ultima (capitolazione⁴⁰), non dimanda una cosa nuova, ma la sua istanza è consentanea a tutte le leggi e rendesi necessaria in forza ancora della stessa ultima capitolazione, la quale nell'articolo XIV §3 avendo riservato al parere dei comizi generali dell'impero la questione della giurisdizione contenziosa delle nunziature, come avea già disposto l'imperatore Giuseppe, non potea nei §§...⁴¹, senza manifesta contraddizione e senza lesione dei diritti di detta generale dieta, togliersi alla Santa Sede ed ai nunzi ogn'esercizio di detta contenziosa giurisdizione nelle cause ecclesiastiche, dapoiché la pendenza di una causa toglie ogni podestà d'innovare per massima di diritto pubblico osservato non solo in Germania, ma in tutti gli stati del mondo ...

Nr. 16

Condotta da tenersi dal nuovo mons. nunzio straordinario

nel caso che nella nuova dieta elettorale o non s'intraprenda l'esame della passata capitolazione o, intraprendendosi, gli articoli d'innovazione non siano né omissi né modificati né dichiarati.

ASV, Segr. Stato, Germania 686, unfoliiert (Konz.)

undatiert [1792]

Nell'ipotesi sventurata che Iddio tenga lontana, cioè che la dieta elettorale contro ogni giustizia o non voglia intraprendere l'esame della passata capitolazione o, intraprendendola, non si presti alla conveniente modificazione e dichiarazione degli articoli innovati, allora altra traccia non resta a tentare se non quella tenuta dal nunzio Sanfelice nella dieta dell'anno 1658, allorché per particolari ragioni, le quali non concorrono nel caso, come si è provato nella seconda parte della presente istruzione, non si volle omettere gli articoli XVI e XVII della precedente capitolazione del 1654 sulle cause civili.

Quindi sul di lui esempio dovrà mons. nunzio procurare con tutto l'impegno dagli elettori una reversale, simile a quella che Sanfelice procurò ed ottenne dagli elettori cattolici⁴², in forza della quale si dichiararono per non inseriti o non ap-

³⁹ Der hier beginnende Nebensatz am linken Rand statt gestrichen: *contentandosi che si rimettano le cose nello stato, in cui erano prima dell'ultima capitolazione.*

⁴⁰ Dieses Wort aus dem gestrichenen Passus, wie er in der vorausgehenden Anmerkung zitiert ist, hier übernommen.

⁴¹ Raum für die nachträgliche Angabe der Paragraphen bleibt leer in der Vorlage.

⁴² Am linken Rand: *Sommario della II parte dell'istruzione num. 2.*

posti i detti punti. Non sarà forse difficile d'aver questa riversale dagli elettori i quali saranno stati favorevoli, ma dovrà richiedersi anche a quelli che saranno stati contrari all'omissione, et tanto più risplenderà l'attività di detto nuovo nunzio, se la detta riversale si otterrà in nome non tanto particolare degli elettori quanto del collegio.

In secondo luogo dovrà procurare una simile dichiarazione dal nuovo eletto imperatore, come la procurò ed ottenne in voce il nunzio Sanfelice⁴³.

In terzo luogo dovrà fare in nome della Santa Sede e per espresso comando del Santo Padre una ben intesa protesta, nella quale, premettendo tutti i passi da lui dati opportunamente, ed inerendo all'altra protesta fatta dal passato nunzio⁴⁴, dichiarare egualmente irrita e di nessun valore la nuova inserzione di detti punti, tentando nei modi possibili che questa protesta sia ricevuta e registrata negli atti del Direttorio, e non mancando di pubblicarla colle stampe, tanto nel caso che si riceva e si registri quanto nell'altro caso più probabile che si ricusi, affinché nessuno possa allargarne ignoranza. Questa protesta potrebbe forse rendersi non necessaria, quando si ottenesse la riversale degli elettori in nome del collegio, e quando il nuovo imperatore promettesse con sua dichiarazione di non osservare i punti innovati. Ma se la riversale sarà in nome particolare di qualche elettore, se il nuovo imperatore ricuserà la dichiarazione, in questi casi la detta protesta si rende assolutamente indispensabile.

In quarto luogo averà in tempo le difficoltà che mai s'incontrassero per disperare dell'omissione, modificazione e dichiarazione degli articoli e delle riversali elettorali e della dichiarazione imperiale, mentre secondo le di lui notizie risolverà il Santo Padre se convenga d'invviare anticipatamente un breve di conferma della prima protesta del nunzio Caprara, o convenga piuttosto di attendere la seconda protesta del nuovo nunzio per confermare specificamente nella detta bolla l'una e l'altra protesta.

Nr. 17

Protest von Sondernuntius Maury gegen die Wahlkapitulation Franz' II. (Auszug)

ASV, Segr. Stato, Germania 686, unfoliert, (Druck von 13 paginierte Seiten). Darin inseriert S. 6–8 der Protest Capraras vom 13. Oktober 1790⁴⁵. – Teildruck: Maury 1, S. 43, Anm. 1

Frankfurt, 9. Juli 1792

Zum Vorgang von 1658 heißt es S. 9: *Observavimus inprimis provisoriā hujusmodi viam non esse in imperio novam, sed propositam et secutam fuisse*

⁴³ Am linken Rand: *Cit. Sommario detto numero 2.* – Zur Sache vgl. oben Nr. 4.

⁴⁴ Bezieht sich auf Capraras Protest vom Jahr 1790.

⁴⁵ Die Formulierung bei PASTOR 16,3, 407 „Maury's Protest war eine bloße Wiederholung der Erklärung Capraras nach dem Wahltag von 1790“, ist demnach in der Sache zwar zutreffend, formal aber war die Protestation von 1792 erheblich ausführlicher.

ab electoribus catholicis in comitiis pro eligendo Leopoldo I anno 1658 congregatis. Reclamante enim tunc Josepho Sanfelicio nuntio apostolico contra insertionem articulorum 16 et 17 praeteritae capitulationis Ferdinandi IV., et instante apud electores catholicos, ut in nova capitulatione eligendo in Romanorum regem praescribenda praefati articuli omitterentur, iidem electores omissionis „pro ea tantum vice“ denegatae causam festinandae electionis necessitati adtribuentes, quae maturum examen excludebat, reversali quadam seu declaratione ad eundem nuntium missa et sigillo Moguntinae electoralis cancellariae munita satisfacere Apostolicae Sedi satagerunt, apertis verbis declarantes, ex sua parte articulum XIX (loco 16 et 17 capitulationis Ferdinandi IV.) omitti in nova imperatoris Leopoldi I capitulatione debuisse utpote erroneum et Sedi Apostolicae iniuriosum, ac consequenter habere se illum pro omisso, promittentes insuper velle se prosequi apud dominos coelectores omne studium, ut eadem ommissio ab illis posthac unanimi consensu principum electorum approbaretur.

Huic innixi exemplo quaestioni nostrae mirum in modum accommodato, similem nos quoque a legatis electoralibus expostulavimus reversalem sive declarationem, addentes quin imo, ne erroris et iniustitiae semper laudanda retractatio comitali nomine decreta indecoram contradictionis speciem prae se ferre viderentur, reversalem huiusmodi singulari et individuo serenissimorum electorum nomine obsignari atque transmitti posse.

Quis credidisset unquam, reiecta iam innovationum omissione, hunc ipsum conciliationis modum adeo facilem ac moderatum pari ratione reiecturum fore? Non negleximus certe nos, memorato exemplo insistentes, legatis electoralibus patefacere circumstantiarum identitatem aliaque referre maximi ponderis argumenta. Calamitosa haec ipsa tempora, quibus vivimus, formidabile philosophorum bellum adversus religionem, moralem ac civilem societatem alte proclamant omnium Europae potestatum discrimen et periculum, non amplius minae, sed rapida seditionum ubique propagatio. Tam luctuosa impietatis principia impetrantes monent universos, ut propriae servandae auctoritati, ad religionis anchoram quanto citius se convertant. Religio autem catholica iuxta divini Auctoris institutionem sine capite et centro unitatis nec esse nec societati prodesse potest. Quodlibet vero adversus Apostolicam Sedem molimen, quaevis vel minima etiam aggressio iurium ad eam spectantium, non potest in religionem ipsam non reflectere ac recidere, cum cathedra divi Petri centrum et caput sit religionis. Interest ergo quam maxime principum causam, ut suprema haec cathedra et Sancta Sedes Apostolica non solum novis ictibus non laedatur, sed ut aggressionibus iam illatis statim liberetur, utque prae aliis honoretur ac magna cum reverentia colatur a populis aequae atque a principibus, quorum imperia religione fulciuntur.

Id ipsum praeterea, quod superiori saeculo electores catholici praestitere ad Apostolicae Sedis indemnitatem, facile ostendit, quid a successoribus agendum esset pro eadem indemni servanda Apostolica Sede, hoc potissimum tempore, quo civilis ac ecclesiastica nutat auctoritas. Si enim ob leviter laesam Apostolicae Sedis dignitatem, per unam dumtaxat capitulationis innovationem, quae causas tantum civiles tangebatur, quas in gradu appellationis ab officiliabus quorundam

episcoporum vigore etiam antiquae consuetudinis Sancta Sedes vel eius nuntii iudicabant; si ob hanc unam innovationem praedecessores illi electores catholici ea declaratione satisfecerunt Apostolicae Sedi, eo fortius expectandum id a nobis erat quoad novam capitulationem in tanta multitudine innovationum super rebus et causis ipsis ecclesiasticis et super aliis iuribus Apostolicae Sedis, non consuetudini tantum innixis, sed ab ipso primatus fonte manantibus ac canonibus sacris oecumenicorum conciliorum, praesertim vero Tridentini, concordatis nationis Germanicae cum Sancta Sede initis, generalibus imperii legibus ac ipsis capitulationum caesarearum dispositionibus solemniter confirmatis.

Atque ut argomenta argumentis addamus, si electores illius aevi Apostolicae Sedis dignitati providere in curis habuerunt in iterata novitatis insertione, licet in quamdam veluti confirmationem eius, quoad causas civiles, novitatis, intermedio tempore inter unam ac alteram capitulationem, notissimus accessisset imperii recessus in comitibus generalibus Augustanis anni 1654, si nihilominus electores illi tali pacto se gesserunt cum Sancta Apostolica Sede, eo facilius id ipsum obtenturos nos hodie confidebamus, dum innovationibus a collegio electorali factis in praeterita capitulatione nulla prorsus intervenerit comitiorum generalium sanctio: quae quidem etiam si accessisset non dispositive, uti mos est comitiorum electoralium a Sede Apostolica semper reprobatus, quoties agitur de rebus ecclesiasticis et ad eandem Sedem spectantibus, sed tantum repraesentative lata fuisset et cum convenienti Apostolicae Sedis dignitate, hoc est imperatorem observando, ut de controverso negotio amicabiliter ageret cum summo pontifice, quemadmodum praestitum fuit in nominatis generalibus comitiis anni 1654, quoad prohibitionem nuntiis faciendam super exercitio iurisdictionis in causis mere civilibus, et quemadmodum consuetudo viget ecclesiastica negotia tractandi in generalibus comitiis imperii ac servatum revera fuit in Norimbergensibus anni 1522, in Augustanis 1530 et in aliis etiam posterioris aevi comitiis electoralibus.

Quod si legati electorum catholicorum votis nostris cessissent super petita reversali sive declaratione, horum sententiae electores acatholici eorumque legati procul dubio adhaesissent, cum eorundem alii in ipsismet praeteritis comitiis aperte se declaraverint contra omnes innovationes capitulationis in re ecclesiastica, alii vero nonnullas proposuerunt modificationes; omnes denique aequi animi propensionem erga Sedem Apostolicam significaverint.

At contra iustitiae evidentiam evenit, ut in irritum ceciderint hi etiam novi conatus nostri, quos pro reportanda huiuscemodi declaratione seu reversali adhibuimus apud praefatos legatos, iis constanter respondentibus in discussionis defectu, nec esse locum posse expetitae reversali sive declarationi, quae discussionem supponebat; perinde ac si absque praevio examine non emanasset reversalis illa et declaratio electorum catholicorum anno 1658, in qua potissimum expostulatio nostra fundabatur.

Videntes itaque nos rejici ac repudiari unam alteramque rationem a nobis propositam pro sarta tecta servanda Apostolica Sede a gravissimis praeiudiciis eidem illatis per innovationes ecclesiasticas praecedentis capitulationis, praevidentesque maximo animi nostri dolore easdem innovationes ob temporis prae-

sertim angustiam locum habituras fore in capitulatione sacrae regalis et apostolicae maiestatis Francisci II, novi Romanorum regis imperatorisque electi, hinc ne ob nostram in hac civitate atque in his comitiis praesentiam damnis tam ecclesiae quam iuribus pontificiis ac libertati ipsi ecclesiarum Germaniae illatis aut inferendis per novam capitulationem ac praesertim per innovationes illas seu additiones in praeterita capitulatione artic. I et XIV insertas, et in praesenti non deletas neque omissas, ullum vel minimum praestitisse consensum aut patientiam ex silentio et taciturnitate nostra videamur, inhaerendo protestationibus alias emissis tum a summis pontificibus, tum ab eorum nuntiis et legatis praedecessoribus nostris, ac speciatim a pontificio extra ordinem nuntio ad comitia electoralia anni 1790, nunc em.mo cardinali Caprara, cuius idcirco protestationis tenorem hic inserere placuit, innovationes omnes in praefatis articulis I et XIV et quaecumque alia capita, quae tum in articulis novae huius capitulationis, tum in caeteris comitiarum electoralium actis adversus religionis catholicae formam, ecclesiasticam libertatem, Apostolicae Sedis iura et possessionem, nationisque Germanicae concordata cum summo pontifice solemniter inita inserta sint aut adjici contingat, ex demandata nobis a Sanctissimi Domini Nostri auctoritate omnibus melioribus iure, modo, via, forma et solemnitate, quibus possumus, rejicimus et reprobamus ...